

NEUE ZEIT

FEBRUAR 1985

9

auf-
genommen

Institut der Zeitverwandlung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

LIBANON: VOLK GEGEN OKKUPANTEN



14759 9
151 304 347
1500 6003 1529
1500 6003 1529
1500 6003 1529



SOWJETUNION IM BILD

Am 24. Februar, einem Sonntag, finden in der UdSSR Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unions- und der Autonomen Republiken sowie zu den Ortssowjets statt. Die Wahlkampagne ist zu Ende, die Kandidaten haben bereits in ihren Wahlkreisen gesprochen und die Aufträge der Wähler entgegengenommen.

Wir möchten unsere Leser mit einer Kandidatin des Moskauer Stadtsowjets bekannt machen. Antonina Pochmelnowas Lebenslauf ist schnell erzählt: Seit 1949 ist sie in der Montage der Moskauer Produktionsvereinigung Zweite Uhrenfabrik tätig. Sie ist Heldin der sozialistischen Arbeit. Das weitere erfahren wir im Betrieb: daß sie von den Kollegen geachtet wird und bei der Arbeit wie bei der Erfüllung ihrer Deputiertenpflichten unermüdlich ist. Schon 1961 wurde sie in den Sowjet ihres Stadtbezirks gewählt. Ihre Tätigkeit als Deputierte fand allgemeine Anerkennung, und so wurde sie später Abgeordnete des Moskauer Stadtsowjets. Sie hat ein Herz für Wähler.

Unsere
Berichtersteratter
gaben sich Mühe,
Antonina
Pochmelnowa
nicht bei der Arbeit
zu stören.
Sie haben ihr
nur zugesehen
und ein Bild
von ihrem
Arbeitsstag
gewonnen

Sie haben auch
in das Zimmer
hineingesehen,
in dem sie für ihre
Wähler
Sprechstunde hält



Ferner haben sie einem
Gespräch mit langjährigen
Kolleginnen beigewohnt.
Sie hörten ihr aufmerksam zu,
denn sie schätzen
ihre Meinung und ihren Rat

Daß die "Neue Zeit" an die Verbrechen des Faschismus und die neonazistische Gefahr mahnt, ist aller Achtung wert. Deshalb möchte ich meine Eindrücke von einem Treffen der Widerstandskämpfer in Genua mitteilen, wo kürzlich der Kongreß der italienischen Assoziation der ehemaligen politischen Häftlinge der Nazi-Konzentrationslager (ANED) tagte. Einer ANED-Einladung folgte auch eine Delegation des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen.

Einige Tage waren wir mit den Delegierten und Gästen des Kongresses zusammen, die die Qualen der nazistischen Folterhöhlen überlebten. Weder Alter noch Krankheiten haben den Kampfgeist der Kriegsveteranen brechen können. Wie in den Jahren des Krieges sind sie auch heute ein Vortrupp der Kämpfer gegen den Faschismus.

"Das Bestreben, den Faschismus samt seiner Ideologie zu rehabilitieren, und die Bombenexplosionen in Bologna stehen in direktem Zusammenhang", sagte mir der Generalsekretär der ANED, Abele Saba, einst Häftling des KZ Dachau. "Man steuert auf das einzige Ziel los: das Vertrauen zu den demokratischen Institutionen, zur Demokratie untergraben und den Anhängern einer 'harten Ordnung' wie einer 'starken Macht' den Weg bahnen."

Auf dem Kongreß wurde zur Aktionseinheit aller Organisationen der Widerstandskämpfer aufgerufen. Es sprachen viele Repräsentanten der Kriegsveteranenverbände aus sozialistischen Staaten, der Vereinigungen von Widerstandskämpfern und ehemaligen KZ-Häftlingen aus Spanien, Frankreich, der BRD.

Nun stehe auch ich vor dem Mikrofon und warte, bis der Applaus für die sowjetischen Kriegsveteranen — Frontsoldaten, Partisanen, Illegale — verebbt. Ich beginne zu sprechen voll berechtigten Stolzes auf unser Volk und seine Armee, die einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus und zur Befreiung der Völker Europas geleistet haben. Die Kongreßteilnehmer wissen das nicht vom Hörensagen, Freude steht ihnen in den Augen. Auch ich bin ehemaliger Insasse des Vernichtungslagers Sachsenhausen. Am 21. April 1945, als der Donner der sowjetischen Geschütze schon bis zu den KZ-Baracken hallte, trieben die SS-Leute 33 000 Häftlinge auf den Todesmarsch: Sie sollten auf einen Schleppkahn verfrachtet und auf hoher See versenkt werden. Mehrere Tausende wurden unterwegs niedergeschossen oder erlagen ihrer Erschöpfung.

"Nie wieder Krieg und Faschismus!" — dieses Thema stand im Brennpunkt der Diskussionen in Genua. Man war sich darin einig, die Erfahrungen der Widerstandskämpfer in den Dienst des Friedens zu stellen, alle Kräfte und Mittel zum Schutz der Ideale einzusetzen, für die die freiheitliebenden Völker gegen den Nazismus gekämpft haben — für eine Welt ohne Kriege, für eine Welt ohne Faschismus.

Mark TILEWITSCH,

Sekretär der Revisionskommission

der Sowjetischen Kriegsveteranenorganisation,

Mitglied des Internationalen Komitees

der ehemaligen Häftlinge des KZ Sachsenhausen

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 9 FEBRUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-
STSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Armee im Dienste der Freiheit (Wort des Redakteurs)	1
K. Tschernenko — An die argentinische Bewegung „Ap- pell der 100 für die Erhaltung des Lebens“	3
Für ein kernwaffenfreies Nordeuropa (Antwort Konstantin Tschernenko auf die Botschaft der Nordeuropäischen Friedensorganisation „Vertrag — jetzt“)	3
N. Jewgenjew — UNO. Die Interessen der Mehrheit und die Manöver des Westens	5
I. Iwanow — UdSSR—Griechenland. Ergebnisreicher Be- such	6
L. Solnzew — Für Abschreckung im Nuklearzeitalter kein Platz	8
N. Schimmel — Südkorea. Typisch Söul	8
W. Listow — Störfaktor (Kommentar)	9
D. Wolski — Naher Osten. Tel Avivs verkaufte Schwert	10
W. Prochorow — „Entwicklung und Wettrüsten unverein- bar“ (Interview)	12
T. Firsowa — Ein silbernes Jubiläum	14
D. Maximow — Neue Initiative in Wien	15
Notizen ♦ Glossen	16
L. Besymenski — Schlimmer als direkte Lüge (Geschichte und Gegenwart)	18
V. Zoppi — Terroristen und „Antiterroristen“ (Das poli- tische Buch)	22
O. Valentinow — Paraguay. Interview nach der Folter	23
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marschall Shukow	25
W. Rubzow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der Kampf des libanesischen Volkes gegen die israelischen Okkupanten, für die völlige Befreiung des Landes wächst von Tag zu Tag an. Aber die Zionisten, denen die USA den Rücken streifen, betreiben ihre aggressive Politik weiter (Siehe S. 10.)

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

ARMEE IM DIENSTE DER FREIHEIT

Als nach der Oktoberrevolution zahlreiche Staaten die junge Sowjetrepublik mit Krieg überzogen, verwies Lenin darauf, daß die USA in diesem Feldzug nicht die letzte Rolle spielten; er sagte, daß der amerikanische Imperialismus "in der blutigen Geschichte des blutigen Imperialismus eine besonders tragische Seite aufgeschlagen hat". Lenins Worte sind aktuell wie eh und je. Die Gendarmenallüren der Leute im Weißen Haus wirken sich tragisch auf die Entwicklung in der ganzen Welt aus: in Westeuropa und Mittelamerika, in Afrika und im Nahen Osten.

Der Begründer des Sowjetstaates stellte die Diagnose, bestimmte aber auch das Mittel zur Bekämpfung des Übels: Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht. Tausende und Abertausende Arbeiter und Bauern leisteten dem Aufruf der Bolschewiki und der Sowjetregierung Folge. Der 23. Februar 1918, an dem das Volk sich zum Schutz der Errungenschaften der Oktoberrevolution mobilisierte, wurde zum Geburtstag der Roten Armee. Drei Jahre führte sie harte Kämpfe gegen die Weißgardisten und Interventen und siegte. Noch in den 20er/30er Jahren mußte sie mehrmals ausrücken, weil sich im Ausland immer wieder Leute fanden, die die Stärke des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt auf die Probe stellen wollten.

Selbst wenn sich die Sowjetischen Streitkräfte in den 67 Jahren ihres Bestehens nur auf die Verteidigung der eigenen Grenzen beschränkt hätten, wäre das Volk ihnen auch dann für ihren beispiellosen Mut, Heroismus, das hohe Können und den ebenso hohen Patriotismus vom ganzen Herzen dankbar gewesen. Das Leben wollte es anders. 1418 Tage und Nächte brauchten die sowjetischen Streitkräfte, um die Kriegsmaschinerie Hitlerdeutschlands, das uns an einem frühen Junimorgen 1941 perfide überfallen hatte, zu zermalmen. Die Okkupanten wurden aufs Haupt geschlagen und von sowjetischem Boden vertrieben. Aber trotz unserer großen Opfer marschierte unsere Armee weiter, anderen Völkern zu helfen. Überall, wohin der sowjetische Soldat kam, wurde er als Freund und Befreier empfangen. Der Jubel in den befreiten Hauptstädten Warschau, Prag, Sofia, Belgrad, Budapest und Bukarest, in Nordnorwegen wird unvergessen bleiben. Aber auch dort, wo die Kriege die Sowjetarmee nicht hinführten, verstehen die aufrechten Menschen, was aus Paris und London hätte werden können, wenn sich die Verteidiger von Brest und Stalingrad nicht davor gestellt hätten; was für ein Los die Belgier, Dänen und Holländer ereilt hätte,

wären die Soldaten mit dem roten Stern an der Mütze nicht an die Ostseeküste gekommen; wie das Staatswesen vieler Länder Südasiens ausgesehen hätte, wäre die Kwangtungarmee nicht in einem machtvollen Vorstoß durch die sowjetischen Divisionen zerschlagen worden. Und sollten die Amerikaner nicht daran denken, daß gerade der entscheidende Beitrag der Sowjetarmee zum großen Sieg 1945 den Vereinigten Staaten die Gewaltherrschaft der Nazis ersparte?

Die Sowjetischen Streitkräfte mußten sich nicht nur durch das "revolvernde Gebell" (Majakowski), sondern auch durch das ständige gehässige Geheul von Widersachern und Schmähern hindurchkämpfen. Selbst in diesem Jubiläumsjahr servieren einige Zeitungen und Zeitschriften der BRD den jungen Generationen der Bundesbürger lästerliche Märchen über die Grausamkeiten der Russen auf deutschem Boden, über deren Schuld an der deutschen Bevölkerung. Hier dagegen, was der große deutsche Humanist Thomas Mann sagte, nachdem die Siegesfahne über dem Reichstag gehißt worden war: "Die Stunde ist groß — nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland —, die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer, Nationalsozialismus genannt, verröchelt, und Deutschland von dem Fluch wenigstens befreit ist, das Land Hitlers zu heißen."

In den letzten Jahren wird das begrenzte Kontingent der sowjetischen Truppen in Afghanistan zur Zielscheibe der Verleumdungen gemacht. Wir dagegen wissen: Sobald das afghanische Volk aufhört, Objekt eines "nichtklärten Krieges" und der ausländischen Intervention zu sein, wird auch von den propagandistischen Rauchschwaden der Imperialisten nichts mehr übrigbleiben. Die Afghanen und alle Anhänger der sozialen Gerechtigkeit in anderen Ländern wissen die Heldentaten der sowjetischen Soldaten zu schätzen. Würdig verbinden sie die Verteidigung der sowjetischen Grenze gegen die feindlichen imperialistischen Kräfte mit der internationalistischen Hilfe für ein Volk, das die Anschläge von Interventen und innerer Reaktion zurückweist.

Die Angehörigen der Sowjetarmee wissen, daß unser Land nicht die Absicht hat, anderen seinen Willen zu diktieren, daß wir es aber auch niemandem erlauben werden, mit uns von der Position der Stärke zu sprechen. Wenn es um die Sicherheit der Völker geht, vermögen Außenpolitik und Diplomatie viel, aber nicht alles. In der Weltszene hat man ja auch mit politischen Kräften zu tun, denen guter Wille fremd ist und die auf die Argumente der Vernunft nicht hören. Dazu Konstantin Tschernenko: "Hier spielt die eindämmende Stärke unseres Verteidigungspotentials eine unabdingbare Rolle. Heute ist es nicht nur Garant der Aufbauarbeit des Sowjetvolkes, sondern auch Garant des Weltfriedens."

ANTWORT KONSTANTIN TSCHERNENKOS AN DIE ARGENTINISCHE BEWEGUNG „APPELL DER 100 FÜR DIE ERHALTUNG DES LEBENS“

Die argentinische Bewegung "Appell der 100 für die Erhaltung des Lebens" hat an den Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko, eine Botschaft gerichtet.

Die Bewegung ist im Mai 1984 auf Initiative von 100 prominenten Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Kulturschaffenden und religiösen Würdenträgern Argentiniens gegründet worden, die sich in Übereinstimmung mit einem von ihnen angenommenen Programm, von humanen Friedenserwägungen leiten lassen, die zum Ziel haben, zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe beizutragen. Dieser Bewegung haben sich als kollektive Mitglieder verschiedene Parteien, führende Gewerkschaften, die größten Universitäten, gesellschaftliche und Jugendorganisationen angeschlossen.

Wir veröffentlichen hier den Wortlaut der Antwort Konstantin Tschernenkos auf die Botschaft.

Verehrte Herren,

Ich danke Ihnen für Ihre Botschaft. Sie widerspiegelt voll und ganz die von uns geteilte Besorgnis des Volkes von Argentinien sowie anderer lateinamerikanischer Länder über die gewachsene Gefahr eines Kernwaffenkrieges. Sie schreiben, daß das Bewußtsein und das Gewissen des argentinischen Volkes Sie bewegen, für das allgemeine Grundrecht der Menschen — das Recht auf Leben — einzutreten. Dieses Bestreben steht mit den Gefühlen der sowjetischen Menschen im innigen Einklang. Davon ist das ganze Wirken unseres Staates in der internationalen Arena durchdrungen.

Sie wissen offensichtlich, daß die Sowjetunion bereits die Verpflichtung übernommen hat, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, und diese konstruktive Haltung wurde von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsländer der UNO, darunter auf ihrer letzten Vollversammlung, gebilligt. Wir haben den USA und den anderen kernwaffenbesitzenden Mächten vorgeschlagen, eine ähnliche Verpflichtung zu übernehmen. Auf diesen unseren inständigen Appell bleibt aber immer noch eine Antwort aus. Ihnen ist wahrscheinlich bekannt, daß die Militärstrategie der NATO die Möglichkeit eines nuklearen Erstschlages vorsieht. Es dürfte nicht schwer sein, sich vorzustellen, welche katastrophalen Folgen der Einsatz von Kernwaffen haben würde.

Wir in der Sowjetunion sind zutiefst davon überzeugt, daß der historische Streit zwischen den unterschiedlichen sozialen Systemen, wie übrigens auch jeder Streit und jeder Konflikt zwischen den Staaten, nur auf friedlichem Wege entschieden werden kann und muß, was in einem ganz besonderen Maße für die an Massenvernichtungswaffen so überfüllte Welt von heute gilt. Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Ein Kernwaffenkrieg

würde für die Menschheit katastrophale Folgen haben. Es ist an der Zeit, daß sich auch die herrschenden Kreise des Westens dieser simplen Wahrheit des nuklearen Zeitalters bewußt werden.

Die Sowjetunion äußert sich konsequent gegen alle Versuche, das bestehende militärische Gleichgewicht zu zerstören. Wir sind für eine radikale Reduzierung der nuklearen und konventionellen Waffenarsenale auf der Grundlage von Gleichheit und gleicher Sicherheit, für allgemeine und vollständige Abrüstung, für Vernichtung der Kernwaffen.

Wir haben vorgeschlagen, bei einer entsprechenden allgemeinen Vereinbarung, einen Teil der Mittel, die im Ergebnis einer Reduzierung der Militärausgaben freigesetzt würden, zur Hilfe für die Entwicklungsländer zu verwenden. Aber auch hierbei sind infolge der Haltung westlicher Länder keine Fortschritte zu verzeichnen.

Die sowjetische Führung tut alles nur Mögliche, um die internationale Lage zu normalisieren und die Kriegsgefahr abzuwenden. Wir schätzen die Ergebnisse des vor kurzem in Genf abgehaltenen sowjetisch-amerikanischen Treffens hoch ein, auf dem die Vereinbarung getroffen wurde, zwischen der UdSSR und den USA Verhandlungen über den Weltraum, über nukleare strategische Rüstungen und nukleare Rüstungen mittlerer Reichweite zu führen. Es ist von prinzipieller Bedeutung, daß die Fragen der nuklearen und der Weltraumwaffen bei den Verhandlungen in organischer Wechselbeziehung gelöst werden. Wir bestehen deshalb mit Nachdruck darauf, weil eine Militarisierung des Weltraums und die Pläne für "Sternenkriege" dem praktisch unkontrollierten Rüstungswettlauf in allen Richtungen Antrieb geben und eine Reihe geltender wichtiger Abkommen über die Begrenzung des Rüstungswettlaufs zunichte machen würden. Die Lebensinteressen der Menschheit gebieten, daß der Weltraum zu ausschließlich friedlichen Zwecken genutzt wird.

Abschließend möchte ich betonen: In unseren besorgniserregenden Tagen wird die durch die Geschichte bestätigte Wahrheit immer offensichtlicher, daß die Geschichte der Welt in einem sehr hohen Grad vom Willen und vom geschlossenen Handeln der Völker abhängen. Sie können und sind geradezu berufen, heute ihr entschiedenes "Nein" zum nuklearen Tod zu sagen und dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten. Ich wünsche Ihrer Bewegung Erfolge in der erhabenen und unaufschiebbaren Sache des Kampfes zum Schutz der Zivilisation und des Lebens selbst auf der Erde.

Mit Hochachtung
K. TSCHERNENKO

FÜR EIN KERNWAFFENFREIES NORDEUROPA

Antwort Konstantin Tschernenkos auf die Botschaft der Nordeuropäischen Friedensorganisation „Vertrag—jetzt“

Die Leiter der einflußreichen Friedensorganisation "Traktat Nu" [Vertrag—jetzt] richteten an Konstantin Tschernenko, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, eine Botschaft, in der sie sich für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa aussprechen. "Traktat Nu" vereint weite gesellschaftliche und politische Kreise der nordeuropäischen Länder, tritt konsequent gegen die nukleare Hochrüstung auf und setzt sich für die

Festigung von Frieden, Stabilität und Internationaler Zusammenarbeit in dieser Region ein.

Die Schreiber würdigen die bekannte sowjetische Initiative zur Frage einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und bitten, darauf zu antworten, auf welche Weise die UdSSR die Verwirklichung dieser Idee fördern könnte.

In seiner Antwort verweist Konstantin Tschernenko darauf, daß die Bewegung für den Frieden, gegen das nukleare

Wettrüsten zu einer bedeutenden moralischen und politischen Kraft in Europa, darunter in seinem Norden, geworden ist. Die Sowjetbürger teilen, schreibt er, die Sorge der europäischen Öffentlichkeit über die gefährliche Verschlechterung des internationalen Klimas, das andauernde Wettrüsten und die der Menschheit drohende nukleare Gefahr. Europa wird in einen Brückenkopf für die Entfesselung eines nuklearen Konfliktes verwandelt, wozu man hier Erstschlagswaffen stationiert. Deshalb ist der Appell der Bewegung für ein kernwaffenfreies Nordeuropa, so schnell wie möglich einen Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone in dieser Region abzuschließen, sehr aktuell.

Bei der Darlegung der sowjetischen Position zu dieser Frage betonte Konstantin Tschernenko, daß die UdSSR einen positiven Einfluß auf die Schaffung einer solchen Zone in Nordeuropa ausüben könnte. Er erinnert daran, daß die UdSSR, wie sie wiederholt erklärte, niemals Kernwaffen gegen jene Staaten einsetzen wird, die auf ihre Produktion und Anschaffung verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium stationieren. Konkret ist die UdSSR bereit, die Verpflichtung einzugehen, keine Kernwaffen gegen die Staaten Nordeuropas anzuwenden, die zu einer kernwaffenfreien Zone gehören — d. h. auf Produktion, Anschaffung und Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium verzichten — werden. Eine solche Garantie könnte in einem multilateralen Abkommen unter sowjetischer Teilnahme oder in bilateralen Vereinbarungen mit jedem Teilnehmerland der Zone festgeschrieben werden.

Konstantin Tschernenko bekräftigte die Bereitschaft der UdSSR, als einer der Garanten der kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa aufzutreten und einige substantielle Maßnahmen zu erörtern, die auf ihr eigenes an die Zone grenzendes Territorium anwendbar sind und zur Konsolidierung des kernwaffenfreien Status der Zone beitragen. So wäre die UdSSR

bereit, mit den interessierten Seiten über den kernwaffenfreien Status der Ostsee zu verhandeln. Sowjetischerseits macht man diese Schritte nicht von einer positiven Einstellung der Westmächte zur kernwaffenfreien Zone abhängig, obwohl die Bedeutung der Schaffung der Zone für alle ihre Teilnehmer selbstredend größer wäre, wenn auch die nuklearen NATO-Mächte solche Verpflichtungen eingingen.

Die UdSSR ist entschieden gegen das sinnlose Wettfeiern in der Produktion und Lagerung immer destruktiverer Waffen. Sie ist für die radikalsten Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und zu seiner Beendigung auf der Erde, zur Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen bis hin zu ihrer restlosen Liquidierung, ferner zur Festigung der strategischen Stabilität. Der komplexen Lösung dieser miteinander eng verbundenen Probleme werden die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen gelten, die im März in Genf beginnen. Zugleich gibt es auch Fragen, die die nuklearen Rüstungen betreffen und doch nicht zum Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen gehören, weshalb sie sich getrennt lösen lassen. Zu solchen Problemen gehört die Schaffung kernwaffenfreier Zonen. Eine solche Zone in Nordeuropa würde neue Möglichkeiten für die Festigung des Vertrauens und die Senkung der Spannungen in Europa wie auch in der ganzen Welt bieten.

Abschließend wünschte Konstantin Tschernenko den Absendern der Botschaft, allen Teilnehmern der Friedensbewegung in den nordeuropäischen Ländern große Erfolge in ihrer edlen Tätigkeit. Wie er betonte, liegt es durchaus in den Kräften der Völker der nordeuropäischen Länder, zu erreichen, daß der Norden Europas in eine kernwaffenfreie Zone umgewandelt wird, und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit auf unserem Kontinent zu leisten.

IN KÜRZE

Am 13. Februar wurde in der Botschaft der UdSSR in Argentinien eine Antwort Konstantin Tschernenkos an die Leiter der argentinischen Bewegung "Appell der 100 für die Erhaltung des Lebens" überreicht. Aldo Tessio, der Berater des argentinischen Präsidenten für Friedens- und Sicherheitsfragen, bat in seiner Ansprache, Konstantin Tschernenko für seine Antwort herzlich zu danken. "Im Namen des argentinischen Volkes möchte ich", sagte A. Tessio, "der UdSSR eine tiefe Erkenntlichkeit für einen so wichtigen und positiven Beitrag zur Sache des Friedens und der Entspannung ausdrücken."

In der Botschaft der UdSSR in Norwegen wurde eine Antwort K. Tschernenkos an die Organisation "Vertrag — jetzt" überreicht. Frau Professor Eva Nordland, Mitbegründerin der Organisation und namhafte Vertreterin der Öffentlichkeit Norwegens, dankte Konstantin Tschernenko herzlich für seine Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Vorschläge der friedliebenden Öffentlichkeit der Nordländer. Sie verwies auf die außerordentlich große Wichtigkeit des Antwortschreibens und betonte, daß Konstantin Tschernenko auf die Fragen der Organisation über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa konkrete Antworten gibt.

Am 13. Februar hatte Andrej Gromyko im Kreml ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu. Wie beiderseits festgestellt wurde, wird die Erweiterung und Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit UdSSR—Griechenland im Interesse beider Länder liegen und dem Frieden und der internationalen Sicherheit dienen. Am 14. Februar reiste Papandreu nach einem Besuch in Leningrad aus der UdSSR ab (S. 6).

Da 1985 von der UNO zu einem Jahr der Organisation der Vereinten Nationen und 1986 zu einem Internationalen Jahr des Friedens verkündet worden ist, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eine Kommission zur Durchführung des UNO-Jahres und des Internationalen Jahres des Friedens eingesetzt. Ihr steht Andrej Gromyko vor.

In der Botschaft der UdSSR in Washington wurde James Jackson, einem namhaften Vertreter der amerikanischen und internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der USA, feierlich der Orden der Völkerfreundschaft überreicht. Wie es in

einem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR heißt, wurde er für seine Verdienste im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, für seinen Beitrag zur Verständigung und Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Volk ausgezeichnet.

In Los Angeles (USA) fand eine Landeskonferenz der einflußreichen Massenorganisation "Ärzte für soziale Verantwortung" statt. Anwesend waren etwa 500 Ärzte aus den USA, ferner aus der UdSSR, aus Kanada, Großbritannien, der BRD, Norwegen und Mexiko. In den auf der Konferenz bestätigten Dokumenten werden die Pläne des Weißen Hauses für die Militarisierung des Weltraums scharf kritisiert.

In London wurde eine internationale Konferenz zu Fragen eines aktiveren Kampfes für Frieden und Entspannung, einer festeren Solidarität der Werktätigen abgeschlossen. Sie fand auf Initiative des WGB anlässlich dessen bevorstehenden 40jährigen Jubiläums statt. Anwesend waren Delegierte aus 14 Ländern, darunter aus der UdSSR, sowie leitende Vertreter der größten britischen Gewerkschaften. Die Konferenz forderte auf, die Kampagne gegen das Wettrüsten, für die Abrüstung und Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges zu erweitern.

Die Vereinten Nationen lehnen die Versuche des Imperialismus ab, die demokratische und gerechte Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu vereiteln

DIE INTERESSEN DER MEHRHEIT UND DIE MANÖVER DES WESTENS

Nikolai JEWGENJEW

In der Weltwirtschaft hat sich 1984 viel zugetragen. Es tagten die 39. UNO-Vollversammlung, der UNO-Wirtschafts- und Sozialrat, eine Generalkonferenz der UNIDO, und es haben eine Reihe wichtiger Zusammenkünfte der nichtpaktgebundenen und der Entwicklungsländer zu Wirtschaftsfragen sowie zahlreiche Regionalkonferenzen stattgefunden. Einen besonderen Platz nahm darunter der Moskauer Wirtschaftsgipfel der RGW-Mitglieder vom Juni 1984 ein. Er stellte ein ausführliches Programm für die Sanierung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf, das darauf ausgerichtet ist, sie zu demokratisieren und Ausbeutung, Diskriminierung und Diktat ein Ende zu bereiten.

In der Deklaration des Wirtschaftsgipfels "Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit" forderten die Teilnehmer auf, "ein Aktionsprogramm zu realisieren, das auf die Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, auf die Gewährleistung der ökonomischen Sicherheit und die Schaffung von Vertrauen auf diesem äußerst wichtigen Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen gerichtet ist". Dank den Bemühungen der sozialistischen Länder sind diese Probleme heute ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der Sozial- und Wirtschaftsorgane der UNO.

Ökonomischer Darwinismus

In der Tätigkeit der UNO und anderer Weltorganisationen treten zwei verschiedene Tendenzen, zwei entgegengesetzte Einstellungen zu weltwirtschaftlichen Angelegenheiten heute besonders plastisch zutage. Der Ausrichtung der sozialistischen Ländergemeinschaft darauf, eine rechtsgleiche, sachliche Zusammenarbeit zu erreichen, was objektiv im Interesse der meisten Entwicklungsländer liegt, setzen die

USA und die anderen imperialistischen Staaten den Kurs auf weitere Erhöhung der Spannungen entgegen. Er drückt sich darin aus, daß sie von Vereinbarungen zurücktreten, souveräne Staaten unter brutalen Druck setzen, Wirtschaftsblockaden aufziehen, diktieren, Handelssanktionen ergreifen und die sozialistischen und die Entwicklungsländer, besonders die fortschrittlich orientierten, erpressen und bedrohen.

Die Kollision dieser beiden Einstellungen zeigte sich in der UNO als die Länder ihre Stellungnahme zu konkreten, in den Wirtschaftsorganen der UNO zur Debatte stehenden Fragen darlegten; ebenso bei Beschlußfassungen. Die USA und ihre westlichen Bündnispartner, die voriges Jahr aus der schwersten zyklischen Überproduktionskrise der Nachkriegszeit herauskamen, haben versucht, den anderen Staaten ihr Urteil über die Sachlage in der Weltwirtschaft aufzunötigen. Sie haben behauptet, daß es im kapitalistischen Sektor der Weltwirtschaft im großen und ganzen gut stehe, und falls irgendein Land wirtschaftliche Schwierigkeiten habe oder noch immer im Schraubstock der Krise stecke, dann sei es selbst daran schuld, weil es die Entwicklung der Marktkräfte hemme, die die Dinge ins Lot bringen würden. Diplomaten in der UNO bezeichnen diese Einstellung treffend als "ökonomischen Darwinismus".

Im Gegensatz dazu haben die meisten UNO-Mitglieder mit Recht ausgeführt, daß die nicht allein zyklische, sondern auch strukturelle Krise der kapitalistischen Wirtschaft anhalte, wenn sich in einigen Industriestaaten auch eine Belebung andeute. Weiter haben sie konstatiert, daß die "Randgebiete" der kapitalistischen Weltwirtschaft für die Belebung in den westlichen Ländern übermäßig viel zahlen mußten. Der Preis ist der beispiellose Kapital-

abfluß in das wichtigste Devisen- und Finanzzentrum des Kapitalismus: in die USA. Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer sind wie noch nie angewachsen.

Als es um die Beurteilung der Sachlage in einzelnen Weltregionen ging, waren die Erklärungen der westlichen Vertreter in der UNO völlig unhaltbar. So z. B. wollten die US-Diplomaten den Hunger und die Wirtschaftskrise in Afrika (sie war 1984 eine der akutesten internationalen Fragen) lediglich mit der Auswirkung von Naturfaktoren, vor allem mit der Dürre, erklären. Die horrenden Schulden Lateinamerikas führten sie auf eine "anspruchsvolle Industrialisierungspolitik", auf Einmischung des Staates in Wirtschaftsangelegenheiten zurück. Zugleich suchten sie die Ausplünderung dieser Länder durch Multis und Konzerne zu vertuschen.

Das grundsätzliche Gespräch in der UNO über die Fortentwicklung der jungen Staaten trug wohl noch nie derart ausgeprägte Wesenszüge eines ideologischen Kampfes wie in den letzten Jahren. Die Vertreter der USA und einiger anderer westlicher Länder strengten sich an zu "beweisen", daß der Sozialismus als System nicht lebensfähig und aussichtslos, daß er unmenschlich sei. Sie wollen der Menschheit einreden, daß nur der Kapitalismus, noch dazu in seiner reinen, ursprünglichen Form, fähig sei, dem Menschen optimale Möglichkeiten zu Wohlstand und schöpferischer Tätigkeit zu bieten.

Auf Spaltung aus

So wollen die herrschenden Kreise des Westens der Weltöffentlichkeit eine neokonservative Ideologie und obendrein ihre eigene imperialistische Einstellung zu den Entwicklungsproblemen aufschwätzen. Alle früheren programmatischen Beschlüsse der UNO zu Wirtschaftsfragen — einschließlich der Deklaration

und des Aktionsprogramms für die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, der Charta der Wirtschaftsrechte und -pflichten der Staaten und der Internationalen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre — waren in der Hauptsache darauf orientiert, die nationale Souveränität der Entwicklungsländer, ihre Kontrolle über das Gebaren des transnationalen Business, die Entwicklung des staatlichen Sektors ihrer Wirtschaft und ähnliche Entwicklungsschwerpunkte zu sichern, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleisten. Jetzt nennen die USA und ihre Bündnispartner diese Entwicklungsstrategie und die sie konkretisierenden UNO-Dokumente veraltet.

Durch Verschulden des Westens kommen alle wichtigsten Initiativen der Entwicklungsländer jetzt nicht vom Fleck. So ist man mit der Übersicht über die Internationale Entwicklungsstrategie und mit ihrer Beurteilung keinen Schritt vorwärtsgekommen. Schon das dritte Jahr wird keine Entscheidung über die Aufnahme "globaler Verhandlungen" im Rahmen der UNO getroffen. Der Westen sabotiert auch den Antrag der Entwicklungsländer über eine Reform des internationalen Währungs- und Finanzwesens, über die Formulierung von Verhaltensmaßregeln für die Multis usw. Kurz, wenn Probleme oder Vorschläge, die die Grundlagen der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern betreffen, auch nur erwähnt werden, gerät der sogenannte Nord-Süd-Dialog ins Schleudern oder wird zu einem Dialog von Harthörigen.

Das Verhalten Washingtons zum ganzen Nord-Süd-Fragenkreis ist jetzt zynisch und aufdringlich und zeitweise sogar unverschämte. Die US-Vertreter in der UNO begnügen sich nicht damit, neokonservative Auffassungen mit Hinweisen auf zweifelhaft statistische Angaben durchdrücken zu wollen. Vielmehr untermauern sie ihre Stellungnahme auch mit "Argumenten" wie der Drohung, die "Hilfe" zu kürzen oder ganz zu entziehen. Die USA und ihre Bündnispartner machen sich die ernstesten Wirtschaftsschwierigkeiten an der Peripherie des Weltkapitalismus zunutze, um einen verstärkten politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben und dadurch die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und die "Gruppe der 77", die über 120 Entwicklungsländer erfassen, zu spalten. Sie wollen sie zwingen, ihre berechtigten Forderungen nach Umstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen fallen zu lassen.

Der Westen sucht auch die verschiedene Einstellung der regionalen

UDSSR--GRIECHENLAND

Herzliche Aufnahme für Andreas Papandreou und seine Kabinettsmitglieder in Moskau

ERGEBNISREICHER BESUCH

Bei ihrem Moskau-Besuch vom 11.—14. Februar erörterte die griechische Regierungsdelegation mit der sowjetischen Führung einen weiten Fragenkreis. Welches sind die praktischen Ergebnisse des Besuches, was zeigte sich beim Meinungsaustausch?

Bilaterale Beziehungen. Das Langzeitprogramm zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit von 1983 wird erfolgreich verwirklicht. Erörtert wurden technische Unterstützung der UdSSR beim Bau eines Wasserkraftwerks und einer Tonerdefabrik in Griechenland, Fragen der Zusammenarbeit in Schiffbau und -reparatur, die Belieferung mit dem sowjetischen Erdgas und die Anlegung einer Erdgasleitung. Zur Erörterung kamen ferner: Beteiligung griechischer Firmen an der Errichtung und Modernisierung von Hotels in der UdSSR sowie Probleme einer ausgewogenen

Erweiterung des bilateralen Handels. Unterzeichnet wurden: ein Protokoll über Konsultationen, Abkommen über den internationalen Kraftverkehr und über die Sozialfürsorge und ein Memorandum über die Richtungen der Zusammenarbeit in der Handelsschifffahrt.

Bei der Erörterung der Weltlage wurde die Übereinstimmung der Ansichten beider Länder über viele internationale Probleme bestätigt.

Verhütung der Kriegsgefahr. Gegenwärtig ist das die wichtigste Aufgabe. Pflicht aller Staaten ist es, auf Gewaltanwendung oder -androhung zu verzichten, das Prinzip der Nichteinmischung strikt einzuhalten und auf Entspannung hinzuwirken.

Genf. Beide Seiten sind für die Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation, für die Nichtmilitarisierung des Weltraums, die Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen bis zu ihrer völligen

Gruppen von Entwicklungsländern zu den wichtigsten weltpolitischen Problemen, die auf den ungleichen Einfluß der zyklischen Krise auf die Wirtschaft der einzelnen Regionen zurückzuführen ist, auszunutzen. Während die Länder Lateinamerikas bei den Vollversammlungsdebatten die Lösung des Problems der Auslandsschulden als das wichtigste ansahen, bemühte sich die afrikanische Gruppe energisch um eine unverzügliche Lösung ihrer akuten Wirtschaftsprobleme. Diese haben letzthin Krisencharakter angenommen, vor allem infolge der verstärkten neokolonialistischen Ausbeutung, zu der die Folgen der langjährigen Dürre gekommen sind.

Aber trotz des massiven Drucks und der "individuellen" Bearbeitung der Regierungen von Entwicklungsländern über die diplomatischen Kanäle und trotz der Wirtschaftssanktionen gegen einige Länder haben die USA und ihre Bündnispartner weder auf der 39. UNO-Vollversammlung noch in anderen internationalen Gremien die Entkolonisierung rückgängig machen können. Ebenso wenig konnten sie erreichen, daß die Entwicklungsländer von den früher in der UNO gefaßten fortschrittlichen Beschlüssen

über eine Umstellung der Weltwirtschaftsbeziehungen Abstand nehmen.

Die 39. Vollversammlung bekräftigte die Bedeutung von Urkunden wie der Charta der Wirtschaftsrechte und -pflichten der Staaten und der Deklaration über die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Unter den vordringlichen Aufgaben nannten die Entwicklungsländer eine Einigung über den Beginn "globaler Verhandlungen" in der UNO und eine Liberalisierung der Handelsbedingungen, ferner eine Lösung des Problems der Auslandsschulden sowie eine Reform des internationalen Währungs- und Finanzwesens. Zu diesen Aufgaben zählten sie auch eine beschleunigte Industrialisierung der jungen Staaten, eine Fertigstellung der Verhaltensmaßregeln für die Multis sowie des Kodexes für den Technologietransfer, die Realisierung der Internationalen Entwicklungsstrategie und eine greifbare Wirtschaftshilfe für die Länder Afrikas.

Dank den Bemühungen der sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Entwicklungsländer sind in die Resolutionen einiger Organe und Organisationen der UNO Formu-

Liquidierung. Das bildet den Gegenstand der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen.

Die Initiative der Sechs. Papandreou informierte ausführlich über die internationalen Treffen in Delhi und Athen. Moskau erklärte sich solidarisch mit der Haltung, die in der Deklaration von Delhi zum Ausdruck kommt, und verwies darauf, daß die Initiative der sechs Regierungs- und Staatsschefs in der sowjetischen Außenpolitik Anklang findet.

Kernwaffenfreie Zonen. Unterstützung bei der Schaffung solcher Zonen in verschiedenen Teilen Europas, darunter auf dem Balkan.

C-Waffen. Beide Länder sind für das baldigste Verbot und die Vernichtung dieser Waffen.

Wien. Es gilt, bei den Verhandlungen über gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa für beide Seiten annehmbare Übereinkünfte zu erzielen.

Stockholm. Die UdSSR und Griechenland werden zum Erfolg der Stockholmer Konferenz und anderer Foren im Rahmen des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses beitragen. Wie festgestellt wurde, verlief das 1984 in

Athen abgehaltene Treffen von Experten für die friedliche Lösung von Streitfragen in einer konstruktiven Atmosphäre.

Mittelmeerraum. Er muß zu einer Zone eines stabilen Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit werden.

Zypern. Mit Besorgnis wurde darauf verwiesen, daß das Zypernproblem bisher nicht gelöst worden ist. Die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität, die Einheit und die Politik der Nichtpaktgebundenheit der Republik Zypern werden unterstützt. Die UdSSR und Griechenland setzen sich für den Abzug aller fremden Truppen von der Insel, für eine gerechte, realistische Lösung der Zypernfrage ohne Einmischung von außen ein. Die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs, das Zypernproblem lösen zu helfen, fanden Unterstützung. Nach Ansicht der UdSSR und Griechenlands könnte eine internationale Zypernkonferenz im UNO-Rahmen zur Regelung beitragen.

Seerechtskonvention der UNO. Alle Staaten müssen daran teilnehmen und sie strikt befolgen. Eventuelle Probleme, darunter bezüglich des Ägäischen Meeres, sind friedlich, gemäß den Völkerrechtsnormen zu lösen.

Naher Osten. Die Krise ist nur unter Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich der PLO, zu überwinden. Israel muß seine Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Territorien abziehen. Die Palästinenser haben das Recht auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Der Gedanke einer Nahostkonferenz unter dem UNO-Patronat fand Unterstützung.

Libanon. Es gilt, die israelischen Truppen baldmöglichst aus dem Land abzurufen, seine Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität wiederherzustellen.

RSA. Die Apartheid wurde verurteilt, die Einstellung der rechtswidrigen Okkupation Namibias gefordert und das Recht seines Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterstützt. Die UdSSR und Griechenland verlangen, daß die RSA die territoriale Integrität und Souveränität der Nachbarstaaten respektiert.

Mittelamerika. Die Probleme der Region sind nicht militärisch, sondern nur politisch, und zwar von den Lateinamerikanern selbst, zu lösen. Die Anstrengungen der Contadora-Gruppe fanden Unterstützung.

I. IWANOW

lierungen aufgenommen worden, die den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung bekräftigen.

Gegen Diktat und Erpressung

Vereitelt wurde die Absicht des Westens, nicht zuzulassen, daß Resolutionen über vertrauensbildende Maßnahmen und über wirtschaftliche Sicherheit der Staaten gefaßt werden. Gestützt auf das vom Wirtschaftsgipfel der RGW-Länder vorgebrachte langfristige Aktionsprogramm für die Sanierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, haben die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft bei der 39. Vollversammlung einen Resolutionsentwurf "Über Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in den Weltwirtschaftsbeziehungen" eingereicht. Ungeachtet dessen, daß die Delegierten der Entwicklungsländer von den Vertretern der USA und der anderen westlichen Staaten tüchtig bearbeitet wurden, ist die Resolution mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen worden. Der Westen stand faktisch allein da. Gegen die imperialistische Politik der Drohungen, Handelsblockaden und sonstigen Sanktionen richtet sich auch die auf

Initiative der sozialistischen und der Entwicklungsländer angenommene Resolution, in der die Anwendung von Wirtschaftsmaßnahmen als politische und wirtschaftliche Zwangsmittel gegen die Entwicklungsländer verurteilt wird.

Heftig wie noch nie wurde über den Kapitalabfluß aus den Entwicklungsländern in kapitalistische Industrieländer, besonders über die Multis, debattiert, und das ist durchaus begreiflich: Nur die Zinszahlungen der Entwicklungsländer beliefen sich 1984 auf rund 90 Md. Dollar. Zwar wurden hierüber keine besonderen Resolutionen gefaßt, aber die UNO und ihre Wirtschaftsorganisationen wurden durch Diskussionsbeiträge von Delegierten der meisten Länder auf dieses Problem hingewiesen. Alles in allem hat die Debatte über den jetzigen Stand der Weltwirtschaft gezeigt, daß trotz aller Anstrengungen der USA und einiger anderer westlicher Länder, ihn als glänzend hinzustellen, dieses Urteil von der Weltgemeinschaft der Staaten nicht akzeptiert wird.

Der Wirtschaftsgipfel der RGW-Länder hat darauf hingewiesen, daß "die UNO und die Organisationen ihres Systems als wichtiges

Gremium für gemeinsame Bemühungen der Staaten um eine Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit" und um die Lösung aktueller Weltprobleme eine größere Rolle spielen muß. Sie hat auch konkrete Mittel und Wege zur Sanierung der weltpolitischen Beziehungen vorgemerkt. Die 39. UNO-Vollversammlung und die soziale und wirtschaftliche Tätigkeit anderer Weltorganisationen zeigen, daß die Fortschrittskräfte trotz des erbitterten Widerstandes des Imperialismus positive Schritte zur Demokratisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen durchsetzen. Entscheidend ist dabei das sozialistische Weltssystem. Wie Konstantin Tschernenko, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, feststellte, "hat der Sozialismus nochmals gezeigt, daß er der naturgegebene Verbündete aller ist, die für die Aufhebung der Diskriminierung, für den Ausschluß jedweder Ausbeutung aus den weltwirtschaftlichen Beziehungen, gegen die Benützung von Wirtschaftshebeln als politische Druckmittel sowie gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten kämpfen".

Der UNO-Sonderausschuß erörtert
den Antrag der UdSSR über den Abschluß
eines weltweiten Gewaltverzichtsvertrages

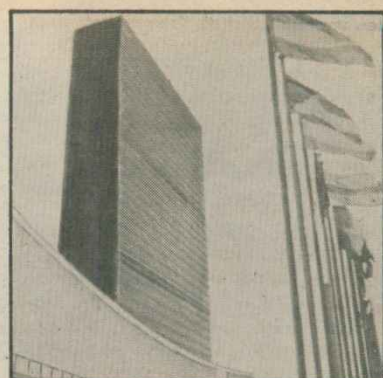
FÜR ABSCHRECKUNG IM NUKLEARZEITALTER KEIN PLATZ

Die Verbannung der Gewalt aus den zwischenstaatlichen Beziehungen ist schon lange ein brennendes weltpolitisches Problem. Seine Lösung war das Anliegen der UdSSR, als sie 1976 in der UNO beantragte, einen Weltweiten Vertrag über den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen zu schließen. Mit der Abfassung beauftragte die Vollversammlung den dafür gebildeten Sonderausschuß, der zur Zeit im New Yorker UNO-Hauptquartier tagt.

Die Aufgabe, die Gewalt aus den zwischenstaatlichen Beziehungen zu verbannen, ist ein Schwerpunkt der UNO-Charta und zahlreicher UNO-Beschlüsse. Mit ihrem Antrag ging die UdSSR von der Notwendigkeit aus, das Prinzip des Gewaltverzichts im Einklang mit den Gegebenheiten des Nuklear- und Raketenzeitalters zu erhärten und zu konkretisieren. Ein solcher Vertrag würde

den Verzicht auf den Einsatz sowohl nuklearer als auch konventioneller Waffen zur obligatorischen Verhaltensnorm der Staaten machen. Sein Abschluß wäre eine Aktion globalen Maßstabs, dank der eine qualitativ neue Weltlage herbeigeführt werden könnte, so daß allen Völkern und Staaten unbeschadet ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnung, ihres Entwicklungsstandes und ihrer militärischen oder wirtschaftlichen Macht eine verlässliche friedliche Zukunft gewährleistet wäre.

Dazu, dieses Ziel zu erreichen, können und müssen alle Länder beitragen, eine besondere Verantwortung aber tragen die Staaten, die Nuklearwaffen besitzen. Die UdSSR ist sich dieser Verantwortung bewußt und handelt dementsprechend. Bei uns sind Worte und Taten eins: Die UdSSR hat sich verpflichtet, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Das gleiche erwartet sie von den anderen Nuklear-



mächten. Wenn sich diese ebenfalls dazu verpflichten würden, wäre das eigentlich gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Kernwaffeneinsatz. Damit wäre ein wirklich epochaler Schritt zur Konsolidierung des Verzichts auf Gewalt in deren gefährlichster, nämlich nuklearer Gestalt getan.

Die Debatte der 39. UNO-Vollversammlung über den sowjetischen Antrag, einen Gewaltverzichtsvertrag zu schließen, hat bestätigt, daß die überwiegende Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten für einen solchen Vertrag ist. Das ist in der jetzigen Situation erhöhter Kriegsgefahr dringend. Verschlimmert wird diese Situation durch die von Washington geplante Militarisierung des Kosmos und die von

SÜDKOREA

TYPISCH SÖUL

Mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 12. Februar Südkoreas wollte die herrschende Clique des Präsidentendiktators Tschon Duhwan gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: erstens seinem schwankenden faschistischen Militärregime den Anstrich der Legitimität geben und es so "stützen", zweitens das Wortgelingen der Reagan-Administration über eine "Demokratisierung" in Südkorea bestätigen.

Das Regime bereitete sich auf die Wahlen wie auf eine Schlacht vor. Der gewaltige Militär- und Polizeiapparat wurde alarmiert. Den Oppositionsführern war nach wie vor die Teilnahme an jeglicher politischer Tätigkeit, auch am Wahlkampf, verboten. Sie standen de facto unter Hausarrest. Der Beginn des gemeinsamen Großmanövers "Team Spirit '85" mit den US-Besatzungstruppen wurde bekanntgegeben. Die Regierung meinte wohl, es werde so gelingen, die Anhänger der kürzlich gebildeten oppositionellen bürgerlichen Neuen Demokratischen Partei einzuschüchtern.

Ein weiterer Umstand, der dem

Söuler Diktator und dessen amerikanischen Beschützern Sorgen bereite, war, daß einer der populären Oppositionsführer Kim Tai Schung kurz vor den Wahlen erklärt hatte, er wolle in die Heimat zurückkehren. Zweieinhalb Jahre hatte er in einem südkoreanischen Gefängnis verbracht und dann zwei Jahre in US-Emigration. Kim ist fürwahr kein Anhänger gewaltsamer Aktionen gegen das faschistische Regime und unterstützt keineswegs die Forderung des Volkes nach dem Abzug der US-Truppen aus Südkorea. Nichtsdestoweniger befürchtete Diktator Tschon Duhwan, daß Kims Rückkehr — und das noch kurz vor den Wahlen — ihm das Spektakel verderben könnte.

Doch Washington rang Tschon Duhwan eine Zustimmung ab: Was werde das für eine demokratische Geste sein! Die ganze Welt werde staunen!

Und die staunte auch. Doch nicht über die demokratische Geste des Diktators, sondern über den Empfang, der Kim in Söul bereitet wurde.

Eine Gruppe amerikanischer Politi-

ker, die Söuls Zusage, Kim bei seiner Ankunft nicht zu verhaften, mit Skepsis betrachtete, übernahm dessen Begleitung. Ihr gehörten zwei Kongreßabgeordnete, ein Ex-Botschafter, eine ehemalige Assistentin des US-Außenministers für Menschenrechtsfragen u. a. an.

Und da landete nun die Maschine am 8. Februar auf dem Söuler Flughafen. 100 000 Menschen waren gekommen, um Kim willkommen zu heißen. Doch das sollte ihnen nicht gelingen. Tausende von Polizisten überfielen die wartenden Menschen, vertrieben sie unter Einsatz von Tränengas, prügelten und verhafteten, ganz wie sonst bei regierungsfeindlichen Demonstrationen. Als Kim Tai Schung in der Begleitung der Amerikaner die Gangway herabstieg, griff der Söuler Geheimdienst ein...

"Es war eine beschämende Demonstration der Gewalt. Sie packten Kim, um ihn in den Fahrstuhl zu stoßen. Er leistete Widerstand. Da begannen sie, ihn mit Füßen zu treten und auf den Kopf zu schlagen. Seine Begleiter — der Kongreßabgeordnete Edward Feighan, der ehemalige Botschafter in El Salvador, Robert White und ich — wurden zu Boden gestoßen..."

den imperialistischen Kreisen betriebene Politik des Staatsterrorismus. Es ist demnach kein Zufall, daß die Ausführung des Antrags der UdSSR durch die unkonstruktive Haltung der westlichen Länder, vor allem der USA, gehemmt wird. Deren Widerstreben, sich an der Abfassung des Weltvertrags zu beteiligen, und ihre Absicht, auch weitere Gewaltmethoden anzuwenden, bestätigen ein übriges Mal die Ansprüche Washingtons auf eine militärische Überlegenheit und darauf, Streitfragen zwischen Staaten mit Waffengewalt zu erledigen.

Die 39. Vollversammlung hat beschlossen, daß sich der Sonderausschuß weiter um die Abfassung und den Abschluß des Weltweiten Vertrags bemühen soll.

Die Delegierten vieler Länder haben die Vollversammlung auch auf die Tragweite des auf der Stockholmer Konferenz von den sozialistischen Ländern eingebrachten Vorschlags hingewiesen, einen Vertrag über den Verzicht auf militärische Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrags und der NATO zustande zu bringen.

Die Tagung des Sonderausschusses zeigt, daß sich die USA und die ihnen am nächsten stehenden Bündnispartner nach wie vor der Obstruktionstaktik befleißigen und die Bemühungen um die Abfassung eines Weltvertrags unter dem Vorwand

aufhalten, daß er der UNO-Charta Abbruch täte. Die westlichen Länder behaupten, eine Lösung für das Problem des Gewaltverzichts könne nur im Rahmen einer "generellen politischen Regelung der Ost-West-Beziehungen" und vor allem zwischen der UdSSR und der USA gefunden werden. Auch strengen sie sich an, den Sonderausschuß durch ein Jonglieren mit Worten über die Form des geplanten Vertrags von der Formulierung konkreter Punkte abzuhalten, wobei sie die gefährlichen Realitäten des Nuklearzeitalters in den Wind schlagen.

In der 39. Vollversammlung sagte Andrej Gromyko: "Im Nuklearzeitalter tut ein politisches Denken not, das den Realitäten entspreche. Wo noch immer Kategorien wie 'Gewalt', 'Abschreckung' und 'Überlegenheit' vorherrschen, da müssen sie durch Begriffe des Gewaltverzichts, des Vertrauens, der Gleichheit und gegenseitigen Respektierung der Sicherheitsinteressen abgelöst werden." Die UdSSR, die unentwegt und konsequent auf die Verhütung eines Nuklearkriegs und auf ein Gesundes des Weltklimas zusteuert, vertritt die Ansicht, daß es ein wirksames Mittel zum Erreichen dieses Ziels wäre, das Prinzip des Gewaltverzichts unter Berücksichtigung der jetzigen Realitäten durch den Abschluß eines Weltweiten Vertrags zu konsolidieren und zu konkretisieren. **L. SOLNZEW**

"Es war eine sorgfältig durchdachte und koordinierte Polizeiaktion", ergänzt die ehemalige Assistentin des Außenministers für Menschenrechtsfragen, Pat Derian, die gleichfalls bei dem Handgemenge zu Schaden kam.

Weiter lief alles nach Geheimdienstenszenario ab. Kim Tai Schung wurde in einen Autobus gestoßen und auf Umwegen, damit die Menschenmassen ihn nicht befreiten, nach Hause geschafft, wo er unter Hausarrest gestellt und sein Haus von Geheimagenten umkreist wurde.

Der brutale Gewaltakt auf dem Flughafen von Söul rief allgemeine Empörung hervor — selbst bei denjenigen, die so auf die "demokratische Geste" gedrängt hatten. US-Außenminister George Shultz gestand in einem Interview für die Fernsehgesellschaft NBC ein, die Söüler Behörden hätten "nicht so gehandelt, wie wir es erwartet hatten".

Drei Tage später fanden die Wahlen statt. Trotz des Polizeiterrors und der brutalen Repressalien gegenüber der Opposition waren die Ergebnisse nach allgemeiner Einschätzung ein Schlag gegen das Regime von Tschon Duhwan. Seine

regierende Partei erhielt nur 38% der Stimmen und konnte sich nur mit Hilfe des undemokratischen Wahlsystems an der Macht halten. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei unter Kim Tai Schung und Kim Young Sam errang 67 der 276 Sitze, wobei für ihre Kandidaten die überwiegende Mehrheit der Einwohner der Hauptstadt stimmte.

Nach den schockierenden Vorgängen auf dem Flughafen von Söul appellierten Kims amerikanische Begleiter — und nicht nur sie allein — an das Weiße Haus, den für April geplanten Washington-Besuch Tschon Duhwans zu verschieben. Doch daran wird nicht einmal gedacht! Das Weiße Haus erklärte, bei den Besuchsplänen werde es "keine Änderungen" geben. "Wir werden gemeinsam mit der südkoreanischen Regierung handeln", betonte der stellvertretende Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes ...

Der Besuch also soll steigen. Und natürlich Gespräche auf hoher Ebene. Freundschaftliche, herzliche, ermutigende, vor allem für Tschon, der natürlich um weitere amerikanische Hilfe bitten wird. Ohne sie wäre Washingtons Söüler Marionette schon lange hinweggefegt worden.

N. SCHIMMEL

STÖRFAKTOR

Die Außenministertagung der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama) fand, obwohl für den 14./15. Februar nach Panama anberaumt, nicht statt. Zum zweitenmal in diesem Jahre wurde sie vertagt.

Zusammen mit Vertretern von fünf mittelamerikanischen Staaten hätten die Minister die "Empfehlungen und Vorschläge" von Honduras, El Salvador und Kostarika erörtern sollen; einfacher gesagt, handelte es sich um die Einwände dieser Staaten gegen die "Akte des Friedens und der Zusammenarbeit in Mittelamerika". Für die Vorbereitung dieser Urkunde brauchte die Contadora-Gruppe 20 Monate. Im September v. J. wurde sie fünf Ländern der Region zugeleitet. Die Akte enthält Entwürfe für Abkommen zwischen diesen Staaten über gegenseitige Sicherheit, die Rüstungskontrolle, den Abzug ausländischer Militärberater sowie die Außenpolitik und die Zusammenarbeit im sozialökonomischen Bereich. Nikaragua allein fand sich bereit, die Akte "ohne jegliche Veränderungen" zu unterzeichnen. Honduras, El Salvador und Kostarika erklärten unisono, an der "Friedensakte" müsse noch gearbeitet werden, und forderten mehrere Änderungen. Nun sabotieren gerade diese drei Staaten erneut die Tätigkeit der Contadora-Gruppe. Ihre Außenminister trafen sich in San Jose, um eine gemeinsame "Aktionsstrategie" zu vereinbaren, und erklärten, sie würden nicht nach Panama reisen, jedenfalls nicht, solange der vor kurzem entstandene diplomatische Konflikt zwischen Kostarika und Nikaragua nicht bereinigt worden sei. Es handelt sich um die Verhaftung eines Nikaraguaners in Managua, der in der kostarikanischen Botschaft Zuflucht gesucht hatte, sie aber später freiwillig verließ.

Die Vereitelung der Beratung der Contadora-Gruppe bestätigt etwas, was man schon weiß: Die USA fischen im trüben. In Worten setzen sie sich für eine friedliche Beilegung der Konfliktsituation in Mittelamerika und geizen nicht mit Versicherungen, die friedensdienlichen Bemühungen der Contadora-Gruppe zu unterstützen. Mit ihrer Handlungsweise aber heizen sie die gefährlichen Spannungen um Nikaragua an und führen einen nichterklärten Krieg gegen diese Republik. Washington schickt andere vor, um die politische Regelung in Mittelamerika zu hintertreiben und dort einen noch größeren Krieg zu provozieren.

W. LISTOW

Abzug aus Südlibanon, um zu bleiben, aber wo?

TEL AVIVS VERKAUFTE SCHWERT

Dmitri WOLSKI

Wie vor zweieinhalb Jahren, so drohen auch jetzt auf den Chausseen des Südlibanon die Raupenketten israelischer Schützenpanzerwagen. Nur fahren sie in entgegengesetzter Richtung. Die Bewohner sehen ihnen schweigend nach — wo sie wohl halten werden, ob sie auf lange Zeit abziehen oder morgen schon kehrtmachen werden...

Tatsächlich kann Tel Aviv jederzeit den eigenen Beschluß aufgeben, den Südlibanon zu räumen. Er ist übrigens so verschwommen formuliert, daß nicht nur die genauen Termine für das zweite und dritte Stadium der Räumung, sondern auch die Linie, die sie schließlich beziehen werden, unklar sind. Außerdem haben die Besatzer gegen die Bewohner der Gebiete, in denen sie noch bleiben, ja auch derer, aus denen sie abziehen, brutale Repressalien verübt und lassen nicht nur in die Luft gesprengte Häuser, sondern auch — buchstäblich und im übertragenen Sinne — Zeitzunderminen zurück. Das hat David Kimhe, Generalsekretär des israelischen Außenministeriums, ohne alle diplomatischen Floskeln berichtet. Er hat gedroht, nach dem Abzug der Israelis stünden im Südlibanon "blutige Zusammenstöße" bevor. Sie scheinen schon begonnen zu haben.

Ein Rückzug!

Sie gehen also, um zu bleiben? Oder sogar, um wie 1982 weiter vorzurücken, als die Israelis Sinai räumten? Laut Separatabmachung von Camp David waren dort die Besatzer von den "multinationalen Streitkräften" der NATO unter Führung der Amerikaner abgelöst worden, was Tel Aviv ein Hinterland sicherte. Es vergingen kaum zwei Monate, da fielen die Israelis im Libanon ein.

Auch dem Libanon hat man ein Separatabkommen nach dem Modell von Camp David aufgenötigt: das Abkommen vom 17. Mai 1983, bei dem US-Staatssekretär Shultz den Mittelsmann spielte. Es brach aber bald zusammen, der Libanon kündigte es. Was die "multinationalen Streitkräfte" der NATO angeht, die nach

den Israelis einmarschierten, so zogen sie mit gesenkten Fahnen und erheblichen Verlusten von der libanesischen Küste ab.

Wirkt die Räumung südlibanesischer Gebiete durch die Truppen Israels nicht wie ein neues Glied dieser Kette? Zum ersten Mal muß Israel aus Angst vor Verlusten und unter dem Druck des Widerstandes besetztes arabisches Territorium räumen. Der libanesischer Botschafter in den USA hat unlängst erklärt: "Noch nie haben alle Libanesen so energisch nach der Lösung eines Problems wie nach dem Abzug Israels gestrebt. Der Präsident, die Regierung der nationalen Einheit, das Parlament, alle Politiker und auch das Volk setzen sich für einen sofortigen restlosen Abzug ein. Es war die breite Opposition, die Israel zu der Einsicht gebracht hat, daß es den Abzug einleiten muß."

Und hier ein nicht minder wichtiger Faktor: Im besetzten Südlibanon ist ein Partisanenkrieg entbrannt, er hält noch immer an und ist nach dem begonnenen Abzug der Besatzungstruppen sogar noch heftiger geworden. Laut amtlichen Angaben hat Israel prozentual ungefähr ebenso große Verluste wie die Amerikaner seinerzeit in Vietnam gehabt. Die Kosten des Krieges und der Besatzung haben die Wirtschaftskrise in Israel verschlimmert. Es genügt zu sagen, daß die Inflation dort Anfang 1985 auf 500% stieg, was beinahe ein Weltrekord ist. Kein Wunder, daß in Israel eine beispiellose Antikriegsbewegung in Gang gekommen ist und seit dem Einfall im Libanon von Monat zu Monat zugenommen hat. Das darf nicht unterschätzt werden, besonders angesichts der hochfliegenden Pläne, mit denen sich die zionistische Führung sogar schon vor der Gründung des Staates Israel trug.

Imperiale Anmassungen

Ein Begründer des Zionismus, Herzl, nannte ihn unverblümt eine "koloniale Idee". Sein Vermächtnis an die Gründer dieses Staates lautet: "Dieses Gebiet muß sich vom Ägyptischen Strom" (dem Nil)

"bis zum Euphrat erstrecken." Weiter betonte er: "Es wird aber auch eine Übergangszeit notwendig sein." Die Vollstrecker seines Willens meinen unverkennbar, daß die "Übergangszeit" noch anhält. Ist Israel vielleicht deshalb das einzige Land der Welt, das es vorzieht, keine offiziell festgelegte Grenze zu haben? "Israels Grenze wird als Resultat des Krieges gezogen werden", erklärte seinerzeit sein erster Ministerpräsident, Ben Gurion. Noch großspuriger äußerte sich der langjährige Abgott der israelischen "Falken", Dayan: "Das Volk muß zum Krieg rüsten, und die Armee muß mit dem Endziel der Gründung eines israelischen Reiches kämpfen." Eines Reiches!

Diese Parole wurde 1952 ausgegeben, als in Jahrhunderten entstandene Reiche zusammenbrachen. Tel Aviv schaute also rückwärts statt vorwärts.

Das geschah mit Berechnung. Nach Ansicht der Politiker Israels hatte der Zusammenbruch des "alten" Kolonialismus einem neuen, amerikanischen den Weg bereitet, und Israel bot sich diesem als wichtigster nahöstlicher Bundesgenosse an. Fünf Kriege in den letzten 40 Jahren. Besetzte Gebiete, gut dreimal so groß wie Israel und viermal so groß wie das Territorium, das ihm auf UNO-Beschluß eingeräumt wurde — das ist das Ergebnis der amerikanisch-israelischen Allianz, das von den "Falken" Israels längst nicht als endgültig angesehen wird. Es ist kein Geheimnis, daß Begin und Sharon, als sie motorisierte Kolonnen nach dem Libanon schickten, auch die Generalstabkarte Syriens vor Augen hatten. Den Interventionen wurde es zur letztlichen Hauptaufgabe gemacht, das fortschrittliche Regime in Damaskus zu torpedieren und, falls möglich, zu stürzen. Einige Wochen vor dem Einfall im Libanon teilte das der Berichterstatter der "New York Times" in Tel Aviv unverblümt mit.

Ein knappes Jahr nach der Intervention drohte General Levi, der gerade israelischer Generalstabschef geworden war, mit einer "Wiederaufnahme des nichtbeendeten Krieges" gegen den Libanon und mit Schlägen gegen Syrien. Dann sollte "auf Wunsch der USA" östlich von Israel eine "Friedenszone" geschaffen werden. Man kann sich vorstellen, was damit gemeint war, wenn man an die Ruinen von El Kuneitra denkt, das Syrien in den 70er Jahren zurückerstattet wurde!

Doch auch die "Neutralisierung" Syriens war nicht Selbstzweck. Besonders hatten es die israelischen Expansionisten immer auf das Öl am Persischen Golf abgesehen. Nicht von ungefähr schrieb die "New York Times" einmal, daß General Sharons Gedanken "sich sogar auf Saudi-Arabien erstrecken".

Admiral Turners Prognose

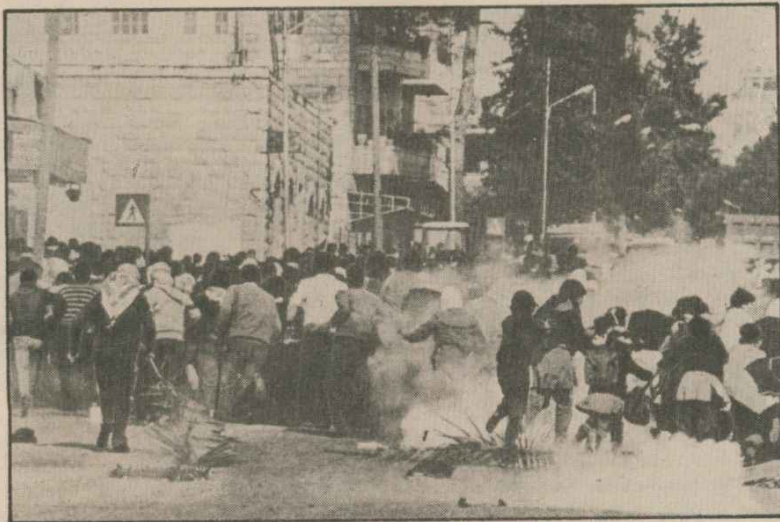
Angesichts dieser anmaßenden Absichten, die in die Frühzeit des Zionismus zurückreichen, wirkt der erzwungene Rückzug aus dem Südlibanon nicht einfach wie ein strategischer Fehlschlag. Es handelt sich um mehr — darum, daß die jetzige Führung Israels, ob sie will oder nicht, die Unausführbarkeit ihrer imperialistischen Anmaßungen, zumindest de facto, zugeben muß, was Begin samt Sharon verweigerten, was jedoch der jetzige Ministerpräsident, Peres, und sein Verteidigungsminister Rabin nicht vermei-

rer und gefährlicher wird die Lage Israels. Was folgt daraus? Daß es nur eine tragbare Alternative hat, nämlich den Versuch, ehe es zu spät ist, unter den Nahoststaaten einen festen Platz einzunehmen, nachdem man sich zu einer gerechten Beilegung des Konflikts verstanden hat. Möglichkeiten dafür sind vorhanden, sie gehen u. a. aus dem sowjetischen Vorschlag hervor, eine repräsentative internationale Nahostkonferenz mit unbedingter Beteiligung der PLO einzuberufen. Diesem Vorschlag pflichten ja die meisten Staaten der Welt und eine breite Weltöffentlichkeit bei.

dadurch die Spannung im eigenen Land lockern. Zweitens will sie die Streitkräfte freistellen, um sie eventuell anderwärts zu gebrauchen. Drittens tut Tel Aviv damit Washington einen Gefallen, und das fällt sehr ins Gewicht. Für die USA ist die Besetzung des Südlibanon durch Israel ein schwerer Ballast: Sie ist dem Ausbau der Verbindung mit den konservativen arabischen Staaten und der Verwirklichung des saftsam bekannten "Reagan-Plans" hinderlich. Bezeichnend ist, daß gerade im Februar, beim ersten Stadium des Abzugs der israelischen Truppen, König Fahd von Saudi-Arabien, auf dessen Unterstützung die Amerikaner sehr hoffen, Washington besuchte.

Es sei daran erinnert, daß die Führer der israelischen Arbeiterpartei, als sie noch in der Opposition waren, dem "Reagan-Plan" zustimmten. Jetzt suchen sie auf dieser Basis die Allianz Washington--Tel Aviv zu konsolidieren. Da eben befindet sich der Schlüssel zu dem Geheimmechanismus, der die jetzige Politik Israels steuert. Die Standhaftigkeit Syriens, der zunehmende Widerstand des Libanon, die neue Widerstandswelle im Westjordangebiet — ist das alles noch zuwenig? Nicht minder wichtig ist, daß es nicht gelingen will, die sowjetisch-arabische Zusammenarbeit zu torpedieren. Immer nachdrücklicher wird eine gerechte Beilegung des Nahostkonflikts gefordert. Wo soll man unter solchen Umständen Rückhalt finden, wenn nicht in Washington? Und womit soll man dessen Schirmherrschaft bezahlen, wenn nicht mit der Förderung der amerikanischen Absichten im Nahen Osten, um so mehr als diese Absichten einschließlich des "Reagan-Plans" letztlich nur Tel Aviv nützen.

Die Medaille hat aber eine Kehrseite. Schon die vorige Regierung Israels, die des Likud-Blocks, schloß bekanntlich ein Abkommen über strategische Partnerschaft mit den USA. Es erstreckt sich nicht nur auf den Nahen Osten, sondern auf den ganzen östlichen Mittelmeerraum und — so der amerikanische Militärkommentator Middleton — "auf ganz Südwestasien von Syrien bis Pakistan". Bekanntlich hat sich Tel Aviv in diesem Abkommen verpflichtet, Stützpunkte für die 6. US-Flotte und Munitionslager für die amerikanische Eingreiftruppe zur Verfügung zu stellen. Das ist aber noch nicht alles. Middleton teilt mit: "Die Luftwaffe Israels hat sich verpflichtet, bei der Verlegung von Einheiten der Eingreiftruppe nach dem Nahen Osten die amerikanischen Militärtransportflugzeuge zu decken. Hierbei sollen sich israelische Jagdflugzeuge gemeinsam mit den auf die Flugzeugträger der 6. US-Flotte gestützten Kampfflugzeugen die dominierende Stellung im Luftraum über dem östlichen Mittelmeer verschaffen. Die Landtruppen Israels sollen Panzer und andere notwendige



Israelische Besatzer sprengen in El-Khalil [Westjordangebiet] eine Manifestation

Telefoto: AP--TASS

den können, nicht einmal heutzutage, wo die arabische Welt von Streitigkeiten zerrissen und vom iranisch-irakischen Krieg versengt ist. Und was wird morgen? Der ehemalige CIA-Direktor Admiral Turner hat in einem Interview für die "Washington Times" folgende Prognose gestellt: "Ich glaube, ein Konflikt ist in Zukunft sehr wahrscheinlich. Die Araber können Israel schlagen, weil sie mehr Menschenmaterial und Geld haben. Sie können den Krieg verlieren und alle ihre Soldaten ins Jenseits befördern, aber dann ..., sobald die Ausrüstung ausgewechselt ist, alles von vorn anfangen, und im Staat Israel wird schließlich ein Chaos ausbrechen."

Die Symptome zeigen sich schon. Abgesehen von den politischen Wechseln in arabischen Staaten, von den unausbleiblichen sozialen Wandlungen in der arabischen Welt, von der Evolution des Ölfaktors und sonstigen unbekannten Größen, kann man mit Bestimmtheit sagen: Die große, gedrillte Armee und die hochmodernen Waffen können Israel auf mehr oder minder lange Zeit die militärische Überlegenheit über eine Gruppe arabischer Länder sichern, jedoch nicht helfen, den Nahen Osten zu unterjochen. Mehr noch, es mag paradox klingen, aber je streitbarer und aggressiver sich die zionistische Führung hält, desto unsiche-

Eine explosive "Mitgift"

Die herrschenden Kreise Israels widersetzen sich mit Händen und Füßen, diesen Weg einzuschlagen, warum, das ist begreiflich. Er würde ja schließlich zur Aufgabe der imperialistischen Anmaßung Dayans und Sharons, ja auch zum Verzicht auf alles Eroberte führen. Der Abzug aus dem Libanon dürfte nicht der letzte bleiben. Da sind ja noch das Westjordangebiet, der Ghaza-Streifen und die Golan-Höhen, und da ist schließlich das palästinensische Volk. In Tel Aviv hofft man aber, den Fehlschlag im Libanon lokalisieren und möglicherweise zum eigenen Nutzen wenden zu können, u. zw. mit der genannten Methode, "zu gehen, um zu bleiben", den Südlibanon vielleicht nur teilweise zu verlassen, um als Anwärtler auf die Herrschaft über den ganzen Nahen Osten zu bleiben.

Dabei trägt man sich mit vielerlei Plänen. Erstens will die Regierung Israels auf diese Weise den zunehmenden Verlusten an Menschen und den finanziellen Aufwendungen ein Ende machen und

Technik für eine Panzerdivision der USA bereitstellen und im voraus stationieren..., damit die Amerikaner sie im Falle einer Krise benutzen können." Das wurde schon im Mai 1983 geschrieben, und seitdem hat es sich auch herausgestellt, daß es israelischen Schiffen "im Falle einer Krise" zur Pflicht gemacht worden ist, gemeinsam mit der 6. US-Flotte Kampfhandlungen zu führen. Schon sind auch die ersten gemeinsamen Marinemanöver abgehalten worden.

Diese Mitgift haben die Führer des Likud-Blocks in die "Ehe aus Berechnung" mit der Arbeiterpartei eingebracht, mit der sie nach den Wahlen von 1984 die Koalitionsregierung bildeten. Diese dachte nicht einmal daran, das Abkommen zu revidieren, das aus Israel eine Handhabe für die Globalstrategie der USA macht. Umgekehrt beeilt sich Tel Aviv jetzt schon, dem Seniorpartner in vom Nahen Osten weit entfernten Gebieten beizustehen, angefangen von Mittelamerika, wo er insgeheim die anruchigsten Regimes unterstützt, bis nach Afghanistan. Der Londoner Wochenschrift "Janes' Defence Weekly" vom 2. Februar zufolge, "wird aus Washington gemeldet, daß die Hilfe an die afghanischen Rebellen dank Saudi-Arabien, Israel, China und den USA 1985 auf 500 Mio Dollar anwachsen wird". Wer dünkt da nicht an die Meldungen über israelische Waffenlieferungen an China Und noch eine Tatsache: Als Israels Verteidigungsminister Rabin Ende Januar Washington besuchte, erreichte er die militärische und finanzielle Hilfe in Höhe von 1,8 Md. Dollar schon im Rechnungsjahr 1986. Dabei erklärte er, daß sich die politischen Zielsetzungen Israels und der USA decken.

Kurz, Tel Aviv scheint sein Schwert endgültig Washington verkauft zu haben. Nicht zuletzt deshalb mußte es dieses Schwert aus dem gequälten Libanon entfernen, um damit, ohne auch nur das Blut abgewischt zu haben, Streiche zu führen, wann und wo der Seniorpartner es braucht, und jetzt ohne jede Spur von angeblicher Selbständigkeit. Nur aus Washingtons Händen erwarten die israelischen Expansionisten, das Mandat auf das nahöstliche Reich zu erhalten. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß sie als Trumpf-As den Einfluß der "israelischen Lobby" in den USA ausspielen. Tel Aviv rechnet darauf, daß diese berühmte Lobby imstande sein wird, die Politik und folglich auch die Kriegsmaschinerie der USA ihren eigenen Interessen nutzbar zu machen.

Die Gefährlichkeit derartiger Kalkulationen für die arabischen Völker liegt auf der Hand, aber ebenso die Niederlage, die die Allianz Washington-Tel Aviv im Libanon erlitten hat, und diese Niederlage spornt die Völker an, ihren antiimperialistischen Kampf zu intensivieren.

INTERVIEW

„ENTWICKLUNG UND WETTRÜSTEN UNVEREINBAR“

Wie wir schon mitteilten, fand Anfang Februar in Delhi eine Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und des Pazifiks statt. Sie erörterte die Entwicklungsprobleme der jungen unabhängigen Staaten und die Errichtung einer neuen, auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit beruhenden Weltwirtschaftsordnung. Aus 21 Ländern waren Delegationen der Gewerkschaftszentralen, die dem Weltgewerkschaftsbund, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltverband der Arbeitnehmer angehören, ferner mehrerer autonomer und internationaler Organisationen eingetroffen.



Die sehr repräsentative Konferenz verlief im Geiste völliger gegenseitiger Verständigung, alle Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Nach der Rückkehr der sowjetischen Delegation interviewte NZ-Korrespondent Alexander Uswatow ihren Leiter Wassili PROCHOROW, stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften.

Worin sehen Sie die Bedeutung regionaler Gewerkschaftskonferenzen?

Die persönlichen, unmittelbaren Kontakte ermöglichen es der Weltgewerkschaftsbewegung von heute — sie vereinigt über 400 Millionen Werktätige —, in vielen Fragen des Kampfes für Frieden und sozialen Fortschritt, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, gegen die Allmacht der Monopole eine gemeinsame Sprache zu finden. Ein Dialog im Rahmen einer Region, in der die Gewerkschaften verschiedener ideologischer Orientierung und internationaler Zugehörigkeit wirken, kann besonders spürbare Resultate zeitigen, nämlich die Verständigung zwischen den Gewerkschaftszentralen vieler Länder verbessern und Voraussetzungen für ihre Einheitsaktionen, die den Lebensinteressen der werktätigen Massen entsprechen, herbeiführen.

Unseres Erachtens wurde die erste gesamtasiatische Gewerkschaftskonferenz in der Geschichte gerade von solchen Resultaten gekrönt. Ihr Erfolg ergab sich aus dem gemeinsamen Interesse der zahlreichen Gewerkschaften der Region am offenen Meinungsaustausch zu einem der brennendsten Probleme: dem Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Welche Angaben, die die verhängnisvolle Rolle des fremden Kapitals in den

Ländern Asiens und Ozeaniens charakterisieren, wurden auf der Konferenz genannt?

Die Teilnehmer betonten, daß die neokolonialistische Politik transnationaler Konzerne (TNK) die Völker dieser Region sehr teuer zu stehen kommt. In den 10 Jahren, die nach Annahme der Dokumente der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Fragen einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung vergangen sind, hat sich die Lage der Werktätigen hier keineswegs verbessert, ja sogar merklich verschlechtert. Katastrophal wachsen die Schulden dieser Staaten, das niedrige Tempo ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung verändert sich nicht, wahre Bodenreformen werden gebremst.

Ein besonderes Augenmerk galt der Entlarvung des neokolonialistischen Raubs, dessen Mechanismus in allen Einzelheiten durchdacht ist. Immer bedrohlicher wird die Hochzinspolitik sowie die zunehmende Spanne zwischen den Preisen für die Rohstoffe, die die Entwicklungsländer verkaufen, und die von ihnen gekauften Fertigerzeugnisse. Folgendes Beispiel wurde angeführt: Zwischen 1980 und 1983 fielen die Preise für den Kautschuk, den die Länder Südasiens exportieren, um 23%, während die Preise für amerikanische

Krafffahrzeuge, bei deren Bau dieser Kautschuk Anwendung findet, um 37% stiegen. Es ist demnach nicht verwunderlich, daß die Entwicklungsländer allein für die Zinszahlungen beinahe 85% der Mittel verausgaben müssen, die sie vom Westen in Form von Krediten erhalten.

Die internationalen Monopole und Banken, die den jungen Entwicklungsländern knechtende Bedingungen aufzwingen, würgen dadurch ihre noch schwache Wirtschaft buchstäblich ab und mischen sich grob in ihre inneren Angelegenheiten ein. Es ist so weit gekommen, daß der Internationale Währungsfonds seine Kredite nur zu gewähren bereit ist, wenn in den betreffenden Ländern die gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt und verboten wird, wenn die Sozialausgaben beschnitten werden. Arbeitslosigkeit, Elend, Analphabetentum, Hunger und Krankheiten, die in Asien Millionen einfache Menschen heimsuchen, sind ein direktes Ergebnis der Politik der TNK.

Wie wirkt sich das Wettrüsten, das die imperialistischen Kreise aufzwingen, auf die Lage der Werktätigen, auf die sozialökonomische Entwicklung der asiatischen und pazifischen Länder aus?

Die Gewerkschaften sehen natürlich den Zusammenhang, der zwischen Entwicklung und Abrüstung, zwischen Abrüstung und Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung besteht. Das Wettrüsten mit all seinen verderblichen Folgen dehnt sich immer mehr auf ganz Asien aus, untergräbt die Bemühungen um die Lösung der dringenden Aufgaben bei der sozialökonomischen Entwicklung und stört die zwischenstaatlichen Beziehungen. Allein die US-Militärstützpunkte in den Entwicklungsländern erfordern von diesen enorme Militärausgaben, deren Gesamtbetrag in der dritten Welt über 120 Md. Dollar im Jahr ausmacht. Ein Großteil davon entfällt gerade auf die Länder Asiens und Ozeaniens.

Auf der Konferenz von Delhi wurden Angaben publik gemacht, die zeigen: Die Ausgaben für den Unterhalt eines Soldaten sind in einigen Ländern der Region (pro Kopf der Bevölkerung) 300mal so hoch wie die für die Bildungszwecke, 1000mal so hoch wie für das Gesundheitswesen und 4000mal so hoch wie für die Wissenschaft.

In der Deklaration von Delhi und in den Ansprachen der Konferenzteilnehmer wurde auf diese Tendenz mit tiefer Besorgnis hingewiesen. Alle sind sich darüber einig: Die Gewerkschaften dürfen im Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen die nukleare Gefahr nicht abseits stehen. Mit Recht fordern sie den Abzug

der Massenvernichtungswaffen aus der Region, die Einstellung des Baus des großen US-Militärstützpunktes auf Diego Garcia im Indischen Ozean und die Entfernung der dort gelagerten Kernsprengköpfe. Immer aktiver werden gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften verschiedener Länder für die Umwandlung des Indiks in eine Friedenszone, dafür, den Anrainerländern dieses Beckens und des Persischen Golfs eine friedliche Zukunft zu sichern.

Die Position der sowjetischen Gewerkschaften ist absolut klar. Sie sind dagegen, daß Entwicklungsländer in Militärkonflikte einbezogen und gegeneinander ausgespielt werden. Man kann nicht im Ernst auf positive Schritte bei der Herstellung und Entwicklung einer neuen Weltwirtschaftsordnung hoffen, wenn man nicht entschieden gegen die Entfaltung militärischer Konflikte in jedem Teil der Welt vorgeht und einen entschlossenen Kampf gegen das Wettrüsten, für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe führt.

Offenbar hatten die Vertreter der Gewerkschaftszentralen der Länder Asiens und Ozeaniens Grund, einen prinzipiell anderen Charakter ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern hervorzuheben.

Selbstverständlich. Das wurde ausführlich behandelt, zumal die Konferenz ja in Indien stattfand, wo die beeindruckenden Ergebnisse der gleichberechtigten und vielfältigen Zusammenarbeit mit der UdSSR, wie man so sagt, ins Auge springen.

Die UdSSR strebt aufrichtig danach, zur baldigsten Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Entwicklungsländer und zur Schaffung ihrer eigenen Wirtschaftsbasis beizutragen. Die dort mit sowjetischer Hilfe gebauten Betriebe sind Eigentum der Entwicklungsländer selbst und geben die Möglichkeit, die Beschäftigung wesentlich zu steigern, viele Probleme der Berufsausbildung der Werktätigen zu lösen sowie den Lebensstandard der Massen zu heben.

Gemeinsam mit den anderen RGW-Ländern unterstützt die UdSSR aktiv die gerechten Forderungen der Entwicklungsstaaten nach wirtschaftlicher Entkolonialisierung, nach der Gewährleistung ihrer vollen Souveränität über die eigenen Natur- und sonstigen Reichtümer. Die sozialistischen Länder unterstützen den Kampf dieser Staaten für eine breite und gleichberechtigte Teilnahme an der Lösung der internationalen

Wirtschaftsprobleme, für Maßnahmen gegen den Abfluß von Kapital und qualifizierten Fachkräften.

Berichten Sie bitte über konkrete wirtschaftliche Forderungen, die die Entwicklungsländer jetzt stellen.

Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fordern unseres Erachtens mit Recht von den imperialistischen Großmächten, die an ihren heutigen Schwierigkeiten schuld sind, weit größere Mittel als Entschädigung für den kolonialen Raub und die neokolonialistische Ausbeutung, eine Senkung der Schulden der Entwicklungsstaaten und Erleichterungen bei der Gewährung günstigerer internationaler Kredite.

Die Weltwirtschaftsbeziehungen müssen so umgestaltet werden, daß alle Länder ihr Wirtschaftspotential dynamisch entwickeln und unter Verhältnissen von Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit vorankommen können. Darin sind wir uns mit den Gewerkschaften aller Länder Asiens und Ozeaniens einig.

Wie wäre der Hauptschluß aus den Ergebnissen der Konferenz von Delhi zu formulieren?

Ich glaube, der Schluß ist hoffnungserweckend: Die Gewerkschaften einer der größten Regionen der Welt können fruchtbar ihre sachlichen Kontakte entwickeln und in konkreten Richtungen des Gewerkschaftskampfes zusammenarbeiten. Ein überzeugender Beweis dafür ist die einmütig angenommene Deklaration, in der die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften Asiens und Ozeaniens im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt formuliert sind. Darin wird ferner betont: "Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist mit dem Wettrüsten unvereinbar. Deshalb müssen die Gewerkschaften noch aktiver an der Bewegung für Abrüstung und Frieden in der Welt teilnehmen." Mit großem Engagement unterstützte die Konferenz den Appell der Spitzenpolitiker der 6 Staaten, die in Delhi im Januar d. J. zusammengetroffen waren, die Erprobung, Produktion und Anwendung von Kernwaffen zu verbieten. Es wurden Maßnahmen ins Auge gefaßt, um den Kampf der Gewerkschaften gegen die TNK und deren neokolonialistische Offensive auf die Entwicklungsländer zu verstärken. Ein Koordinierungsausschuß, der die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse fördern soll, wird ins Leben gerufen.

Die sowjetischen Gewerkschaften ihrerseits werden auch künftig den gerechten Kampf der Werktätigen in den Ländern Asiens und Ozeaniens für ihre Lebensinteressen auf jede Weise unterstützen.

25 Jahre Universität der Völkerfreundschaft „Patrice Lumumba“

EIN SILBERNES JUBILÄUM

Im Februar 1960 beschloß die Sowjetregierung, in Moskau eine Universität der Völkerfreundschaft zu gründen. Sie hatte die Aufgabe, Fachkräfte für die jungen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auszubilden. Die Gründer der Universität, der 1961 der Name Patrice Lumumbas, eines hervorragenden Kämpfers für die nationale Befreiung Afrikas, zuerkannt wurde, waren der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften, der Sowjetische Solidaritätsausschuß der Länder Asiens und Afrikas und der Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland.

Inzwischen hat die Universität 13 000 Ingenieure, Ärzte, Agronomen, Philologen, Zootechniker usw. entlassen. Sie sind in 110 Ländern tätig.

Unser Korrespondent besuchte die mit dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnete Universität „Patrice Lumumba“ in den Tagen ihres silbernen Jubiläums.

Mißtrauen überwunden

Carolina Agaji von der medizinischen Fakultät erlebt den Schnee als Exotik. Daheim in Ghana hatte sie ihren Vater von einem verschneiten Moskau, vom Studium an der Universität der Völkerfreundschaft, vom heiteren, glücklichen und deshalb unvergeßlichen Studentenleben erzählen hören. Kurz, für Carolina stand es fest: „Ich will wie Papa ein 'russischer Doktor' werden.“

Der Vater selbst, Victor Agaji Kofi, Direktor des Epidemiologie-Dienstes von Ghana, sagt: „Ich habe die Uni 1966 absolviert. Dann war ich mit den Professoren und Dozenten über ihre tägliche Arbeit zu beraten, ihre Zweifel oder Schwierigkeiten mit ihnen zu besprechen. Der Syrier Dr. Adnan Hammush: „Wer unsere

Hochschule heute absolviert, ist in einer günstigeren Lage, als wir es waren. Wir ersten Abgänger mußten die Barriere des Mißtrauens überwinden. In vielen Ländern wurde die Universität 'Patrice Lumumba' nicht anerkannt. Sich zum Arzt emporzuarbeiten, war unglaublich schwer. Das darf man nie vergessen. Voller Stolz hängte ich an die Tür zu meiner Praxis das Schild: 'Dr. Adnan Hammush, Universität der Völkerfreundschaft'“.

Hochkarätige Diplome

Die Dozenten können auf ihre Zöglinge, die inzwischen die Reihen der fortschrittlichen Intelligenz ihrer Länder aufgefüllt haben, stolz sein. Cante Cabine aus der Republik Guinea absolvierte die Universität 1965, und 1968 promovierte er. Jetzt ist er der Generaldirektor des Amtes für Bauxite in der guineischen Provinz Kindia. Einer der Leiter der angolanischen Gesellschaft „Diamant“, Mankenda Ambraz, absolvierte seinerzeit ebenfalls die Universität. Der Absolvent von 1976 Paulo Carlos de Medina leitet das Zentrale Krankenhaus in Guinea-Bissau, der Absolvent Prosper Ouedaco aus Benin ist stellvertretender Direktor des Zentralen Wirtschaftsinstituts seines Landes.

Kurz vor dem Jubiläum der Universität promovierte er im Moskauer Afrika-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Sein Thema hieß: „Kapitalismus und Sozialismus in Afrika. Das Problem der Auswahl des Entwicklungsweges.“ Die Arbeit beeindruckte die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates. Einstimmig erkannten sie ihm den Grad eines Dr. sc. zu. Ein großes Ereignis nicht nur für Prosper, sondern auch für die Universität, ist er doch einer der ersten habilitierten Doktoren unter ihren Absolventen.

Was hat ihnen die Universität „Patrice Lumumba“ gegeben?

Ausgezeichnete Fachbildung? Unbedingt. Einen weiten wissenschaftlichen Blick? Darüber sagt der Ekuadorianer Humberto Gonzalez Sosa, der an der Universität seine Dissertation als Dr. ing. verteidigte: „Gemeinsam mit meinen Kollegen habe ich in Ekuador unsere nationale Schule für Bergleute gegründet. 1976 wurde ich zum Direktor der Akademie für Geologie, Erdöl und Bergbau

ernannt. Meines Erachtens ist das vor allem eine Anerkennung des hohen Niveaus der Universität, das von ihren Absolventen in der Praxis demonstriert wird.“

Es ist nicht leicht, die Schulkinder von gestern zu guten Fachleuten heranzubilden. Prasad Bodopati, ein junger Ingenieur aus Indien: „Man weiß, daß Studenten aus verschiedenen Ländern und mit verschiedenen mitgebrachten Kenntnissen anreisen. Aber der Unterricht wird so gestaltet, daß er die weniger Fortgeschrittenen allmählich an die Stärksten heranführt. Deshalb sind unsere Diplome wirklich hochkarätig.“

Fachleute und Patrioten

Von der Qualität der Ausbildung von Fachleuten sprachen wir auch im Arbeitszimmer des Rektors, Prof. Dr. Wladimir Stanis.

„25 Jahre seit der Gründung unserer Universität... Dabei gab es eine Zeit, da man ihr nur ein kurzes Leben prophezeigte“, sagt der Rektor. „Besonders eifrig waren dabei die westlichen Massenmedien, die schon die Bestimmung der Universität durch gemeine Verleumdungen entstellten und in der edlen, uneigennütigen Hilfe des Sowjetstaates bei der Heranbildung der nationalen Intelligenz für die jungen unabhängigen Staaten irgendwelche Hintergedanken zu entdecken vorgaben.“

Mittlerweile ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Unsere Universität wächst, heute genießt sie Anerkennung in der ganzen Welt. Sie stellt ein großes Ausbildungs- und Forschungszentrum dar, und die Qualität der Ausbildung junger Fachkräfte ist ebenso hoch wie an den anderen Hochschulen der UdSSR.

Begegnungen beim Jubiläum...

Foto: W. Panow



Etwa 1400 unterrichten oder sind wissenschaftlich an der Universität tätig, 150 von ihnen sind Professoren und habilitierte Doktoren, beinahe 750 Dozenten und Doktoren; viele sind dank ihren wissenschaftlichen Entdeckungen im In- und Ausland bekannt. Aber es kommt nicht auf die akademischen Grade an. Viel wichtiger ist, daß jedes Mitglied unseres Lehrkörpers all seine schöpferischen Kräfte einsetzt, auch mitunter seine Freizeit opfert und seine ganze pädagogische Begabung mobilisiert, was ihm die Achtung und Liebe seiner Studenten einbringt.

Die rasche Entwicklung, der erfolgreiche Werdegang unserer Universität wurde dank der ständigen Sorge der Sowjetregierung und des Ministeriums für Hochschulbildung möglich. Große Hilfe leisten uns stets die führenden Hochschulen und Betriebe der sowjetischen Hauptstadt, z. B. die Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität, die Technische Bauman-Hochschule, die Bergbauhochschule, der Industriebetrieb "Serp i molot" (Hammer und Sichel) u. a.

Seit ihrer Gründung ist die Universität der Völkerfreundschaft auch ein bedeutendes Forschungszentrum. Sie hat 160 modernste Labors. Inzwischen haben sich bei uns ganze wissenschaftliche Schulen herausgebildet. Nur ein Beispiel. Am Lehrstuhl für physikalische und Kolloidchemie, der von Prof. Dr. sc. Wladimir Grjasnow, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, geleitet wird, wurde eine bedeutende wissenschaftliche Entdeckung gemacht. Seine Gruppe entwickelte Membrankatalysatoren, die inzwischen 49 Urheberrechte im Inland und 72 Patente in den USA, in Großbritannien, Japan und Frankreich auf sich vereinigt haben. Angehende Wissenschaftler haben zweifellos ausgezeichnete Beispiele vor den Augen. Hinter jeder solcher Entdeckungen steckt die fruchtbare Forschungsarbeit eines ganzen Kollektivs, und auch unsere Studenten beteiligen sich daran nach Kräften. Entgegen den verleumderischen Erfindungen einiger westlicher Propheten, die unserer Universitätsbildung ein niedriges Niveau andichten, sind viele Absolventen erfolgreich in Kultur, Wissenschaft, Bildung und Volkswirtschaft ihrer Länder tätig. An 19 afrikanischen Universitäten arbeiten mehr als 40 Absolventen der Universität der Völkerfreundschaft. Außerdem gibt es ja noch die VDR Jemen, Ekuador, Peru, Syrien und viele andere Länder, zu deren Entwicklung unsere ehemaligen Studenten ebenfalls ihren würdigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus erzieht unsere Universität ihre Studenten zu Internationalisten und Patrioten. Es ist kein Geheimnis, bemerkt der Rektor, "daß viele Studenten aus den Entwicklungsländern, die westliche Colleges und Universitäten

NEUE INITIATIVE IN WIEN

Bei den Wiener Truppenabbaugesprächen brachte die Sowjetunion am 14. Februar in ihrem eigenen Namen und im Namen der DDR, Polens und der CSSR den Entwurf von "Grundbestimmungen eines Abkommens über einen durch die UdSSR und die USA vorzunehmenden anfänglichen Abbau der Landstreitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa und die nachfolgende Nichterhöhung der Stärke von Truppen und Rüstungen der Seiten in diesem Raum" ein.

Vorgeschlagen wird, im Laufe eines Jahres nach Inkrafttreten des Abkommens die sowjetischen und die amerikanischen Landstreitkräfte in Mitteleuropa um 20 000 bzw. 13 000 Mann im Bestand von Truppenteilen zusammen mit ihrer strukturmäßigen Bewaffnung und Kampftechnik abzubauen. Bis zu 10 Prozent sollten dabei einzelne Militäranghörige ausmachen. Dann würden sich alle Signatarstaaten verpflichten, in der Laufzeit des Vertrages die Stärke ihrer Streitkräfte und die Zahl der Rüstungen in Mitteleuropa weder auf kollektiver noch auf nationaler Grundlage zu erhöhen.

Der Entwurf der vier sozialistischen Länder sieht neben nationalen technischen Kontrollmitteln auch konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der Erfüllung des Abkommens vor: Austausch von Listen der abzugehenden Truppenteile, Benachrichtigung über Beginn und Abschluß praktischer Maßnahmen zum Abbau, die Schaffung von je 3-4 Kontrollpunkten für die Dauer des Abzugs der Truppen jeder Seite, über die sich der Abzug abzuwickeln hat.

Der Vertragse Entwurf geht davon aus, daß die Verhandlungen über weitere, größere Reduzierungen fortzusetzen wären, um eine gleiche kollektive Höchststärke der Streitkräfte der Seiten in Mitteleuropa — bis zu 900 000 Mann, darunter bis zu 700 000 Mann im Bestand der Landstreitkräfte — zu erzielen. Das Abkommen soll eine Laufzeit von 3 Jahren haben.

Der Entwurf der sozialistischen Staaten berücksichtigt mehrere Elemente in der Position der westlichen Verhandlungsteilnehmer. Er macht es möglich, das erste reale Resultat in Wien in kurzer Zeit zu erzielen.

D. MAXIMOW

absolviert haben, häufig nicht mehr heimkehren. In der Gesellschaft, wo alles gekauft und verkauft wird, geniert man sich nicht, junge Fachkräfte abzuwerben. Dem Kampf gegen den 'Brain drain' sind die Entwicklungsstaaten nicht gewachsen. Aber gerade deshalb halten wir es für wichtig, die Studenten im patriotischen Geiste zu erziehen, damit sie zum Wohl ihres Heimatlandes arbeiten, welches auf die Kräfte eines jeden von ihnen hofft", beendet Prof. Stanis seinen Bericht.

Mexiko wird das Igorlied lesen

Jetzt, da die Universität "Patrice Lumumba" weltweite Anerkennung gefunden hat, wollen junge Leute aus den verschiedensten Ländern hier studieren, besonders solche, die wenigstens einmal die Veranstaltungen der Verbände von Absolventen sowjetischer Hochschulen besucht haben. Solche Verbände bestehen in Panama und Peru, Kostarika und Kolumbien, Venezuela und Nigeria, Sierra Leone, Laos, Nepal, Sri Lanka und anderen Ländern. Die Erinnerungen an das Studium in der UdSSR verbinden die Menschen bisweilen fester als manch anderes Band. Aber noch wichtiger ist ihre aktive, vielfältige Aufbauarbeit.

Die Verbände von Absolventen der sowjetischen Hochschulen unternehmen viel und erreichen viel. Sie bereiten die Studienanwärter für die Reise in die UdSSR (Kostarika) vor, veranstalten Vorträge über die sowjetische Kunst und Literatur (Panama und Sri Lanka), übersetzen die besten Werke der sowjetischen und russischen Klassik, wie das z. B. der ehemalige Absolvent der Universität Armando Partida, heute bekannter mexikanischer Linguist, tut. Dank ihm können die Mexikaner jetzt viele hervorragende Werke der sowjetischen Literatur lesen. Er übersetzte auch "Das Lied von der Heerfahrt Igors", ein einmaliges Denkmal der altrussischen Literatur, ins Spanische. Die ehemaligen "Moskauer" machen ihre Landsleute mit sowjetischer Musik und bildender Kunst vertraut, berichten über die UdSSR, die sie während ihrer Studentenferien bereit haben.

Der Name dieser Hochschule enthält das Wort Freundschaft, und das ist gut so. Neben wissenschaftlichen Fächern erlernt jeder Student in ihren Mauern die heute vielleicht wichtigste Wissenschaft: die der Völkerverständigung, der Zusammenarbeit, Brüderlichkeit und Freundschaft.

T. FIRSOWA

GEISTERBESCHWÖRUNG

"Die Verfassung ist ein von Menschen geschaffenes System, und deshalb muß sie konsequent einer Revision zum Zwecke weiterer Vervollkommnung unterworfen werden", erklärte Japans Premier Nakasone vor dem Unterhaus. Nur einen Weg zur Vervollkommnung der Verfassung sehen die Konservativen in Tokio: Artikel 9 der Verfassung aufzuheben, der Japan untersagt, eine Armee zu unterhalten und Kriege zu führen — und zugleich auch den "Geist von Yamato", die Samurai-Traditionen, wiederzubeleben.

Die japanische Armee gehört bereits zu den schlagkräftigsten der Erde. Und der "Geist von Yamato", der seit Ende des 19. Jh. die Japaner zur Besetzung der Nachbarländer aufrief, spukt wieder.

Am 11. Februar war der Regierungschef erstmals seit dem Kriege in seiner offiziellen Eigenschaft zusammen mit den Kabinettsmitgliedern bei der Zeremonie anlässlich des "Tages der Gründung des Staates" zugegen. Diese Tradition entstand vor über 100 Jahren, als das imperialistische Japan den Weg

der territorialen Expansion einschlug. In allen Schulbüchern hieß es, daß einst, an ebendiesem Tage, der legendäre Kaiser Jimmu, ein Nachkomme der Göttin Amaterasu, den japanischen Thron bestiegen habe. Dann folgte die Behauptung, der Kaiser sei "göttlicher" Herkunft und die Yamato-Rasse sei "ausgewählt". Diese Legenden führten Japan — über Blut, Leiden und Millionen Opfer — in die Kapitulation von 1945. Nach dem Krieg wurde der "Tag der Gründung des Reiches" abgesetzt. Doch nicht für lange. Die Konservativen, die sich wieder der Vergangenheit zuwandten, erreichten 1966 die Wiedereinführung des Feiertages, jetzt aber als "Tag der Gründung des Staates".

Anfangs wagte es die Tokioter Führung nicht, an den Festzeremonien teilzunehmen, höchstens kam sie "privat". Doch in diesem Jahr beging sie ganz offen einen Feiertag, der für die meisten Japaner ein Symbol des Militarismus bleibt. Und das tat sie, offenbar geleitet vom gleichen Streben nach Vollkommenheit.

M. LEONIDOW

ALLES BESETZT

Während Abgeordnete des US-Kongresses früher zur Erholung meist nach Hawaii fuhren, haben sie jetzt viel verlockendere Aussichten. Die amerikanische Luft- und Raumfahrtbehörde NASA lud Senator Jake Garn zu einem Flug mit der Raumfähre "Challenger" ein.

Die fahrtze die A gebild entsch schluß klar, d und Eindrü

3+4=2

Wenn derartiges in der Mathematik unmöglich ist, dann ist es in der Politik durchaus möglich. 3, genauer gesagt, 3,2 — so viele Milliarden Dollar hatte Washington 1981 Pakistan als Militär- und Wirtschaftshilfe versprochen. Was die Wirtschaft angeht, so ist das unklar. Unter dem militärischen Aspekt aber hat

Islam halten Presse bereit nen" Stütz Nach don Zeitsc gibt e Hafen eine der l Golfre der U regeln kistan unwei tankt. Doc

KLAR UND EINFACH

Der amerikanische Leser ist an Comics gewöhnt. Und erst recht der G.I. Gerade deshalb suggeriert das Pentagon mit Hilfe von Comics bereits über zehn Jahre, ein Nuklearkrieg sei gewinnbar.

Speziell für in der BRD stationierte US-Militärangehörige wurde ein 130 Seiten dickes illustriertes Heft herausgebracht, das selbst dem Dümmsen klarmachen soll, wie nun die USA einen Nuklearkrieg gewinnen

werden. Das Heft erschien in Deutsch, um den Yankees zu helfen, die Sprache des Stationierungslandes zu beherrschen.

Die schwedische Zeitung "Gryningen" brachte Bilder aus dem Heft:

1. Nuklearkrieg: Der Gegner startet ballistische Raketen mit Nuklearsprengköpfen.

2. Zum Einsatz kommt die Raketenabwehr.

3. Trotzdem erreichen einige feindliche Raketen das Ziel. Das verursacht große Zerstörungen.

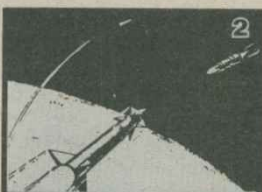
4. Mit gemeinsamen Anstrengungen wird der Widerstand des Gegners gebrochen. Eine Stadt liegt in Ruinen. Die Zivilbevölkerung kommt aus ihren Bunkern.

5. Das militärische Oberkommando veranstaltet eine Siegesparade. Die tapfersten Soldaten werden ausgezeichnet. Die Bevölkerung feiert den Sieg auf Tribünen.

6. Die Soldaten kehren nach Hause zu ihren Familien zurück.

So einfach und klar ist das. Bleibt nur, den deutschen Leser, in dessen Hände die Comics geraten können, zu überzeugen, daß der "Gegner" den Erstschatz führen wird.

O. JURJEV



des Raum-
Houston und
die dort aus-
sind ganz
en den Be-
leitung. Ist ja
des Senators
persönlichen
großen wis-

lich viel er-
50 Panzer.
ärte es sich
en zufolge
isensituatio-
Amerikanern
überlassen.
der in Lon-
neinenden
ddle East"
kistanischen
bereits jetzt
kmeßstation
vy für die
3-Flugzeuge
werden
einem pa-
ftstützpunkt
tschi aufge-

s Geld
egen, die
läuft ab.
sche Mil-
möchte auch
Vaffen erhal-
at Präsident
iddle East"
iße Haus um
Md. Dollar
irtschaftshilfe
enden drei
Amerikaner
arden über-
meldete sich
s, Stabschef
n Islamabad
e asiatischen
die Pläne
ilitäropera-
Golfregion
Und dann
noch jemand
S. Airforce
n die be-
mme von
rd besagtem
den Bau von
kten in der
histan gehen
fte an der

senschaftlichen Wert haben werden. Doch die NASA-Chefs haben dabei etwas anderes im Sinn. Der "New York Times" zufolge wäre der Raumflug ein wahres Geschenk für einen Politiker, der seine Wiederwahl betreibt.

Worauf es die NASA dabei abgesehen hat, wird verständlich, wenn man sagt, wer dieser Jake Garn eigentlich ist. Er ist der Vorsitzende des Senatsausschusses, der den NASA-Haushalt kontrolliert. Wie sich herausstellte, wurden die Leiter weiterer drei Kongreßausschüsse, die sich mit der Tätigkeit der NASA befassen, zu einem Raumflug eingeladen. Notgedrungen offeriert die NASA derartige Extravaganzen. Die zivilen Raumfahrtprogramme wurden offenbar zurückgestellt. Vorrang haben jetzt die militärischen Programme. Für die Entwicklung der Sterbenkriegstechnologie will die Administration in den kommenden fünf Jahren 26 Mrd. Dollar bereitstellen — für die zivilen Programme wäre das eine Traumsumme. Bereits beim ersten Flug einer Raumfähre erhielt die Besatzung den Auftrag, ein Visier für Laserwaffen zu testen. Der Flug der "Discovery" im Januar war ganz für das Pentagon reserviert. Die NASA muß also gewisse Kongreßabgeordnete schnellstmöglich befördern — solange noch nicht alle Plätze von Militärs besetzt sind.

M. OSSOKIN

Makran-Küste). Alle 23 Basen sollen vom Central Command der USA genutzt werden können. Und so kommt es, daß der Zeitschrift zufolge das "neue Abkommen Pakistan noch enger an die amerikanische Strategie in der Region binden wird". Oder $3 + 4 = 23$.

L. JELIN

FALSCHMÜNZER AUS LANGLEY

Daß sich die CIA seit ihrer Gründung 1947 mit der Herstellung und Verbreitung von Falschgeld befaßt, ist kein Geheimnis. Die amerikanische Presse schrieb wiederholt, daß die CIA Mark der DDR (1953), tschechoslowakische Kronen (1953), kubanische Pesos (1959) und chilenische Escudos (1973) fabrizierte.

Doch nie zuvor hatten die Falschmünzer der CIA so viel zu tun wie unter der Reagan-Administration. Allein nach Angola schmuggelten die Emissäre aus Langley über die RSA Hunderte Kilogramm gefälschter 100-Kwanza-Noten ein. So soll die Wirtschaft der jungen Republik zerrüttet werden.

Noch größeres Ausmaß nahmen die ökonomischen Diversionsakte der CIA gegen die DR Afghanistan an. Dorthin werden — vor allem über Pakistan — gefälschte

Banknoten von 500 und 1000 Afghani, falsche 100-Dollar-Noten und pakistanische "Blüten" eingeschmuggelt. Kürzlich wurden auf einer Pressekonferenz in Kabul gefälschte Banknoten im Wert von mehr als 2 Millionen Afghani präsentiert. Das ist nur ein Bruchteil dessen, was die CIA nach Afghanistan schafft. Nach dem Vorbild von Hitlers Meisterspionen bezahlen CIA-Agenten ihre Leute mit Falschgeld. So verführten sie z. B. mit dem türkischen Staatsbürger Turgut Uzal — einem Spion, der nach Afghanistan eingeschleust wurde und der sich den afghanischen Behörden stellte. Alle fünf 100-Dollar-Noten, die er von seinen amerikanischen Auftraggebern erhielt, erwiesen sich als "Blüten".

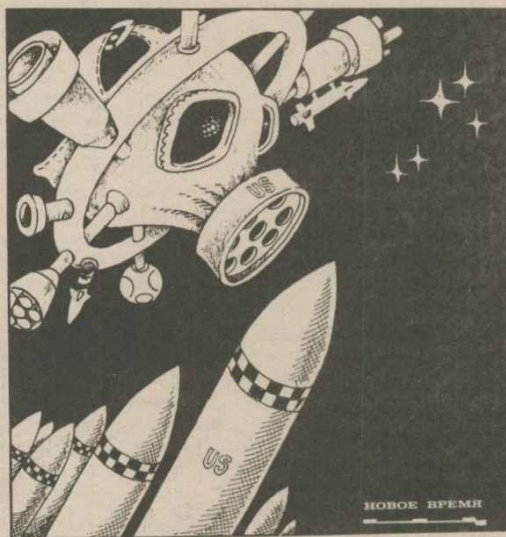
V. TSCHERNOW

THEMENVORSCHLAG VON...

... dem US-Präsidenten, der das von ihm ersonnene Raketenabwehrsystem mit einer ... gewöhnlichen Gasmaske verglich.

Washington muß sich sehr anstrengen, um das Unbeweisbare zu beweisen und die westeuropäischen Verbündeten davon zu überzeugen, daß sein Raketenabwehrsystem mit Elementen der Weltraumbasierung zutiefst "defensiv" sei. Emissäre des Weißen Hauses bereisen die Hauptstädte Westeuropas, um diese Weisheit zu verbreiten. Doch dort schenkt man diesen Versicherungen keinen Glauben... Zumindest nicht alle... Und da zog Reagan seinen Vergleich mit einer Gasmaske. Angeblich werde die Raketenabwehr so zuverlässig vor Raketen schützen wie eine Gasmaske vor Giftstoffen.

Doch dieser Vergleich hinkt. Verstärkt ja das Pentagon, das sich mit Gasmasken versieht, sein C-Waffenarsenal zügig. Und das ist für einen Erstschatz bestimmt. Ebenso perfektioniert Washington, während es seinen Weltraum-"Schutzgürtel" konstruiert, zugleich sein nukleares Erstschatzpotential. Und eingesetzt werden soll es gerade dann, wenn die Zuverlässigkeit des "Schutzgürtels" ausreichend erscheint. Doch darüber schwieg sich der Präsident lieber aus. Ein beredtes, um nicht zu sagen erschreckendes Schweigen...



SCHLIMMER ALS DIREKTE LÜGE

Zu einer westdeutschen Publikation

Lew BESYMENSKI, politischer Kommentator der "Neuen Zeit"

Neben nützlichem Streit, in dem die Wahrheit gefunden wird, und leerem Gerede, das zu nichts führt, gibt es noch einen konstruierten Streit. Er wird immer wieder angezettelt, obwohl das Wesen der Sache längst klar ist. Es fragt sich nur, warum ein nichtexistentes Problem hervorgeholt wird. Wem nützt das?

Diese logische Frage mag der Leser stellen, dem der nun schon vierte Band des Werks "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" in die Hände kommt. Der Herausgeber ist das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr. Der Band handelt vom Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und von der ersten Periode der Kampfhandlungen, sicherlich ein überaus wichtiges Thema, besonders im Vorfeld des 40. Jahrestages der Zerschlagung der Wehrmacht.

Das bundesdeutsche Leserpublikum ist mit objektiven Forschungen zu diesem Thema nicht gerade verwöhnt. Vielmehr wird es mit Werken anderen Typs übersättigt: von apologetischen Generalismemoiren bis zur direkten Verherrlichung der Aggression in der neonazistischen Literatur. In den letzten Jahren sind in der Bundesrepublik gewiß auch ernste Arbeiten erschienen (etwa das vom selben Amt herausgegebene Buch Klaus Reinhardt über die Schlacht vor Moskau), die mit vielen noch aus der Goebbels-Zeit stammenden Zwecklügen aufgeräumt haben. Auch finden sich in der Bundesrepublik keine ernst zu nehmenden Historiker, die am Goebbellischen Lügenmärchen vom "Präventivkrieg" Nazideutschlands gegen die UdSSR festhielten. Hier nur eine Äußerung eines namhaften bundesdeutschen Historikers über den "Barbarossa"-Plan: "Es ging nicht um einen präventiven Schlag gegen die Rote Armee."

Um so befremdender wirkt schon der Titel der weitschweifigen Schrift bundesdeutscher Militärgeschichtler: "Der Angriff auf die Sowjetunion." Jaja, nicht etwa Überfall, schon gar nicht Aggression oder Invasion, sondern eben "Angriff". Warum diese Abschwächung? Wen wollte man schonen? Wer die einschlägige Literatur in der BRD kennt, weiß, daß die gesamte neonazistische und extremrechte Presse vor einigen Jahren ein Buch Erich Helmdachs, eines ehemaligen Mitarbei-

ters von Hitlers Militäraufklärung, auf den Schild hob. Das Buch hieß "Überfall?" und war ein unverfrorener Versuch, die schändliche Version wieder in Umlauf zu bringen, Hitler habe angesichts eines "geplanten sowjetischen Überfalls" zur Notwehr greifen müssen. Unter diesen Umständen fragt man sich, mit welchen Hintergedanken die Historiker der Bundeswehr ihr fundamentales Werk so und nicht anders betitelt haben.

Ursprünge der Aggression

Ursprünge der Aggression gegen die UdSSR sind ein höchst wichtiges und aktuelles Problem. Es ist ziemlich gut bekannt, wie eifrig die Nazi-Propaganda diese Ursprünge zu tarnen suchte. Konnte denn der Welt gesagt werden, daß es um eine rücksichtslose Vernichtung von Millionen Menschen, um die Eroberung fremder Länder und Reichtümer, um Kolonisierung und Plünderung gehen würde? Am 16. Juli 1941 sagte Hitler, wie Bormann notierte, seinen Komplizen: "Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzungen nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollen."

Der Gedanke an eine antisowjetische Aggression, von der Hitler manisch besessen war, wäre eine Manie geblieben, aber sie paßte den wahren Herren über Deutschland und ihren Gesinnungskumpanen in anderen westlichen Ländern. Nicht nur marxistische, sondern auch viele solide bürgerliche Historiker (z. B. Fritz Fischer und Andreas Hillgruber) zeigen die Kontinuität der Ziele des imperialistischen Deutschland, von der wilhelminischen bis zur nazistischen Zeit. Sie zeigen, daß eine Expansion ostwärts dem Programm des deutschen Imperialismus zugrunde lag.

Aber in seiner nazistischen Abwandlung wurde dieses Programm zu einer Art Manifest des internationalen Antikommunismus. Vor kurzem erschienen in den USA die Memoiren Oberst Truman Smith, eines amerikanischen Nachrichtendienstlers. Er war wohl der erste US-Vertreter, der unmittelbar von Adolf Hitler noch 1922 das Versprechen hörte, die Nationalsozialisten würden mit der "bolschewistischen Gefahr" Schluß

machen, und es werde besser sein, wenn die "Entscheidungsschlacht ... auf deutschem Boden und nicht auf amerikanischem oder englischem ausgetragen wird". Das saß. Als US-Militärattache in Deutschland bemühte sich Smith in den 30er Jahren energisch darum, zwischen den Antikommunisten beiderseits des Atlantiks Kontakte herzustellen. Er ermunterte auch Charles Lindbergh, den Mann, der meinte, man solle "Deutschland seine Expansion in östlicher Richtung erlauben".

Leider verfehlten diese Bemühungen nicht ihre Wirkung. Sie vergifteten die internationale Situation am Vorabend des zweiten Weltkriegs. Sie machten das schändliche Münchner Abkommen möglich. Sie vereitelten schließlich eine kollektive Front der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs gegen die heranrückende Aggression (übrigens enthält der Abschnitt in Band IV über die Ereignisse am Vorabend des Krieges kein Wort darüber). Der Antikommunismus der 30er Jahre schreckte eifrig mit der "roten Gefahr". Den Höhepunkt der antisowjetischen Demagogie bildete das Lügenmärchen von einem "Präventivkrieg" der Nazis gegen die UdSSR.

Ursprünge der Verleumdung

Auch an folgendes sei erinnert: Zuerst kam Hitler ohne diese Lüge aus, sowohl bei seinem berühmten Treffen mit den Generalen im Februar 1933, auf dem er das Programm einer "rücksichtslosen" Aggression gen Osten verkündete, als auch in seinen Gesprächen mit ihnen 1937 und 1939. Damals sagte er kein Wort über eine angebliche Gefahr aus dem Osten. Ja, selbst noch 1940 und 1941, als die Aggression schon praktisch vorbereitet wurde, berichteten die deutschen Nachrichtendienstler, die UdSSR rüste nicht zu einem Überfall, für Befürchtungen lägen keine Gründe vor. Auch in zwei Gutachten von Militärexperten von Ende 1939 wurde der gleiche Schluß gezogen. Im Oktober 1940 berichtete Ernst August Köstring, der Militärattache in Moskau, Hitler darüber, und ein Dokument des OKH vom 15. Januar 1941 zeugte ebenfalls davon.

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Der Generalstabschef Generaloberst Franz Halder behauptete im Juli 1940, die

sowjetische Führung beabsichtige keine Angriffshandlungen. Selbst nachdem die Konzentration der deutschen Truppen für einen Schlag abgeschlossen worden war, erwartete man im deutschen Generalstab nur ein "defensives Verhalten" der sowjetischen Truppen.

Am 22. Juni 1941 aber schritt es aus Berlin plötzlich: Die UdSSR wolle angreifen, Deutschland müsse einen Präventivkrieg beginnen! Die unglaublichsten Lesarten wurden erdacht, Dokumente gefälscht, aus Kriegsgefangenen die notwendigen Angaben herausgeprügelt. Doch die Obermacher des "Dritten Reiches" selbst wußten sehr wohl, was sie taten. Am 9. Juli 1941 schrieb Goebbels in sein Tagebuch, ein Präventivkrieg sei am sichersten und günstigsten, bedenke man, daß der Gegner bei der ersten besten Gelegenheit sowieso überfallen werden müsse. Das habe gegenüber dem Bolschewismus stattgefunden; nun würden die Deutschen ihn bis zur Vernichtung schlagen.

Demnach: Die Behauptung vom "Präventivkrieg" sei der sicherste Weg, eine Aggression zu rechtfertigen. Und weiter: Die Tarnung der Vorbereitungen zum Ostfeldzug sei ganz gut gelungen, das ganze Manöver mit unglaublicher List durchgeführt worden.

Die "unglaubliche" List wurde bald durchschaut, denn es war unmöglich, den wahren Charakter des Überfalls zu tarnen. Heute, viele Jahre später, kann man sagen: Das Lügenmärchen von einem "Präventivkrieg" ist nur die ad absurdum geführte Variante der Lüge von einer "sowjetischen Bedrohung". Im Jahre 1941 wurde sie entlarvt.

Fälscher am Werk

Aber zurück zu dem in der Bundesrepublik herausgegebenen Buch. Die ersten, vom Titel des Bandes ausgelösten Zweifel hätte in seiner Einleitung Dr. Manfred Messerschmidt, wissenschaftlicher Direktor des Amtes, beseitigen können. Kein anderer als er sagte ja, der Krieg sei nicht präventiv gewesen. Aber...

Der Methodologe Dr. Messerschmidt zufolge sei es überaus wichtig, Charakter und Entstehungsursachen des "Barbarossa"-Plans zu analysieren. Freilich, dem kann und muß man zustimmen. Des weiteren vermerkt er, es bestünden drei Standpunkte über die Ursachen des Überfalls Hitlerdeutschlands. Einen davon lehnt er sofort ab, nämlich die vereinfachte Vorstellung, Hitler habe die UdSSR nur deshalb überfallen, weil ihm nach Frankreichs Niederlage und den Mißerfol-

gen der Luftwaffe über England nichts anderes übriggeblieben sei. Es gibt eine überzeugendere Erklärung: Der "Barbarossa"-Plan sei ein "programmorientiertes" Unternehmen gewesen, ein entscheidender Bestandteil des Feldzugs um die Weltherrschaft. Schließlich gebe es noch die schon von den Nazis propagierte "Präventivkriegsthese".

Inwiefern sind die erwähnten Standpunkte miteinander vereinbar? Hat es denn wirklich Sinn, heute allen Ernstes eine Lügengeschichte der Nazis zu untersuchen und fast 40 Jahre nach dem Nürnberger Urteil darüber zu streiten, das die verleumderische Lüge in Form der einmütigen Meinung des Internationalen Militärgerichtshofs widerlegt hat? Das ist um so unbegreiflicher, als der vorliegende Band auch fundierte Kapitel enthält, in denen vor langer Hand aufgestellte Pläne — die Pläne eines militärischen Überfalls auf die UdSSR, ihrer wirtschaftlichen Unterordnung, der Ausrottung ihrer Zivilbevölkerung und des Aktivs der Kommunistischen Partei — ausführlich und überzeugend behandelt werden.

Und doch gehen die Autoren des Bandes einen gelinde gesagt eigenartigen Weg. Sie fühlen sich gleichsam gespalten. Einerseits sprechen sie beweiskräftig darüber, daß der Krieg im voraus geplant wurde. Andererseits aber wiederholen sie, als wäre nichts gewesen, die Hitlerschen Verleumdungen. Gewiß, sie haben keine Tatsachen, die ihre Version bestätigen können. Und sich direkt auf Hitler zu berufen — soweit ist man in der Bundeswehr gottseidank noch nicht. Aber wozu gibt es Umwege? Und so nehmen sie Bezug auf die neonazistische und revanchistische Literatur, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik erschienen ist, in erster Linie auf das schon erwähnte Buch Helmdachs, und benutzen solche Schriften auch direkt.

Kennzeichnend ist auch eine andere Eingabequelle der Fälscher. Wir meinen hier die Aussagen von Wlassow-Leuten, diesen Verrätern des Heimatlandes, bei Verhören in der Abwehr und der Gestapo. Man errät ohne weiteres, warum sie sich ihren Gönnern gegenüber so gern über "sowjetische Angriffspläne" u. ä. ausließen. Im Buch wimmelt es von Zitaten aus diversen trüben Quellen, darunter aus Veröffentlichungen jener Wlassow-Leute, die nach dem Krieg zur CIA und zum BND übergewechselt sind. All das nimmt Dutzende Seiten ein, auf denen versucht wird, die Sowjetarmee mit Schmutz zu bewerfen. Ein Versuch, der den neonazistischen Elaboraten in nichts nachsteht.

Kein Zufall

Viele Fragen erheben sich, wenn man sich mit dem vom Militärhistorischen Forschungsamt herausgegebenen tausendseitigen Band bekannt macht.

Frage Nr. 1. Kann der Umstand als Entschuldigung gelten, daß die verleum-

Rosenbergs Plan für die Zergliederung der UdSSR in vier "Reichskommissariate" (Mai 1941)



derischen "Thesen" in anderen Teilen des Bandes direkt oder indirekt widerlegt werden? Unsere Antwort: Nein, das ist keine Entschuldigung und erst recht keine Rechtfertigung. Ganz zu schweigen davon, daß die Autoren der Kapitel, die den vorsätzlichen Charakter der Naziaggression beweisen, eine direkte Polemik vermeiden. Welche Rechtfertigung kann es aber dafür geben, daß Goebbels' Hirnspinne nachgeplappert werden?

Der bekannte bundesdeutsche Journalist und Historiker Karl-Heinz Janßen qualifiziert die Publikation wie folgt:

"Man wundert sich, was in diesem Lande schon wieder möglich ist. Vor einigen Monaten machte ein Landtagsabgeordneter der CDU von sich reden, als er den deutschen Überfall auf die Sowjetunion schlicht wegleugnete. Neuerdings liest man in verschiedenen Publikationen Rezensionen, in denen die Nazi-These vom 'Präventivkrieg' ... aufgewärmt wird. Die Autoren munitionieren sich aus einem Arsenal der Bundeswehr, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt ... auf. Dort ist ... ein voluminöses Werk ... erschienen."

Viele auch noch so gute Absichten einiger Autoren des Werkes, die den wirklich aggressiven Charakter des Krieges anhand von Material belegen wollten, werden zunichte gemacht. Dafür darf jeder antisowjetische Propagandamacher heute Zweckklügen der Hitlerzeit aus der Versenkung hervorholen — er kann sich ja auf die Publikation der Bundeswehr berufen.

Frage Nr. 2. Ist das Aufwärmen der Goebbelschen Lügen nur ein Zufall und für die Schrift als Ganzes nicht typisch? Leider stimmt auch das nicht.

Der vorliegende Band behandelt nicht nur die Vorkriegssituation, sondern auch die ersten Kriegsmomente. Die Analyse ist ausführlich genug: zuerst der Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande und in der Luft (E. Klink, H. Boog), dann die Lage in Nordeuropa (G. Ueberschär), die Beziehungen Deutschlands zu seinen Verbündeten (J. Förster) sowie die ökonomischen und politischen Aspekte der Okkupationspolitik der Wehrmacht (R.—D. Müller, J. Förster). Vor diesem recht breiten Hintergrund muß man das Kapitel beachten, das die verpflichtende Überschrift "Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion" trägt. Meines Erachtens ist das ein grundsätzliches Kapitel, das eine besondere Betrachtung verdient, und das will ich auch später unternehmen. Vorläufig sei auf zwei Episoden in diesem fast 100seitigen Kapitel hingewiesen.

Die eine betrifft die Blockade Leningrads. Die Welt weiß, welche ungeheuerliche Leiden die Stadt durch die Operation "Barbarossa" ertragen mußte, weiß von den Qualen ihrer Zivilbevölkerung, ihrer Kinder, Frauen und alten Menschen. Der Nürnberger Prozeß brandmarkte dieses Verbrechen der Wehrmacht. Wer auch nur einmal auf dem Piskarjowo-Friedhof war, wo beinahe 500 000 Menschen begraben sind, emp-

findet einen fast körperlichen Schmerz. Nicht nur Sowjetbürger, sondern auch Besucher aus allen Ländern, darunter aus der Bundesrepublik, gedenken hier ehrfurchtsvoll der Helden und Opfer der Blockade. Was geruht nun der Autor des erwähnten Kapitels den Lesern mitzuteilen? Hier das erste Zitat:

"Die in der zweiten Septemberhälfte beginnende Blockade Leningrads wird in der sowjetischen Geschichtsschreibung als eine der 'schrecklichsten Untaten der deutsch-faschistischen Eroberer' hingestellt, als 'methodischer Mord an den friedlichen Einwohnern der Stadt.'" (S. 740.)

Warum denn dieses "hingestellt"? War die Blockade in Wahrheit etwa keine Untat? Wozu die einzige richtige Bestimmung in Anführungsstriche setzen? Der Autor selbst antwortet darauf:

"Und tatsächlich hatte die Zivilbevölkerung Leningrads, besonders im ersten Kriegswinter, als die Stadt nur noch über eine provisorische Autostraße über das Eis des Ladoga-Sees unzureichend versorgt werden konnte, eine große Zahl an Verhungerten, durch Waffenwirkung Getöteten und an Krankheiten Gestorbenen zu beklagen. So tragisch diese Vorgänge auch sind, moralische Vorwürfe gegen die deutschen Truppen entbehren jeder Grundlage, denn immer noch gehörte die Belagerung und Beschießung einer verteidigten Stadt und Festung zu den gebräuchlichen und unbestrittenen Methoden der Kriegführung." (S. 741.)

Offen gesagt, nichts möchte ich so sehr, wie den Autor dieses Kapitels Dr. Hoffmann nach Leningrad fahren und ihn diese lästerlichen Zeilen den Besuchern des Piskarjowo-Friedhofs laut vorlesen lassen. Aber auch so sieht man die niederträchtige (ich bestehe auf diesem Wort!) Verlogenheit dieser Formulierung, die nichts anderes ist als eine Indulgenz für die Henker Leningrads.

Die Blockade der 2,5-Millionen-Stadt war nicht "gebräuchlich" und wies noch weniger "unbestrittene Methoden" auf. Man weiß, daß Hitler schon lange vor der Blockade die Aufgabe stellte, die Einwohner Leningrads zu liquidieren. Am 8. Juli 1941 schrieb Generalstabschef Halder in sein Tagebuch: "Feststehender Entschluß des Führers ist es, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten. Die Städte sollen durch die Luftwaffe vernichtet werden." Am 7. Oktober wurde aus Hitlers Hauptquartier bestätigt, daß Leningrad "durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben" und seine "Bevölkerung zur Flucht zu veranlassen" sei. Diese Order wurde von General Warlimont in mehreren Varianten präzisiert:

— "Stadt besetzen", aber dann werde "die Verantwortung für die Ernährung der Bevölkerung" der Wehrmacht zufallen;
— "Stadt ... mit einem elektrischen Zaun umgeben" und kreisförmig unter

MG-Feuer zu halten;

— Frauen, Kinder und alte Leute herauslassen, den Rest dem Hungertod preisgeben;

— Leningrad dem Erdboden gleichmachen.

Nach Untersuchung dieser barbarischen Varianten wurde beschlossen, Leningrad "eng abzuschließen", "durch Terror und Hunger reif" werden zu lassen und erst dann in die zu vernichtende Stadt einzudringen. Hitler seinerseits bestätigte am 10. September: "Wir schließen Leningrad zunächst hermetisch ab und schlagen die Stadt." Ja, meine Herren Autoren von Band IV, wenn das "gebräuchliche und unbestrittene Methoden" sind!

Aber die Geschichtsschändung durch die Autoren des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hat damit nicht ihr Bewenden. Sie unterstellen nun alles der Sowjetarmee: "Auch sowjetische Truppen haben die Methode der Belagerung ... angewandt" und z. B. 1,8 Mio Artilleriegeschosse auf Berlin niedergehen lassen. Eine verleumderische und zudem absolut haltlose Parallele. Als Stabsoffizier der 1. Belorussischen Front war ich an der Herstellung spezieller Karten beteiligt, die die sowjetische Artillerie anwandte, um Krankenhäuser, das Wasser- und Gasversorgungsnetz und Kraftwerke zu schonen. Für die Wehrmacht aber war der Beschuß der Krankenhäuser in Leningrad die Regel.

Es ist für manche Autoren des IV. Bandes überhaupt typisch, daß sie lästerlicherweise zwischen dem Aggressor und seinem Opfer ein Gleichheitszeichen setzen: Auf beiden Seiten sei es ein Vernichtungskrieg gewesen. Solche Behauptungen sind sowohl zynisch als auch vorsätzlich gefälscht. Gewiß, sowjetische Truppen vernichteten gegnerische Truppen, aber sie taten es, um die Freiheit des eigenen Volkes gegen den Aggressor zu verteidigen. Hitlers Krieg dagegen war ein Krieg um die Vernichtung des Sowjetstaates, um die Versklavung und physische Ausrottung seines Volkes. Wer das nicht auseinanderzuhalten weiß, wäscht den Aggressor weiß.

Weiter — schlimmer. Der Autor besagten Kapitels betrachtet nun die Partisanenbewegung — nach demselben Rezept: Die Wehrmacht sei durchaus legitim vorgegangen, denn "bewaffnete Zivilpersonen ... die sich am Kampfe beteiligten, fielen ... unter Begriff des Freischärlertums und besaßen keinen völkerrechtlichen Schutz". (S. 780.) Und weiter:

"Dies gilt auch für die von deutschen Truppen am 29. November 1941 ... hingerichtete Zoja Kosmodem'janskaja, die der Jugend in der Sowjetunion heute als leuchtendes Vorbild hingestellt wird. 'Indem sie den Weg des Partisanenkampfes betrat', so wird ihre Tätigkeit umschrieben, 'gab sie dem Vaterland den heiligen Schwur, gegen die faschistischen Eroberer bis zum letzten Atemzug zu kämpfen.' So beklagenswert das Schicksal dieser jungen Komsomolka auch sein mag,



so darf man doch nicht übersehen, daß es nach den unerbittlichen Kriegsgesetzen vielleicht unabwendbar gewesen ist." (Ebenda.)

Ich bitte um Entschuldigung, aber ich habe einfach keine seelische Kraft, diesen Frevel zu kommentieren. Leid tun mir nur jene, die in der Bundeswehr im Geiste dieser "Anweisung" ausgebildet werden sollen. Was will man aus ihnen eigentlich machen? Eben solche Henker, wie es die Hitlerschen Schergen waren und die amerikanischen, israelischen und südafrikanischen Schergen heute noch sind. Nicht von ungefähr ist die Öffentlichkeit der Bundesrepublik über die Verbreitung der neonazistischen Tendenzen in der Bundeswehr alarmiert. Aus diesem Milieu erwachsen auch die schändlichen Aufrufe, die Bundeswehr zur "Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937" einzusetzen. Vor kurzem forderte dazu ein gewisser junger CDU-Politiker in der Zeitung "Schlesier" auf. Auch er hat ja in der Bundeswehr gedient...

Urquellen

Die Bücher existieren nicht in einem luftleeren Raum, sie sind Bestandteil eines umfassenden ideologischen Prozesses, der sowohl in einzelnen Ländern als auch weltweit vor sich geht. Die 10bändige Serie, die die Bundeswehr herausgibt, darf nicht losgelöst von der scharfen ideologischen und politischen Auseinandersetzung betrachtet werden, die in der Welt um die Probleme von Krieg und Frieden tobt.

Eigentlich kann man, wenn man sich mit der Behandlungsart der Fragen Partisanenkampf oder Leningrader Blockade bekannt gemacht hat, sofort feststellen, an welcher "Flanke" dieser Auseinander-

Die Welt war über den tragischen Tod Soja Kosmodemjanskajas, einer Heldin unseres Volkes, erschüttert. Heutzutage rehabilitiert man in der BRD ihre Mörder.

zung die Historiker der von der Bundeswehr unternommenen Ausgabe stehen. Unverhohlene Tendenz, das Streben, die Greueltaten der Wehrmacht zu rechtfertigen, die Sowjetbürger und ihre Großtat dagegen zu schmähen — all das kennt man ja aus Tausenden Machwerken von Propagandisten des kalten Krieges und des "Kreuzzuges". Bestandteil dieses ideologischen Vorhabens des Westens ist der Wunsch, die politischen und psychologischen Resultate des Sieges über den Faschismus aus der Welt zu schaffen und Feindseligkeit gegen das Sowjetvolk zu provozieren.

Es ist natürlich beklagenswert, daß der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und dem Bundeswehrpersonal eine so billige Propaganda serviert wird, wie sie eher in die Springersche "Bild-Zeitung" gehört. Aber gerade dieses Zusammenklingen vieler Bundeswehrthesen mit der Linie der antikommunistischen "Kreuzfahrer" macht stutzig. Wieso muß mit einemmal der Hitlerschen Lesart von einem "Präventivkrieg" Leben eingehaucht werden?

Nach der Antwort braucht man nicht lange zu suchen. Sie findet sich in den zahlreichen Reden hoher Pentagon-Beamten, in den Werken amerikanischer und anderer westlicher Autoren, worin die militärischen Vorbereitungen der USA und der NATO dadurch gerechtfertigt werden, "die sowjetische Bedrohung abwehren" und — wenn es notwendig sein sollte! — einen "Präventivkrieg" gegen die UdSSR beginnen zu müssen. Vor kurzem publik gemachte Dokumente des

Weißen Hauses z. B. zeugen davon, daß Eisenhower und John Foster Dulles im August 1953 allen Ernstes an einen "vorbeugenden Erstschlag" dachten. Hier ein frischeres, weil aus dem Jahre 1984 stammendes Beispiel. General Rogers, der Oberbefehlshaber der Vereinigten NATO-Streitkräfte Europa, hat sich die Mühe genommen zu erläutern, warum die USA nicht auf einen Erstschlag verzichten wollen. Der General zählte all die Fälle auf, für die das Pentagon seinen "Erstschlag" aufspart, darunter die Notwendigkeit, diesen Schlag "präventiv" zu führen. In der Tat wird in der gegenwärtigen Militärdoktrin des Pentagon von Terminus "Präventivschlag" ausgiebig Gebrauch gemacht: Man ist auf ein moralisches Alibi bei der Vorbereitung einer Aggression bedacht. Das ist des Pudels Kern.

Das Erscheinen von Band IV der Publikation "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" ist in vieler Hinsicht symptomatisch. Die Weltöffentlichkeit vernimmt heute befremdet, daß man in der Bundesrepublik den Tag des Sieges manchmal zu einem "Trauertag" umstiliert. Unter diesen Umständen wirkt die Reproduktion von Naziargumenten in der Forschungsarbeit der Bundeswehr keineswegs als Zufall. Tatsache bleibt, daß Leute, die die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr erziehen, nicht imstande (nicht gewillt?) sind, die Wahrheit über die Naziaggression zu sagen. Sie servieren ihren Lesern Halbwahrheiten, die schlimmer als Unwahrheiten sind.

TERRORISTEN UND „ANTITERRORISTEN“



General Rene Audran aus dem französischen Verteidigungsministerium wurde am 25. Januar im Pariser Vorort Celles-Saint-Cloud brutal niedergeschossen. Die Verantwortung für den Mord übernahm die französische Terroristenorganisation "Action Directe". Sogleich tauchten Meldungen auf, die "Action Directe" sei ein Bündnis eingegangen und koordine ihre verbrecherischen Treiben mit der linksextremistischen bundesdeutschen Terroristengruppe "Rote Armeeaktion" (RAF) und mit den sehr "progressiven" Mördern und Bombenlegern der belgischen "Cellules Combattantes" ("Kämpfende Zellen"). Die Terroristen und "Revolutionäre", die leicht eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsames Programm und gemeinsame Ideale gefunden hatten, stellten ein langschweifiges Kommuniqué in Französisch und Deutsch zusammen und ließen es einige Tage vor der Ermordung des Generals der Pariser Reuter-Vertretung zukommen. Darin wurde die Bildung einer vereinigten "militärpolitischen Front in Westeuropa" angekündigt. Und das war nicht nur Prahlerei, nicht nur Eigenreklame. Das Kommuniqué enthielt eine ausführliche und sehr beeindruckende Liste von Terroranschlägen, die die "Front" unlängst bereits in Portugal, Griechenland, Belgien, Spanien, der BRD und Frankreich verübt hatte.

Der Terrorismus in Westeuropa hat eine lange Geschichte. Eine entsetzliche Geschichte, in der bis heute immer neue blutige Kapitel aufgeschlagen werden. Diese Erscheinung läßt sich nur dadurch erklären, daß der Terror der Reaktion dient und die Reaktion den Terror hochpöppelt. Die Teilnehmer der frischgekurten "Front" erklären mit Hinblick auf die politische Lage in Westeuropa und über ihre ideologischen Pseudodifferen-

zen hinweggehend: "Unsere erste wichtige Aufgabe wird die Untergrabung der multinationalen Struktur der NATO, ihrer Stützpunkte, ihrer Strategie, ihrer Pläne und ihrer Propaganda sein." Ja, welch edle Mission! Indem sie diese mit Sprengstoff und Schußwaffen zu verwirklichen suchen, erreichen die "Frontkämpfer" — und gerade das ist ihr Hauptziel — das genaue Gegenteil. Sie stärken die Positionen imperialistischer Kreise, da sie den wahren Kampf gegen die Handlungen und Pläne der NATO-Militaristen, vor allem der amerikanischen, in Mißkredit bringen und Repressalien gegen die Teilnehmer dieses Kampfes provozieren. Zugleich säen sie Angst und schüren eine Atmosphäre der Spannungen, die für die Propagierung der Unvermeidlichkeit eines nuklearen Weltkrieges so günstig ist. Und dieser Krieg soll ja, wie es jene, die ihn vorbereiten und forcieren wollen, ein globaler und letzter terroristischer Akt mit tödlichem Ausgang für die gesamte Menschheit werden.

Der Terrorismus ist eine vielschichtige Erscheinung. In seinem Labyrinth meint man manchmal die Orientierung zu verlieren... Doch das scheint nur so. Bei Politisdat erschien kürzlich ein Buch der bekannten sowjetischen Publizisten Eduard Kowaljow und Wladimir Malyschew*. Es ist ein guter Wegweiser durch das terroristische Labyrinth. Beide Autoren waren Zeugen verschiedener Etappen in der Entwicklung des westeuropäischen Terrorismus und erwiesen sich als aufmerksame und engagierte Chro-

* E. Kowaljow, W. Malyschew. "Terror: wdochnowiteli i ispolniteli". Moskau, Politisdat, 1984

nisten dieses Prozesses. Sie erlagen nicht der Versuchung, ihrem von Anfang bis Ende streng dokumentarisch gehaltenen Bericht belletristische Züge zu geben. Der Inhalt des Buches, das sich positiv von vielen westlichen Sensationsberichten abhebt, die sorgfältig ausgewählten und logisch angeordneten Tatsachen und Episoden sind auch ohnehin hochdramatisch.

Der Leser erfährt, wie und warum 22 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus Kräfte, die das Volk Griechenlands, der Wiege der Demokratie, in eine entsetzliche Tragödie stürzten, wieder aktiviert wurden. Der Putsch der "schwarzen Obristen", von Geheimdiensten der NATO-Verbündeten professionell geplant und vorbereitet, überzog Griechenland für sieben Jahre mit einer faschistischen Diktatur. Und wenn wir uns heute mit den Autoren daran erinnern, verstehen wir die Motive der jetzigen ausgeprägten, bisweilen sogar offen aggressiven Feindseligkeit Washingtons gegenüber Griechenland.

Wir werden Zeugen, wie der Weltimperialismus unter Führung der USA unschuldige Menschen in den Tod trieb, wie er Italien zu destabilisieren suchte, um das Land in die finsternen Zeiten Mussolinis zurückzustoßen. Diese Handlungen aber endeten keineswegs mit dem Tod des "schwarzen Fürsten" Valerio Borghese (1974), der einen faschistischen Umsturz vorbereitete. Es folgte die Ermordung des christdemokratischen Führers Aldo Moro, der die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der größten Partei des Landes, den Kommunisten, eingesehen hatte, die "Loge P 2", deren Mechanismus noch immer nicht restlos aufgedeckt ist, der Anschlag des türkischen Faschisten Agca auf den Papst... Die "Destabilisierungsstrategie" gehört auch heute nicht der Vergangenheit an.

In Portugal suchte die CIA weniger als einen Monat nach der April-Revolution von 1974, eine Organisation einheimischer und ausländischer Terroristen, die sich hinter dem Aushängeschild Aginter-Press verbarg, zu benutzen, um das faschistische Regime zu restaurieren, und setzte dann auf Salazars und Caetanos treuen Gehilfen, General Spínola. Diese Versuche scheiterten angesichts des unerschütterlichen Willens der Portugiesen, Freiheit und Revolution zu verteidigen. Auch die Terroranschläge, die den Faschismus in Spanien nach Francos Tod rehabilitieren und wiedereinsetzen sollten, blieben ohne die gewünschte Wirkung...

Ich will hier nicht das ganze Buch nacherzählen, das viele Informationen bringt, von denen nicht wenige erstmals veröffentlicht werden. Es wirft ein neues Licht auf die heutige Lage in Westeuropa und bestätigt ganz die Meinung, daß der internationale Terrorismus nur eine Erscheinungsform des Imperialismus ist.

Die Ermordung von General Rene Audran zeigt das ein weiteres Mal. Bereits einige Tage nach diesem Verbrechen tauchten in der französischen Presse Meldungen auf, deren Analyse die Feststellung ermöglicht: Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die "Action Directe", die so übereilt die Verantwortung für den Terroranschlag übernahm, nur ein Deckmantel für die Profikiller der CIA ist. Darauf weisen verschiedene Umstände. Erstens war der General der Chef von Oberstleutnant Bolley, der kürzlich in Indien der Spionage überführt worden war. Bolley hatte in Indien Informationen über dessen Rüstung und Streitkräfte gesammelt, wobei er zwei Ziele zugleich verfolgte. Er interessierte sich für die Möglichkeiten des Absatzes französischer Waffen (und Frankreich ist nach den USA Nr. 2 unter den imperialistischen Waffenlieferanten). Und, wie die Pariser Wochenschrift "Humanite dimanche" behauptet, "verband er das mit Aktivitäten zur Destabilisierung Indiens, die unter Führung der CIA erfolgte."

Rene Audran besaß natürlich erschöpfende Informationen über die Tätigkeit des Oberstleutnants. Und deshalb kam der Tod des Generals gerade zur rechten Zeit für jene, die die Spuren der Mörder Indira Gandhis verwischen wollten. Dabei fällt auf, daß nur einige Stunden vor den Schüssen in Celle-Saint-Cloud der Sprecher des State Department in Washington erklärte, die USA hätten Konsultationen mit ihren Verbündeten zur Bekämpfung des Terrorismus, der in den letzten Wochen einen neuen Höhepunkt in Westeuropa erlebte, abgehalten. Wer ermordete also Rene Audran? Terroristen der "Action Directe" oder "Antiterroristen" der NATO, die sich von der "Shultz-Doktrin" leiten lassen, welche unter dem Vorwand des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus den imperialistischen Terror gegen andere Staaten und Völker legalisiert? Und wer ermordete unlängst den Spitzenmanager der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, E. Zimmermann? Wer brachte am gleichen Tag acht Bomben in Beja (Portugal) zur Explosion?

Das Buch von Eduard Kowaljow und Wladimir Malyschew enthält eine Antwort auf diese Frage. Sowohl die Drahtzieher als auch die Ausführenden sind die Mörder.

V. ZOPPI

PARAGUAY

Ein dem Kerker Stroessners entronnener Kommunist berichtet über die Lage in seinem Land

INTERVIEW NACH DER FOLTER

Nach neuesten Angaben aus einem in Buenos Aires publik gemachten Dokument waren in 30 Jahren des Regimes General Stroessners, einer der ältesten und grausamsten Diktaturen der modernen Geschichte, mindestens 360 000 Paraguayen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Der Diktator wendet solche Methoden an, um in Paraguay "die Zeit zum Stehen zu bringen", und die imperialistischen Massenmedien stellen es so hin, als bestünden in diesem Land idyllische Zustände.

Was geht in Wirklichkeit vor? Das fragte ich Ananias Maidana, ein Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Paraguays (PCP).

Dieser Mann hatte ein ungewöhnliches Geschick. Nachdem im August 1958 ein Streik rigoros abgewürgt worden war, kam dort unter dem Einfluß der patriotischen Kräfte eine breite Bewegung gegen die Diktatur in Gang. Noch vor dem Streik wurden die Spitzenfunktionäre der PCP, Antonio Maidana und Julio Rojas, der jetzige geschäftsführende Generalsekretär der Partei, festgenommen, und 1959 kam auch Ananias Maidana mit einer Gruppe führender Parteifunktionäre ins Gefängnis.

Zuerst wurden die Kommunisten in eine streng abgeschlossene kleine Kasematte gesperrt, wo man sie eine Zeitlang hungern ließ. Dann wurden sie im sogenannten 3. Polizeirevier von anderen Gefangenen völlig isoliert. Nach Angabe des Gefängnispersonals wollte man sie umkommen lassen. Dort befand sich Ananias 17 Jahre!

"Die Pläne des Diktators wurden jedoch vom Volk Paraguays und von der internationalen Solidarität, besonders der der UdSSR, durchkreuzt", sagte Ananias. Er hob



Ananias Maidana

hervor, daß die Kommunisten auch im Kerker gegen den Feind unermüdlich kämpften und mit der Partei und überhaupt mit den revolutionären Kräften innerhalb und außerhalb des Landes in ständigem Kontakt standen.

Er erzählt weiter, daß das Volk voriges Jahr zum erstenmal nach langer Zeit "in den Straßen aufmarschierte". Vor kurzem fand eine große Studentenaktion für die nationale Kultur statt. Sie gestaltete sich sehr bald zu einer politischen Manifestation gegen den Diktator. Nach Ansicht meines Gesprächspartners "gibt es jetzt in Paraguay so gut wie keinen politischen oder sozialen Bereich, der sich nicht in den Kampf gegen das Regime des Diktators eingeschaltet hätte. Der Kampf nimmt immer mehr Massencharakter an, er wird immer organisierter und radikaler."

Im Zuge der Aktionen der Bauern, Arbeiter und Intellektuellen entwickeln sich neue Kampfformen und sind neue Organisationen entstanden, so das Gewerkschaftliche Solidaritätskomitee, die Ständige Assemblée der Solidarität mit den

politischen Häftlingen, Landesorganisationen der Bauern, der Studenten usw. Immer häufiger treten Repräsentanten der Kirche für die Wahrung der Menschenrechte ein.

Ananias hob hervor, daß es jetzt auch in der Hauptstadt Asuncion, wo die Polizei besonders streng vorgeht, zu Massenaktionen kommt. Im Lande herrscht ja noch immer der Belagerungszustand, er wird alle drei Monate verlängert. Eine solche Aktion wurde am 24. Dezember



Die Jugend der DDR sammelt Unterschriften für die Forderung, Antonio Maidana aus dem Kerker freizulassen

Foto: ADN--TASS

v. J. durchgeführt. Die Demonstranten forderten die Freilassung der politischen Häftlinge, Aufhebung aller Unterdrückungsgesetze und Rückkehr aller des Landes Verwiesenen sowie Auskunft über die Vermißten.

"Diese Protestaktionen zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie von unten organisiert sind." Immer stärkere Resonanz findet die Losung "Einheit aller Kräfte zum Sturz der Diktatur".

Ende Januar kam die Nachricht, daß sich im Ausland eine Paraguayische Demokratische Allianz konstituiert hat. Sie soll die Bemühungen aller antidiktatorischen Kräfte im Lande koordinieren und vereinigen. Über die neue Situation sagte Ananias, daß die Entwicklung im Land "eine tödliche Gefahr für das Regime darstellt", wenn auch noch ein sehr schwerer Kampf bevorsteht. In Anbetracht der demokratischen Wandlungen in den Nachbarländern Argentinien, Uruguay und Brasilien kann man sagen, daß das Volk von Paraguay

jetzt unter bedeutend günstigeren als früher internationalen Verhältnissen kämpft. Die Solidarität mit dem Volk Paraguays erstarkt nicht allein in diesen Ländern, sondern z. B. auch in Chile. Nationale Protesttage gegen die Diktatur Pinochets haben in den letzten anderthalb Jahren beispiellosen Umfang angenommen, was auch die Lage in Paraguay beeinflusst.

Über die Situation in diesem Land machen sich nicht nur das dortige Regime, sondern auch der Imperialismus der USA und die Multis Sorgen. Ananias erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß seit dem Militärputsch von 1954, der General Stroessner zur Macht brachte, das ganze Land langsam auf die Interessen der USA abgestellt wird. Der Imperialismus ist nicht nur daran interessiert, Paraguay wirtschaftlich auszubeuten, er will auch seine strategische Lage im "Südkegel" Lateinamerikas ausnutzen. Die Regierung Stroessner hat z. B. zu den reaktionären Umstürzen in Bolivien und Chile beigesteuert. Sie hat Truppen in die Dominikanische Republik entsandt, wo sie die Volksbewegung unterdrücken sollen. Der Imperialismus seinerseits hat dem Regime in Paraguay nicht nur Direkthilfe, sondern auch Dienste geleistet, wozu er die Militärjungen in den Nachbarländern benutzte. Ein Beispiel dafür ist die Entführung Antonio Maidanas und Emilio Roas im Jahre 1980 in Buenos Aires und ihre Auslieferung an Stroessner. Es ist vorgekommen, daß paraguayische Freiheitskämpfer auch in anderen Ländern entführt und später dem Geheimdienst Paraguays übergeben wurden.

Die Partnerschaft mit den USA kommt Paraguay teuer zu stehen. Nach Angaben zum Jahreswechsel beliefen sich seine Auslandsschulden auf 1,58 Md. Dollar, d. h. 442 Dollar je Landesbewohner. Eine Untersuchung der US-Botschaft in Asuncion hat ergeben, daß die Arbeitslosigkeit jetzt an 30% heranreicht.

Das Regime Stroessners macht den US-, namentlich den Ölkonzernen immer neue Zugeständnisse. Ein neues Zollgesetz öffnet den Multis Tür und Tor noch weiter als bisher. 25 Großgrundbesitzer und Industrielle, von denen die meisten Ausländer sind, besitzen ein Drittel des Landesgebiets. Wie die "Tribuna Popular" (Venezuela) schreibt, hat der US-Erdölkonzern Standard Oil z. B. 6 Mio ha angekauft und dort

einen eigenen Verwaltungsapparat und sogar eine eigene Polizei eingesetzt.

Das Volk sieht genau, daß es jetzt in Paraguay nur den Multis, den Großgrundbesitzern und Personen gut geht, die in Armee und Regierung hohe Posten bekleiden. Viele von ihnen haben bei illegalen Geschäften ihre Hand im Spiel. Bis zu 60% der Export- und Importgeschäfte werden über den Schmuggel abgewickelt, wodurch der Binnenmarkt empfindlich schrumpft und die Interessen der Werktätigen geschmälert werden. Der Diktator selbst gehört zu den größten Schmugglern. Er bezieht aus dem Rauschgifthandel monatlich bis zu 5 Mio Dollar, wovon er 3 Mio seinen Handlangern auszahlt.

Der anschwellende Volkszorn beunruhigt sowohl den US-Imperialismus als auch die rechtsstehenden Kreise der Landesbourgeoisie, die befürchten, die Situation könne sich ihrer Kontrolle entziehen. Bekannt ist, daß bereits geplant wird, an die Stelle Stroessners einen Zivilisten zu setzen. Man sagt, Stroessner könnte nach der BRD gehen, da er deutscher Abstammung ist. Aber auch unter einer neuen Zivilregierung möchten gewisse Leute die wahre Macht in den Händen der höchsten Militärs belassen. Das entspräche auch den Weisungen der CIA. Es geht also darum, "die Ära Stroessner ohne Stroessner" zu verlängern.

Die Kommunisten bemühen sich, dieses Manöver des Imperialismus und der internen Reaktion zu enthüllen, die Massen weiter zu mobilisieren und den Willen des Volkes zu unterstützen, eine breite, stabile Front gegen die Diktatur zu bilden.

Auf die Frage, was über Antonio Maidana, den Führer der PCP, bekannt ist, teilte mir Ananias mit, nach vorliegenden Angaben sei er am Leben und befinde sich im Chaco inmitten der undurchdringlichen Selva in einer Militärkasematte, die nur auf dem Luftweg zu erreichen ist. Vor kurzem hat die Politische Kommission des ZK der KP Paraguays getagt und beschlossen, die Kampagne für die Rettung Antonio Maidanas zu intensivieren.

Abschließend sagte Ananias: "Ich möchte der 'Neuen Zeit' ganz besonders für die Solidarität danken, die sie den Patrioten Paraguays und dem Kampf für die Befreiung der politischen Häftlinge stets erweist."

O. VALENTINOW

"NEUE ZEIT" 9.85

SHUKOW MARSCHALL

Prof. Nikolai JAKOWLEW

27 Tage Leningrads

Stalin, der Shukow zu sich beorderte, erläuterte ihm kurz, daß eine äußerst schwere Lage bei Leningrad entstanden war, und befahl ihm, dort den Oberbefehl zu übernehmen. Am 10. September 1941 flog Shukow nach Leningrad. Über die bleifarbenen Wasser des Ladogasees ging es im Tiefflug, wobei sich dem Transportflugzeug Li-2 zwei Messerschmitt-Maschinen angehängt hatten. Shukow verfolgte mit steinernem Gesicht die Manöver der feindlichen Jäger und sagte kein Wort.

Die ersten Beschlüsse des Kriegsrates der Front unter Georgi Shukow waren, Leningrad bis zum letzten Mann zu verteidigen. Nicht Leningrad fürchtet den Tod, sondern der Tod fürchtet Leningrad — das war die Losung des Augenblicks. Von Maßnahmen für den Fall des Eindringens des Feindes in die Stadt war keine Rede. Dazu durfte es nicht kommen.

Die Hitlerfaschisten, die dicht an Leningrad herangekommen waren, besaßen ausreichend Panzer. Es folgte ein Befehl Shukows: einen Teil der Fla-Geschütze aus den Stellungen abzuziehen und sie zum Einsatz in panzergefährdeten Richtungen bereitzustellen, vor allem im Raum Urizk--Pulkowoer Höhen, die Artilleriefuerleitung zu zentralisieren, einschließlich der großen Kaliber der Flotte, und diese auf dem gleichen Abschnitt zu konzentrieren.

Die Gespräche am 14. September mit Moskau über Direktverbindung:

"Shukow: Die Lage am Südausschnitt der Front ist viel komplizierter als der Generalstab meinte... Heute, gegen Tagesende, haben wir auf den Verbindungswegen des Gegners ein Artilleriefuersystem, einschließlich von Marine-

Flak- und anderer Artillerie, geschaffen. Wir konzentrieren Granatwerfer und, wie ich meine, gegen Morgen werden wir in den Hauptrichtungen dichtes Sperrfeuer zur Unterstützung der Infanterie sichern können, die wir gegen Tagesende an besagtem Abschnitt aufgestellt haben...

Schaposchnikow: Natürlich muß jetzt mit der Lage gerechnet werden, die sich am Abend des 13. September entwickelt hat. Ich meine, daß der von Ihnen gefaßte Beschluß, vor allem einen Artillerievorhang zu schaffen, der einzig richtige ist."

Shukow ordnete an, einen Teil der Matrosen aufs Festland zu holen und sie an der Front einzusetzen, befahl, überall eine tiefgestaffelte Verteidigung anzulegen und die gefährdeten Richtungen zu verminen, schließlich von der Karelschen Landenge einige Einheiten in den Raum von Urizk abzuziehen. Natürlich war das riskant — Hitler trieb den finnischen Oberbefehlshaber Mannerheim zu einer Offensive.

Leningrads Verteidiger

In diesen Septembertagen verlangte Shukow, anzugreifen und immer wieder anzugreifen! Das war die Strategie und Taktik der Kampfhandlungen bei Leningrad, war der Inhalt aller seiner Befehle. Sie sollte verhindern, daß der Gegner Stoßgruppierungen bildete. Und so mußte ständig angegriffen werden. Shukow stellte hohe Anforderungen, auch an seine Untergebenen. Unter jenen schweren Bedingungen, als Leningrad in Todesgefahr schwebte, fiel es ihm manchmal schwer, sich zu beherrschen...

In der Nacht zum 15. September, um 2.30, begann ein Gespräch Shukows mit dem Befehlshaber der 54. selbständigen Armee, Kulik, dessen Truppen auf Stalins Befehl Leningrad von Osten entsetzen sollten:

"Shukow: Ich möchte, daß bei uns alten Soldaten die Arbeit zur Säuberung des Geländes, auf dem wir einander die Hände schütteln können, schneller vorankommt... Ich möchte dich dringend bitten, die Offensive des Gegners nicht abzuwarten, sondern unverzüglich die Artillerievorbereitung zu organisieren und zum



Angriff in der Richtung Mga... überzugen. Wenn du morgen nicht angreifst, kann unsere Lage katastrophal sein."

Kulik erläuterte in seiner Antwort ausführlich, er könne nicht gleich angreifen, weil das "Zusammenwirken nicht durchgespielt sei. Ferner sei ihm mitgeteilt worden, daß "der Gegner um 23.00 Uhr bei Schlüsselburg zum Angriff übergegangen" sei.

"Shukow: Der Gegner ist nicht zum Angriff übergegangen, sondern hat eine Nachtgefechtsaufklärung durchgeführt! Jede Aufklärung oder kleinere Handlungen des Feindes werden von manchen leider für einen Angriff gehalten.

Ihr müßt verstehen, daß ich direkt aus den Werken dem angreifenden Gegner Menschen entgegenwerfen muß, ohne das Zusammenwirken im Gelände einzuüben. Habe verstanden, daß ich mit einem aktiven Manöver eurerseits nicht rechnen kann. Werde die Aufgabe selbst lösen... Meiner Meinung nach wäre Suworow an eurer Stelle anders verfahren. Entschuldigt bitte die Direktheit, doch mir ist nicht nach Diplomatie zumute. Alles Gute."

Hart gesagt? Ja!

Doch fügen wir zwei Auszüge aus Gesprächen über Direktverbindung mit Kulik hinzu. Diesmal aus Moskau.

16. September:

"Stalin, Schaposchnikow: Die Vorbereitung auf die Offensive nicht verzögern, sondern sie entschieden vorantreiben, um sich mit Shukow zu vereinigen. Shukow legte in seinem Gespräch mit Ihnen am 15. September die Lage an der Front dar, und deshalb darf Ihre Operation nicht verschoben werden."

20. September:

"Stalin: An diesen beiden Tagen, am 21. und am 22., muß eine Bresche in die Front des Gegners geschlagen werden, müßt ihr euch mit den Leningrädern vereinigen, sonst wird es zu spät sein. Ihr habt euch sehr verspätet. Die verlorene Zeit muß wieder aufgeholt werden. Andernfalls werden die Deutschen, wenn ihr noch einmal zu spät kommen werdet, jedes Dorf in eine Festung verwandeln, und ihr werdet euch überhaupt nie mit den Leningrädern vereinigen können."

Die Operationen der 54. selbständigen Armee blieben erfolglos. Am 29. September wurde die Armee der Leningrader Front unterstellt. Kulik wurde aberufen.

Die Leningrader Front hatte nun das eine Ziel — den Feind nicht in die Stadt zu lassen. Es würde kaum gelingen, den Gegner mit seinem Kräfteübergewicht zu schlagen, ihm den Zweikampf aufzuzwingen und ihn so zu zermürben, das war Shukows Absicht. Der brutalen Übermacht der Hitlerarmee, die Leningrad einnehmen wollte, setzte er ein kühnes, schnelles Manöver entgegen. Zögernde Komman-

deure wurden durch neue Befehlshaber abgelöst.

Der Oberbefehlshaber der Front hatte eine Stoßtruppe — bis zu 50 000 Mann — konzentriert und führte mit massiver Unterstützung der Front- und Flottenartillerie einen Schlag in die Flanke der Stoßgruppierung der Hitlerfaschisten, die gerade über die belagerte Stadt herfallen wollte. Die Hitlerfaschisten zogen überstürzt das motorisierte Korps bei Urick, das gegen Leningrad eingesetzt werden sollte, ab. In schwersten Kämpfen erlitten die Wehrmachtsdivisionen, die die Verteidigung Leningrads hatten durchbrechen sollen, größte Verluste.

Wie stets verlor Georgi Shukow bei einer konkreten Aufgabe die Gesamtlage

aus Hitlers Hauptquartier unter stärksten Druck gesetzt: Leningrad sollte endlich fallen. Er versprach dem Führer Erfolg, flehte ihn an, Hoths Panzerdivisionen noch für eine Woche, für einen Tag oder zwei dort zu belassen. Verzweifelt warf er sie gegen unsere Stellungen. Die Spannung erreichte den Höhepunkt, der Feind sah die Stadt greifbar nah vor sich, konnte sie aber nicht einnehmen. Überall gerieten die Wehrmachtspanzer unter stärksten Beschuß. Feldartillerie, Katjuschas und Granatwerfer donnerten, und als die 305-mm-Geschütze der Hauptkaliber der Flotte einen wahren Feuersturm entfesselten, flüchteten die Deutschen in Panik. Die russische Artillerie errang in dieser Schlacht neuen Kampfesruhm.



Georgi Shukow während der Schlacht von Moskau

an der sowjetisch-deutschen Front nicht aus den Augen. In Leningrad hatte Shukow die Nachricht von der Niederlage unserer Armeen in der Ukraine erhalten. Er hatte vorhergesehen, daß Hitler in seinem Größenwahn sowohl Guderians Panzergruppe als auch die Korps der Panzergruppe Hoth wieder gegen Moskau werfen würde. Der Barbarossa-Plan erwies sich als unrealisierbar, doch stünde eine deutsche Offensive auf Moskau bevor, müßte sie vor Winteranbruch abrollen. Folglich würden Hoths Panzer abziehen, unbedingt von Leningrad zurückgezogen werden. Solange aber wollte das Kommando der Heeresgruppe Nord diese Panzer voll einsetzen, um Hitlers Befehl zur Einnahme Leningrads auszuführen.

Strategisch sauber gedacht! Gerade in diesen Wochen wurde der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord,

Von Leeb hielt sein Versprechen nicht, und schon bald wurde er wegen des Scheiterns der Operation abgesetzt. Doch bereits früher, am 22. und 23. September, rollte die vor der Nawa-Stadt abgekämpfte Panzergruppe Hoth von Leningrad nach Süden. Sie sollte Moskau nehmen. Als Shukow gemeldet wurde "Die Deutschen graben sich ein", verlangte er, nicht zuzulassen, daß sich der Feind eingrub, sondern ihn selbst zu begraben.

In einem Befehl an die Truppen der Leningrader Front zollte Georgi Shukow deren Standhaftigkeit Tribut. Er nannte einige besonders herausragende Episoden und schloß so:

"Das zeugt davon, daß sich in den Verbänden die erforderliche Wende vollzieht, daß sie Siegeszuversicht erlangen und nun danach streben, den Feind mit allen vorhandenen Mitteln zu schlagen."

Shukow hatte diese überaus schwere Aufgabe bewältigt. Die Front bei Leningrad stabilisierte sich.

Die epochale Verteidigung Leningrads, die 900 Tage Blockade begannen. Doch Leningrad hielt stand.

Die Führung durch die Kommunistische Partei war der Quell der Standhaftigkeit, die die Leningrader in der schwersten Zeit der Blockade demonstrierten. "Die organisatorische Arbeit der Leningrader Kommunisten", schrieb der Sekretär des Leningrader Stadtkomitees der Partei, Alexej Kusnezow, "vereinte alle Werktätigen der Stadt und mobilisierte ihre Anstrengungen für ein gemeinsames Ziel — die Verteidigung der Stadt. Nie zuvor war die führende, die organisatorische Rolle der Kommunisten so deutlich und umfassend zutage getreten wie in dieser Zeit."

Am 5. Oktober rief Stalin bei Shukow an.

"Ich habe nur eine Frage an Sie: Können Sie nicht ein Flugzeug besteigen und nach Moskau kommen? Die Lage am linken Flügel der Reservefront im Raum Juchnow hat sich kompliziert, und das Hauptquartier möchte sich mit Ihnen über die notwendigen Maßnahmen beraten."

Am 7. Oktober war Georgi Shukow bei Stalin.

Vor Moskau

Sie begrüßten sich, als hätten sie sich gerade erst verabschiedet. Stalin führte Shukow an einen Tisch, auf dem eine Karte der Westfront lag. Er wies auf deren Südflügel: Raum Juchnow—Malojaroslawez. Mit heiserer Stimme — Stalin hatte Grippe — redete er fast pausenlos:

"Schauen Sie, hier ist eine äußerst schwere Lage entstanden. Ich kann von der Westfront keine ausführliche Meldung über die wirkliche Sachlage erhalten. Wir können keinen Entschluß treffen, ohne zu wissen, wo und in welcher Gruppierung der Gegner angreift und in welchem Zustand sich unsere Truppen befinden. Fahren Sie unverzüglich zum Stab der Westfront, untersuchen Sie genau die Lage und rufen Sie mich zu jeder Zeit von dort an. Ich werde auf Ihren Anruf warten."

Shukow ließ sich nach dem Lagestudium im Generalstab in der gleichen Nacht zum Stab der Westfront fahren, wo er spät nachts eintraf. Dort hatte man bereits die Anweisung des Hauptquartiers vom 6. Oktober 19.30 Uhr an die Oberbefehlshaber der Reservefront und der Westfront erhalten:

"... In das Operationsgebiet der Reservefront wurde Armeegeneral Genosse Shukow als Vertreter des Oberkommandos entsandt. Das Oberkommando bittet, Genossen Shukow mit der Lage vertraut

zu machen. Alle künftigen Entscheidungen von Genossen Shukow bezüglich des Einsatzes der Truppen der Fronten und zu Fragen der Führung sind unbedingt auszuführen."

Die Generale Iwan Konew, Wassili Sokolowski und German Malandin legten die Lage dar und informierten den Vertreter des Hauptquartiers.

In der Moskauer Richtung war eine Katastrophe eingetreten. Hier hielten Ende September drei unserer Fronten die Verteidigung — die Westfront unter Iwan Konew, die Reservefront unter Semjon Budjonny und die Brjansker Front unter Andrej Jerjomenko. Insgesamt zählten die Truppen der Fronten 1 250 000 Mann, 990 Panzer, 7600 Geschütze und Granatwerfer, 677 Flugzeuge. Eben gegen sie wurde der "Taifun" entfesselt — so der Deckname der gigantischen Wehrmachtoperation zur Einnahme Moskaus.

In der Moskauer Richtung hatte der Feind 77 Divisionen mit bis zu 1 800 000 Mann, 1700 Panzer und Sturmgeschütze, 14 000 Geschütze und Granatwerfer, 1390 Flugzeuge konzentriert. In Hitlers Befehl an die Truppen hieß es, es seien nun endlich die Voraussetzungen für den letzten gewaltigen Schlag geschaffen, der noch vor Winteranbruch zur Vernichtung des Feindes führen müsse. Hitlers Geheimanweisung an die Heeresgruppe Mitte sah die Einkreisung Moskaus vor: "Wer die Stadt gegen unsere Linien verlassen will, ist durch Feuer zurückzuweisen." Geplant war die systematische Vernichtung aller Moskauer.

Am 30. September gerieten die Truppen der Brjansker Front, von denen ein Teil eingekreist war, unter schwersten Beschuß. In den Stäben der West- und der Reservefront wurden nicht die erforderlichen Schlüsse gezogen. Über ihre Truppen gingen am 2. Oktober starke Schläge aus dem Norden und dem Süden nieder. Panzerkolonnen und motorisierte Einheiten des Feindes vereinigten sich im Raum Wjasma, nachdem sie einen Großteil der Truppen dieser Fronten westlich der Stadt eingekesselt hatten.

Shukow dachte nach — der Feind war natürlich kräftemäßig unseren drei Fronten überlegen. Später stellte sich heraus, daß diese Überlegenheit bei den Truppen 1,4mal, den Panzern 1,7mal, der Artillerie 1,8mal und bei den Flugzeugen doppelt so groß war. Doch wir verteidigten uns ja! Warum wurden die Absichten des Feindes nicht rechtzeitig aufgedeckt, warum wurden unsere Kräfte nicht in den Hauptstoßrichtungen konzentriert? Der Feind war zum dritten Mal mit der gleichen Methode erfolgreich: Die Deutschen, die vom Westen her angriffen,

nahmen zuerst Minsk in die Zange, dann Smolensk, und nun war Wjasma an der Reihe. Ein Routinemanöver: Der Feind schuf einen weiteren Kessel, wobei er seine mobilen Einheiten nach Norden und Süden aufteilte, und führte dann erneut eine Einkesselungsoperation durch. Shukow machte das schwer zu schaffen.

Am 8. Oktober um 2.30 Uhr meldete er Stalin: Die Hauptgefahr bestehe darin, daß die Moshaisker Linie schwach gedeckt sei. Die Panzer des Gegners können plötzlich nach Moskau vorstoßen. Es sei erforderlich, die Truppen schneller in dieser Richtung zusammenzuziehen.

Am Abend des 9. Oktober schlug Stalin vor, die Westfront und die Reservefront zu vereinen und sie Shukow zu unterstellen. "Wir alle", schrieb Alexander Wassilewski, "darunter auch der Oberbefehlshaber der Westfront, Generalleutnant Iwan Konew, stimmten Stalins Vorschlag zu, Armeegeneral Georgi Shukow zum Oberbefehlshaber der vereinten Front zu ernennen."

So wurde Georgi Shukow am 10. Oktober Oberbefehlshaber der Westfront. Auf den Tag genau ein Monat war vergangen, seit er den entsprechenden Posten in Leningrad übernommen hatte. Später schrieb Shukow: "... Auf diese Weise wurde schließlich eine neue Westfront geschaffen, der man die bedeutsame Mission übertrug, Moskau zu verteidigen."

Shukows erster Gedanke war es, sich mit Waffengefährten in Verbindung zu setzen, die hinter Wjasma eingekreist kämpften. Bereits am 10. Oktober gingen an die Befehlshaber der eingekesselten Armeen Funksprüche ab: Wo wollten sie sich durchschlagen? Man wollte sie durch Flieger unterstützen.

Am 11. Oktober um 21.15 Uhr traf von den Generalen Iwan Boldin und Michail Lukin, die einen Teil der eingekreisten Truppen befehligten, ein Funkspruch an Stalin und den Oberbefehlshaber der Westfront, Konew, ein (sie wußten nicht, daß Shukow bereits die Front übernommen hatte):

"Die Einkreisung ist geschlossen. Alle unsere Versuche, mit Jerschakow und Rakutin in Verbindung zu treten, sind erfolglos, wo und was sie unternehmen, wissen wir nicht. Die Munition geht aus. Treibstoff ist nicht mehr da."

Das war ganz bestimmt nicht die Antwort auf die Anfrage des Stabs der Front.

In gut 24 Stunden studierte Shukow die Lage, und am 12. Oktober um 9.15 Uhr geht sein Funkspruch an Lukin, Jerschakow, Boldin und Rakutin:

"Gegen Jerschakow operiert die 252. Infanteriedivision. Die Division bat das

deutsche Oberkommando am 11. Oktober d. J. in offenem Text um Hilfe, da sie dem Druck Jerschakows nicht standhält. Offenbar ist vor Jerschakow die schwächste Stelle an der Front des Gegners. Angesichts der Schwäche des Gegners gegenüber Jerschakow studiert unverzüglich gründlicher die Lage vor eurer Front. Werdet ihr erfolgreich und schnell auf eurem Abschnitt durchbrechen können? Wäre es nicht besser für euch, wenn ihr in eurem Abschnitt einen Durchbruch vor-täuschen würdet, um gedeckt eine Panzer- und eine Artilleriegruppe zu konzentrieren und Jerschakow zu helfen, mit einem machtvollen Schlag den Gegner zu zerschmettern und alle Armeen hinter Jerschakow in Richtung Station Ugrjumo-wo nach Borowsk zu führen, wobei ihr gegen den Gegner starke Sperren errichten solltet, hinter die dann die Armee zurückgehen würde. Den gefaßten Beschluß bis zum 12. Oktober d. J. melden.

Der Kriegsrat erinnert euch daran, daß ihr die Nichterfüllung des Befehls sowie eure Handlungen melden müßt. Eure weitere Verzögerung kann die Armeen vernichten. Beschleunigt den Durchbruch aus der Einkesselung."

Man muß sich an die Lage an der Westfront erinnern, um den ruhigen, kameradschaftlichen Ton der Anweisungen richtig einschätzen zu können. Leider war es bereits spät, die Verbindung war abgebrochen. Die Stäbe der eingekreisten Truppen hatten die Führung verloren. Ein organisierter Durchbruch sollte nicht zustande kommen. Nur einzelne Einheiten und eine Vielzahl kleiner Gruppen kämpften sich zu den Ihren durch.

Die eingekesselten Truppen kämpften bis zum letzten. Zehntausende Soldaten und Offiziere erfüllten ihre militärische Pflicht in Ehren. 28 Divisionen des Feindes wurden hier weitere neun bis zehn Tage gebunden. "Die blutigen Opfer der eingekesselten Truppen waren nicht vergebens", sagte Shukow. Sie erlaubten, Zeit zu gewinnen, um die Verteidigungslinie Moshaisk einzunehmen.

Moskau bereitete sich darauf vor, den Feind zurückzuschlagen. Hinter der Moshaisker Linie wurde auf Beschluß des Kriegsrates der Westfront die Hauptverteidigungslinie Nowo-Sawidowski-Klin-Istra mit Stausee-Krasnaja Pachra-Serpuchow-Alexin errichtet. Eine weitere Linie verlief unmittelbar durch die Randgebiete der Stadt. Die Parteiorganisation Moskaus leitete die gigantischen Arbeiten. Der Sekretär des Moskauer Komitees der KPdSU, Boris Tschernousow, konstatierte: "Die Selbstlosigkeit der Moskauer beim Bau der Verteidigungslinien hatte fürwahr Massencharakter. In der Kälte, nicht selten unter Feuer des

Gegners, zogen 600 000 Einwohner von Stadt und Gebiet Moskau, darunter zu drei Viertel Frauen, 700 km Panzergräben, errichteten 3800 ständige Feuerpunkte und Erd-Holz-Feuerpunkte."

Unsere Truppen, die unter dem Druck des Feindes zurückwichen, fanden ausgebaute Stellungen vor, was ihre Widerstandskraft vervielfachte. Aus Stadt und Gebiet strömten immer neue Kämpfer, vor allem Kommunisten, in die Armee. Aus der Moskauer Parteiorganisa-

der Moskauer Garnison, Generalleutnant P. Artemjew, beauftragt werden. In einer Botschaft des Kriegsrates der Front an die Verteidiger der Hauptstadt hieß es: "In der schweren Stunde der Gefahr für unseren Staat gehört das Leben jedes Soldaten dem Vaterland... Wachsamkeit, eiserne Disziplin, Organisation, entschlossenes Handeln, Willensstärke, Siegesgewißheit und die Bereitschaft zur Selbstaufopferung sind heute so nötig wie nie zuvor."



Die Gegenoffensive hat begonnen!

tion mit ihren 330 000 Kommunisten gingen in den ersten sechs Kriegsmonaten 114 000 Parteimitglieder an die Front. 15 000 Moskauer wurden ins feindliche Hinterland geschickt. An den Bahnlinien, die nach Westen führten, wurden Anschläge, die den Verkehr lähmten, verübt.

Nicht wenige Moskauer gaben ihr Leben im selbstlosen Kampf hinter der Frontlinie. "Wir trauern um unsere gefallenen Helden", schrieb Boris Tschernousow. "Die Faschisten richteten acht Komsomolzen des Werkes 'Serp i Molot' und anderer Moskauer Betriebe hin. Zur Abschreckung der Bevölkerung wurden sie auf dem Hauptplatz von Wolokolamsk aufgehängt. In ebendiesen Tagen vollbrachte auch Soja Kosmodemjanskaja ihre unsterbliche Heldentat."

Am 20. Oktober verhängte das Staatliche Verteidigungskomitee über Moskau den Belagerungszustand. Es wurde bekanntgegeben, daß mit der Verteidigung der Linien 100 bis 120 km westlich von Moskau der Oberbefehlshaber der Westfront, General Georgi Shukow, und unmittelbar vor der Hauptstadt der Chef

Durch ihre entschiedene Verteidigung erschöpften die Truppen unter Shukows Befehl die Heeresgruppe Mitte.

Hinter uns liegt Moskau

"Und diese Menschen, ohne Gewissen und Ehre, Menschen mit der Moral von Tieren, haben die Unverfrorenheit, die Vernichtung des großen russischen Volkes, des Volkes von Plechanow und Lenin, Belinski und Tschernyschewski, Puschkin und Tolstoi, Glinka und Tschaikowski, Gorki und Tschechow, Setschenow und Pawlow, Repin und Surikow, Suworow und Kutusow zu fordern!" tönten Stalins Worte über die hitlerfaschistischen Eindringlinge auf der Festsitzung am 6. November anläßlich des Jahrestages des Großen Oktober.

Am Morgen des nächsten Tages hatten sich die Truppen auf dem Roten Platz zur Parade formiert. Alle, die mit der Durchführung der Parade beauftragt waren, machten sich Sorgen — feindliche Flugplätze befanden sich bereits unweit der Hauptstadt. Um acht Uhr stieg Stalin mit einer Gruppe von Regierungsmitgliedern und Leitern der Moskauer Parteiorganisation auf die Tribüne des Mausole-

leums. Der Himmel war wolkenverhangen, Schnee fiel. "Stalin war", wie Boris Tschernoussow schrieb, "guter Stimmung, er ging auf und ab, kam zu uns und sagte, auf den Himmel zeigend:

"Die Bolschewiki haben Glück."

Viele der Einheiten, die an jenem Tag vor dem Mausoleum vorbeimarschierten, gingen direkt an die Front. Stalin "gab ihnen folgende Worte mit auf den Weg:

"Mögen euch in diesem Krieg die mutigen Gestalten unserer großen Vorfahren — Alexander Newski, Dmitri Donskoi, Kusma Minin, Dmitri Posharski, Alexander Suworow und Michail Kutusow — inspirieren! Möge das siegreiche Banner des großen Lenin mit euch sein!"

Die Feier des 24. Jahrestages des Großen Oktober in Moskau gab den Verteidigern der Hauptstadt neue Kräfte.

Shukow, ein entschiedener Realist, verlangte selbst in diesen bewegenden Tagen voll kämpferischen Aufschwungs größte Vorsicht. Der Feind war noch stark.

Shukow rechnete mit erneuten Angriffen. Er meinte, daß die Deutschen, treu ihrer Schablone, auf den Flügeln mit Panzer- und mobilen Verbänden angreifen würden, um Moskau einzuschließen. Der Feind wollte den Ring irgendwo im Raum Noginsk und Orechowo-Sujewo schließen. Also galt der Stärkung der Flügel besondere Aufmerksamkeit!

Am 15. November gingen die Truppen der Heeresgruppe Mitte zu einer neuen Offensive gegen Moskau über. 51 Divisionen, darunter 13 Panzer- und 7 motorisierte. Der stärkste Schlag wurde nördlich der Hauptstadt geführt. Am Wolga-Stausee durchbrachen 300 Panzer unsere Verteidigung. Das war an einem Abschnitt der Kalininer Front. Das Hauptquartier vereinigte in der Nacht zum 18. November den Abschnitt dieser Armee mit der Westfront. Die Logik war klar: Da man versuchen würde, die Front nördlich zu umgehen, sollte die Front eben das verhindern.

In den kommenden zwei Wochen stürmte der Feind in dieser Richtung an, doch erfolglos.

Auf dem Südflügel der Westfront wurden die wütenden Attacken Guderians systematisch abgeschlagen. Georgi Shukow und der Stab der Front hatten alles genau berechnet und zeigten unerhörte Standfestigkeit. Die Abwehr der Schläge des Feindes erfolgte nur durch die Kräfte der Westfront. Wie? Die deutschen Stäbe, die von dem Gedanken, Moskau einzuschließen, wie besessen waren, verzeichneten sich gründlich. Während die Flügelgruppierungen verbluteten, brachten die Deutschen im Mittelabschnitt der Front eine frontale Offensive nicht zustande, obgleich sie dafür genug Kräfte hatten. "Das ermöglichte uns, die Reserven, einschließlich der Divisionsreserven,

von den passiven Abschnitten, vom Zentrum, abzuziehen, sie an die Flügel zu werfen und gegen die Stoßgruppierungen des Feindes einzusetzen", wird Shukow später lakonisch schreiben.

Wenig Worte! Es war ein kalkuliertes Risiko — Truppen wurden von den westlichen Vorposten abgezogen. Der unmittelbare Schutz der Hauptstadt wurde schwächer. Den verbliebenen Einheiten wurde strengstens befohlen, wachsam zu sein — und das mit gutem Grund.

Im Morgengrauen des 1. Dezember beschloß der Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte, von Bock, aus Verzweiflung darüber, daß der Plan einer Einschließung Moskaus gescheitert war, sein Glück im Mittelabschnitt der Front zu versuchen. Offenbar hatte das Oberkommando der Wehrmacht endlich begriffen, daß es einen Fehler machte — alle sechs Korps dort waren untätig. Von Bock warf sie in den Kampf. Die deutschen Panzer und die Infanterie durchbrachen plötzlich unsere schwache vordere Linie und rückten auf Kubinka vor. Und da zeigte sich, wie berechtigt Shukows Warnungen gewesen waren: Die Truppen waren wachsam, dem Feind gelang es nicht, die gesamte Tiefe der Verteidigung schnell zu überwinden, und seine Panzer explodierten auf Minenfeldern. Die Hitlerfaschisten wollten nach Golizyno vorstoßen, doch wurden sie mit dichtem Artilleriefeuer empfangen. Da trafen die Reserven der Front ein, und bis zum 4. Dezember waren die Deutschen gestoppt.

Der Kriegsrat der Westfront verfolgte sehr aufmerksam den Verlauf der Schlacht. Viele Meldungen führten Shukow zu dem Schluß, der Feind sei wieder erschöpft, habe seine Durchschlagskraft verloren und seine Divisionen seien gestoppt. Selbst einen Tag in dieser Lage nicht zu nutzen, wäre verbrecherisch gewesen. Der Gegner würde sich, zum Stehen gebracht, unweigerlich eingraben, mit Stacheldraht umgeben und Minenfelder anlegen — und all das unmittelbar vor Moskau! Die Deutschen aus den befestigten Abschnitten zu vertreiben, würde viel Kraft und große Verluste kosten.

Am 30. November legte der Kriegsrat der Front dem Generalstab den Plan für die Offensivoperation der Westfront vor. Shukow bat den stellvertretenden Generalstabschef General Alexander Wassilewski, den Plan sofort Stalin vorzulegen, damit das Hauptquartier die Durchführung der Operation anordne. Man dürfe nicht zögern, warnte Shukow, sonst könne man sich mit der Vorbereitung der Gegenoffensive verspäten.

In einer Erläuterung zu dem Plan hieß es:

"Die nächste Aufgabe ist: Mit einem Schlag gegen Klin, Solnetschnogorsk und

in Richtung Istra die Hauptgruppierung des Gegners auf dem rechten Flügel und mit einem Schlag gegen Uslowaja und Bogorodizk, gegen den Flügel und das Hinterland der Gruppe Guderian, den Gegner auf dem linken Flügel der Armeen der Westfront zu zerschlagen."

Stalin bestätigte den Plan. Doch das Hauptquartier ordnete einen größeren Umfang der bevorstehenden Gegenoffensive an — an ihr sollten auch Truppen der Kalininer Front und des rechten Flügels der Südwestfront teilnehmen.

Fiasko des "Taifun"

Der 6. Dezember hatte begonnen! Die Truppen der Westfront stürzten sich über die Zange der Wehrmachtstruppen, ihre Stoßgruppierungen nördlich und südlich der Hauptstadt. Die Offensive der sowjetischen Truppen erfolgte auf einer Breite von 1000 km (von Kalinin bis Jelez). Wir besaßen damals keine allgemeine kräftemäßige Überlegenheit gegenüber dem Feind. Der Ausgang der Offensive hing vor allem vom Mut und Können der sowjetischen Soldaten und der Kriegskunst der Kommandeure aller Ränge ab.

In den ersten drei Tagen der Offensive kamen unsere Truppen 30 bis 40 km voran. Shukow meinte, das Tempo reiche nicht, man brauche den Hitlerfaschisten nur eine Atempause zu geben, dann würden sie die Front festigen, der Widerstand des Feindes werde dann viel schwerer zu brechen sein. Am 9. Dezember erhielten die Stäbe aller Armeen der Westfront folgende Anweisung:

"Die Erfahrungen bei der Offensive und der Verfolgung des Gegners zeigen, daß einige unserer Einheiten nicht richtig kämpfen und, statt durch Umgehen der Nachhut des Gegners zügig vorzurücken, einen frontalen, langwierigen Kampf mit ihm führen.

Ich befehle:

1. Kategorisch zu verbieten, frontale Kämpfe mit Deckungstruppen des Gegners zu führen, zu verbieten, frontale Kämpfe gegen befestigte Stellungen zu führen, gegenüber der Nachhut kleine Deckungseinheiten zurückzulassen und sie zügig zu umgehen, wobei man so weit wie möglich auf den Rückzugswegen des Gegners vorstoßen sollte.

2. Den Gegner Tag und Nacht zu verfolgen. Bei Übermüdung der Einheiten Verfolgungstrupps aufzustellen.

3. Die Operationen unserer Truppen mit Panzerabwehr, Aufklärung und ständigem Schutz sicherzustellen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Gegner beim Rückzug nach einer Möglichkeit zum Gegenangriff suchen wird. Shukow."

Das aber bedeutete, im Schnee fast zu versinken, bei stärksten Frösten unter freiem Himmel zu übernachten, die Erd-

Holz-Feuerpunkte des Feindes ohne Artillerieunterstützung zu stürmen. Die Geschütze blieben dabei häufig stecken... Das wichtigste sei, wie Shukow verlangte, dem Feind keine Ruhepause zu geben.

Der Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU(B), Boris Tschernoussow, der die Partisanenbewegung in den von Deutschen besetzten Rayons des Moskauer Gebiets leitete, stimmte mit Shukow die Kampfoperationen der Partisanen im Gebiet Moskau ab. In jenem historischen Dezember demonstrierten die sowjetischen Luftstreitkräfte an der Westfront ihre Überlegenheit. Shukow versuchte, mit allen Mitteln dem Feind die Mobilität zu nehmen. Und das gelang ihm weitgehend.

Am 13. Dezember lief die Nachricht von der Zerschlagung der Flügelgruppierungen des Feindes bei Moskau durch die ganze Sowjetunion, ja die ganze Welt. Über 400 Ortschaften wurden befreit, die Deutschen mußten große Verluste an Menschen und Material hinnehmen. Doch vor allem — die Offensive ging weiter!

Am 9. Januar erinnerte der Kriegsrat der Front die Befehlshaber der 43., der 49. und der 50. Armee:

"Trotz des Verbots kommt es immer noch (besonders in der 49. Armee) zu Frontalangriffen gegen vom Gegner befestigte Ortschaften. Ich verlange, die Frontalangriffe zu beenden und vor allem Umgehungs- und Umfassungsmanöver vorzunehmen. Die vom Gegner befestigten Gebäude sind anzuzünden, die Deutschen ins Feld zu jagen und durch umfassende Schläge vor allem der Skitrupps zu vernichten."

Unter schweren Kämpfen gelang es, bis zum 20. Januar Rusa und Moshaisk zu befreien.

Shukow trieb die Truppen zum Vormarsch nach Westen an.

Hier einige Befehle des Oberbefehlshabers der Front:

15. Januar:

"Ich mache die Kommandeure auf die Notwendigkeit aufmerksam, die zurückweichenden Einheiten des Gegners zügig zu verfolgen, mit Skitrupps ins Hinterland einzudringen und nicht zuzulassen, daß die Technik abgezogen wird und der Gegner in Ortschaften haltmacht."

20. Januar:

"Ich befehle, die Verfolgung zügig durchzuführen, indem in den Hauptrichtungen starke Stoßgruppierungen geschaffen werden und diese parallel zu den zurückweichenden Hauptkräften des Gegners vorrücken. Die Verfolgung auf breiter Front bei gleichmäßiger Verteilung der Kräfte, die nur zu einer

Vertreibung des Gegners führt, verbiete ich hiermit kategorisch."

Shukows Anweisungen wurden im allgemeinen befolgt. Die geschickten Operationen unserer Truppen machten den Hitlerfaschisten nicht selten sehr zu schaffen.

Am 1. Februar 1942 schuf das Hauptquartier, um ein engeres Zusammenwirken der Westfront und der Kalininer Front zu organisieren, wieder den Posten eines Oberbefehlshabers der Truppen der Westrichtung und ernannte Armeegeneral Georgi Shukow zum Oberbefehlshaber, wobei er weiter die Westfront befehligte.

Ende Februar/Anfang März bekamen die Fronten der Westrichtung Verstärkung, doch, wie Shukow bemerkte, "zu spät". Unsere Angriffe hatten sich am ausgebauten Verteidigungssystem des Feindes festgelaufen. Shukow sah, daß irgendein bedeutender Geländegewinn einstweilen nicht erreichbar war. Doch es war nicht seine Art, untätig zu sein und den Hitlerfaschisten eine Atempause zu gönnen.

Am 27. März 1942 erhielt das Oberkommando aller Armeen der Westfront eine deutliche Anweisung Shukows:

"Ich befehle: unverzüglich kleine, mit automatischen Waffen gut ausgerüstete Trupps aus ausgewählten, kühnen und initiativreichen Kämpfern zu bilden. Diesen Trupps die Aufgabe zu stellen, auf die Nachschubwege des Gegners vorzudringen, Ortschaften anzugreifen, wo sich der Troß, Arsenal und andere rückwärtige Einrichtungen des Gegners befinden. Die Operationen der Trupps müssen schnell, kühn und entschlossen sein. Die Mannschaften müssen ihre Waffen ausgezeichnet beherrschen und in der Lage sein, im Hinterland des Feindes, getrennt von ihren Einheiten, einige Tage lang zu operieren."

Am 20. April befahl das Hauptquartier, zur Verteidigung überzugehen. Die Ziele der Offensive waren nicht vollständig erreicht worden, doch die Ergebnisse waren ermutigend. In der Westrichtung rückten unsere Truppen bei der Gegenoffensive und der Gesamtoffensive im Dezember 1941 und vom Januar bis April 1942 um 100 bis 350 km vor. Die Heeresgruppe Mitte wurde dabei tief von beiden Seiten umfaßt, was es ermöglichte, die Offensive Richtung Westen später von für uns vorteilhaften Stellungen aus wiederaufzunehmen. In ihrem Hinterland entstanden ausgedehnte Partisanenregionen.

Shukow, verantwortlich für die gesamte Westrichtung, war natürlich stolz darauf, daß Hitlerdeutschland bei Moskau seine bislang größte Niederlage erlitten hatte

und an der ganzen sowjetisch-deutschen Front zur Verteidigung übergegangen war. Und wie sah es rein militärisch gesehen aus? Was der Heerführer Georgi Shukow dachte, dürfte ein Befehl zeigen, den er am 4. April 1942 gegen Ende der großen Schlacht gab, in der wir einen historischen Sieg errangen. Gerichtet an den "Befehlshaber der Kalininer Front, an alle Befehlshaber der Armeen der Westrichtung", war der Befehl streng und realistisch:

"Auf der Grundlage einer Überprüfung des Verlaufs der Kampfhandlungen der 43. Armee" wurden Verstöße gegen die Hauptforderungen in einem allgemeinen Gefecht konstatiert. Die Aufmerksamkeit wurde auf das fehlende Zusammenwirken zwischen Artillerie, Infanterie und Panzern gelenkt. Auf Mängel beim Einsatz der Waffen der Infanterie, besonders der MGs, wurde verwiesen. Es wurde betont, daß die Nachtzeit nicht genutzt worden war, um in die Verteidigung des Gegners einzudringen. Die Beobachtung des Kampfverlaufes war eher zufällig, und deshalb wußten die Kommandeure der Einheiten nicht immer, wo unsere Truppen und wo der Gegner nun genau standen.

"Ich befehle: In allen Armeen die Überprüfung und Organisation des Kampfes zu verbessern, und, wenn die erwähnten Mängel entdeckt werden, Maßnahmen zu deren Beseitigung zu ergreifen. Die Erfüllung ist bis zum 15. April 1942 zu melden."

Siegestrunken zu sein und, wie sich Georgi Shukow ausdrückte, "Unzulänglichkeiten" nicht zu sehen — das kann tödlich im Zweikampf mit der stärksten Kriegsmaschine der kapitalistischen Welt sein. Shukow wies die gängige Vorstellung zurück, daß die Sieger über dem Urteil der Geschichte stehen. Für solche Behauptungen ist im harten Kriegshandwerk kein Platz. Shukow sagte die Wahrheit, und die Truppen, alle, die es wissen mußten, schätzten das hoch.

In der Schlacht bei Moskau wurde der Führungsstil Georgi Shukows deutlich. Er vereinte in sich Weitsichtigkeit und Weisheit mit Härte, unbeugsame Zielstrebigkeit mit Flexibilität, die Fähigkeit, Zweitrangiges zu opfern, um das Hauptziel zu erreichen, Härte und nochmals Härte um des Sieges willen mit Kameradschaftlichkeit und Gerechtigkeit.

In der Schlacht bei Moskau hatten die Hitlerfaschisten über eine halbe Million Mann, 1300 Panzer, 2500 Geschütze, sehr viel andere Kampf- und Transporttechnik verloren. Die Kriegsmaschine der Hitlerfaschisten war bis auf den Grund erschüttert. Der Sieg bei Moskau ließ die ganze Welt hoffen.

(Fortsetzung folgt)

Der Materialismus, den die Kommunisten verkünden, läßt zu wenig Platz für die Sorge um die menschliche Seele. Ist es ja gerade die Seele, die den Menschen in dieser Welt der Geldgier, der Feindseligkeit und des Neides erhebt. Atheismus, Gottlosigkeit machen meiner Meinung nach das geistige Leben ärmer und führen zu Zynismus.

James GARDINER

Regina, Kanada



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Wladimir
RUBZOW

Ihr Brief, Mr. Gardiner, besticht durch seine Aufrichtigkeit in der Ablehnung von Geldgier, Feindseligkeit und Neid. In der Welt gibt es fürwahr genug Haß, da haben Sie recht. Zugleich kann man Ihnen so vorsichtig formulierten Vorwurf an die Materialisten so deuten, als würden Sie ihnen guten Willen, Selbstlosigkeit und andere hohe moralische Qualitäten ganz absprechen. Und das tut weh.

Doch wir haben viel mehr gemein als Ihnen scheint. Die Kommunisten sind Materialisten im philosophischen Sinne, nicht aber im Alltag. Man braucht nicht an Gott zu glauben und braucht doch zugleich die christlichen Gebote nicht zu verletzen. Andererseits kann man das ganze Leben lang auf Gott bauen, doch ein alles andere als gottgefälliges Leben führen. Manche greifen auch von Zeit zu Zeit zum Glauben wie zu einem Rettungsring. Ein ganz in dieser Welt stehender Amerikaner, der in den Grand Canyon gestürzt war, sich aber noch an einem Strauch festhielt und so über dem Abgrund hing, soll gefleht haben: "Herr Gott, wenn es dich gibt, so hilf!" "Glaubst du, mein Sohn?" ertönte eine Stimme von oben. "Ich glaube..." "Dann lasse den Strauch fahren." Doch der so zum Glauben Bekehrte hatte es damit gar nicht eilig.

Die einen finden zum Glauben, nachdem sie in irdischen Gütern geschwelgt haben. So dachte Vater Sossima in Dostojewskis "Die Brüder Karamasow" erst dann an seine Seele, als der sündige Leib schon ganz ausgezehrt war. Goethes Faust aber verachtete anfangs das hek-

tische Treiben, doch in reiferen Jahren wollte er mit allen Mitteln erfahren, was die Welt im innersten zusammenhält — und dabei verband er sich sogar mit dem Bösen. Der große idealistische Philosoph Hegel, der vor der Nichtigkeit des Lebens flüchtete, sah die Verkörperung seines Ideals in der Monarchie. Zur gleichen Zeit ließen sich die meisten materialistischen Philosophen, die das Göttliche negierten, nicht dazu herab, materiellen Gütern nachzujagen, und verwarfen Geldgier, Neid und anderes.

In unserer Umgebung passieren bisweilen erstaunliche Dinge. Menschen, die von sich sagen, sie glaubten an ein Leben nach dem Tode, vertrauen manchmal dem Diesseits so wenig, daß sie bereit sind, es auszulöschen. US-Außenminister John Foster Dulles verband einst raffiniert seine Profite mit Gebeten, führte den "Kreuzzug" gegen die gottlosen Kommunisten an und predigte bei jeder Gelegenheit sein "Besser tot als rot". Etwas eher hatte der frömmelnde Präsident Harry Truman den Atombombenabwurf auf japanische Städte abgesegnet, und seine Nachfolger wollen jetzt offenbar das Wohlwollen des Herrgotts für "Sternenkriege" gewinnen. Sie meinen, es sei kinderleicht, Gott zu betrügen: Man brauche nur die Laserstrahlen als defensiv hinzustellen, damit sie gottgefällig werden. Als Atheist hat man es schwer, diese Logik zu begreifen: Muß man etwa erst die Hölle auf Erden schaffen, damit die Seelen der Gläubigen massenweise ins Jenseits wandern?

Ich habe den Eindruck, daß heute jeder Gläubige oder Atheist aufmerksam seine Umwelt betrachten, die Spreu vom Weizen, Worte von Taten trennen sollte. Dann werden vielleicht manche frömmelnden westlichen Politikaster anders dastehen: sozusagen als der Leibhaftige.

Es gibt Dinge auf der Welt, an die man sich halten kann, um dem Inferno zu entgehen. An gesunden Menschenverstand, den Gläubige wie Atheisten nicht verloren haben. Daran, daß Idealisten und Materialisten nicht in einem Nuklearkrieg umkommen wollen. An die Sorge um kommende Generationen...

Die weitaus meisten unlösbaren Probleme gibt es weniger im Leben als in unserem Bewußtsein, wenn es mit Vorurteilen überladen ist. Das lehren uns die großen Atheisten. Karl Marx, der Schöpfer des wissenschaftlichen Kommunismus, ein dialektischer Materialist, glaubte an die einfachen Normen des Guten und der Gerechtigkeit, die bestimmt auf Erden triumphieren werden, wenn sich die arbeitenden Menschen, die Schöpfer aller materiellen und geistigen Güter, ihrer Kraft bewußt werden und selbst Sorge für den Anbruch einer solchen Zukunft tragen.

Marx und sein Mitstreiter Friedrich Engels betrachteten die Religion als eine potenzierte Ideologie in dem Sinne, daß sie sich, auf realem Boden wachsend, so hoch erhoben hat, daß sie ihre irdischen Wurzeln verlor. Sie hat ebenso wie die idealistische Philosophie mit Ideen, die gleichsam von allein entstanden sind, zu tun. Doch man sollte sie vom Himmel auf die Erde herunterholen, ihren irdischen Ursprung erkennen, und das ist dann das Ende des naiven Glaubens. Der mystische Nebel löst sich auf, der Glaube des Menschen an seine eigene Kraft und an die vereinten Kräfte der werktätigen Menschheit nimmt zu. Darin bestand der Materialismus ihrer Weltanschauung.

W. I. Lenin, der die Religion als Betrug und Scheinblüte betrachtete, hatte aber Verständnis für aufrichtig Glaubende. Er meinte, daß uns die Aktionseinheit für ein besseres Leben auf Erden viel wichtiger und aktueller ist als der Streit um das Leben nach dem Tode.

Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus lebten ein reiches geistiges Leben und waren überhaupt der Meinung, daß man Kommunist nur dann werden kann, wenn man sich alles Wissen der Menschheit aneignet. Das aber sind geistige, kulturelle und moralische Schätze. Sie gehen, zum Unterschied von materiellen Gütern, nicht vom Vater auf den Sohn über. Die Söhne müssen selbst Anstrengungen zu deren Aneignung unternehmen, das ist ein weites Feld.

Ich habe den Eindruck, Mr. Gardiner, daß sich Ihre Voreingenommenheit gegen die Kommunisten durch ungenügende Informiertheit erklärt. Vieles, was die Kommunisten, insbesondere in unserem Land, sagen und tun, erreicht die Massen im Westen in völlig entstellter Form. Körnchen der Wahrheit über die Welt des Sozialismus neben unzähligen Desinformationen über uns — das ist wie die Nadel im Heuhaufen. Doch wer sucht, der findet...

PS

Wie vor 3000 Jahren



So wortreich sich manche Gesetzgeber der USA darüber auslassen, daß die schmachliche Zurücksetzung der Frauen ein Ende haben müsse, ist deren Diskriminierung, besonders was die Besoldung angeht, noch jetzt nicht abzustreiten. Die Frauen seien — so hieß es unlängst in einem Programm der TV-Gesellschaft NBC — viel schlechter als die Männer bezahlt. Wissenschaftlerinnen an Universitäten, die Abhandlungen schreiben, bekämen weniger als ein Müllfahrer. Die verschiedene Besoldung von Männern und Frauen reiche weit in die Geschichte zurück. Schon in der Bibel heiße es, ein Mann koste 50, eine Frau aber nur 30 Sheckel. "Jetzt, 3000 Jahre später, beziehen die Frauen höchstens 60% dessen, was den Männern gezahlt wird."

Ein Geschenk der Zivilisation

In Nepal hat sich die Rauschgiftsucht zu einem akuten sozialen Problem ausgewachsen. Nach Angaben des Innenministeriums sind seit drei Jahren über 7 t Heroin, Haschisch und Morphin beschlagnahmt worden. Bemerkenswerterweise sind unter den festgenommenen illegalen Drogenhändlern ziemlich viele Engländer, Franzosen, Italiener, BRD-Bürger und US-Amerikaner. Übrigens

gab es in Nepal, bevor dieses von den westlichen Zivilisationsträgern "entdeckt" wurde, überhaupt keine Süchtigen und mithin auch keinen Drogenhandel.

"Stille Amerikaner" in Kanada

Zwischen 1957 und 1962 hat die CIA, wie "Globe and Mail" (Kanada) schreibt, in Kanada illegale Experimente mit Rauschgiften und chemischen Präparaten an Menschen angestellt, um ihre "Denkungsart" zu verändern und auf ihren Geisteszustand zu wirken. Einem solchen Experiment, das an schreckliche Vorgänge in Nazikonzentrationslagern erinnert, wurde sogar die Frau eines kanadischen Parlamentariers unterzogen. Die Opfer und ihre Angehörigen haben auf Entschädigung für die angegriffene Gesundheit der "Versuchskaninchen" geklagt, und die CIA mußte gestehen, daß die Klage zu Recht geführt wird, hat jedoch nur ein Fünfstück der eingeklagten Summen geboten.

Aus Gewohnheit



Ein israelischer Soldat, der Urlaub bekommen hatte, wollte auf der Chaussee beim Nationalpark Carmel (Israel) einen Wagen stoppen, um mitzufahren, und beschloß ihn zu diesem Zweck. Nach Ansicht der Zeitung "Maariv" war er verärgert, weil schon mehrere Wagen vorbeigeflüzt

waren und ihn stehen gelassen hatten.

Die Kehrseite...

Die "Deutsche National-Zeitung" offeriert in jeder Ausgabe eine von den Revanchisten in der BRD zum 90. Geburtstag des Hauptkriegsverbrechers Heß, Hitlers Stellvertreter in der Naziartei, herausgebrachte Goldmedaille. Darauf wird Heß als Friedenskämpfer (!) bezeichnet, wahrscheinlich deshalb, weil er im Krieg heimlich zu Unterhandlungen mit den Westmächten nach England flog.

Sie machen sich Luft



Eine Umfrage der französischen Zeitschrift "Marie-Claire" unter Ehepaaren hat ergeben, daß in Frankreich 13 Prozent der Frauen von ihren Männern geprügelt werden. Umgekehrt beklagen sich 14 Prozent der Männer dagegen über Handgreiflichkeiten ihrer Frauen. Von den Befragten haben 38 Prozent erklärt, daß "man sich mit einer kräftigen Ohrfeige gut Luft machen kann".

Nach dem letzten Wort der Technik

Aus San Francisco wird gemeldet: An der University of California in Los Angeles ist eine Bande ausgehoben worden, die schwunghaften Handel mit Hochschuldiplomen trieb. Für 25 000 Dollar konnte sich jeder x-beliebige eins kaufen. Die Diplome wurden mit modernster Technik angefertigt. Die Fälscher konnten in einem Computer falsche Angaben über angebliche Absolventen der Universität speichern, und der Computer spuckte

prompt "echte" Diplome aus.

Kinderleiden

Wie die bundesdeutsche Kinderhilfe mitteilt, starben voriges Jahr infolge von Mißhandlungen einige hundert Kinder, und über hundert begingen Selbstmord. Nach Angaben der Kinderschutzliga wurden 1,5 Millionen kleine Bundesbürger mißhandelt. Als Grund für die Grausamkeit Kindern gegenüber nennen Psychologen und Sozialarbeiter in erster Linie die anwachsende große Arbeitslosigkeit und weiter Trunksucht, Urbanisierung und das Fehlen von Kindertagesstätten und Spielplätzen in den Neubauvierteln.

Zu jedem Opfer bereit

Wie "El Pais" schreibt, hat der 38jährige Spanier Vicente Merino bekanntgegeben, er sei bereit, ein Bein, eine Niere oder irgendeinen anderen Körperteil zu opfern, wenn man ihm dafür Arbeit gebe. Der Entschluß sei bei ihm nach dreijähriger vergeblicher Suche einer Arbeit im Beruf herangereift. Er ist Übersetzer aus dem Französischen.

Sternenjournalistin



Der schweizerische Journalistenverband, der rund 4000 Mitglieder zählt, hat laut "Tagesspiegel" einer modischen Genfer Wahrsagerin die Aufnahme verweigert. Sie hatte darum ange-sucht, weil ihre Horoskope und "Prophezeiungen" regelmäßig in der Presse erscheinen.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Winter continues

Das Außenhandelsunternehmen
VNESHORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN

IHNEN UNSERE

ZUSAMMENARBEIT AN—

DEN WIRKSAMSTEN WEG

AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.

SOWJETISCHE
AUSSENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHORGREKLAMA

UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachowka 31.
Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 121-04-34
Telex: 411265

Im Objektiv: BOLIVIEN

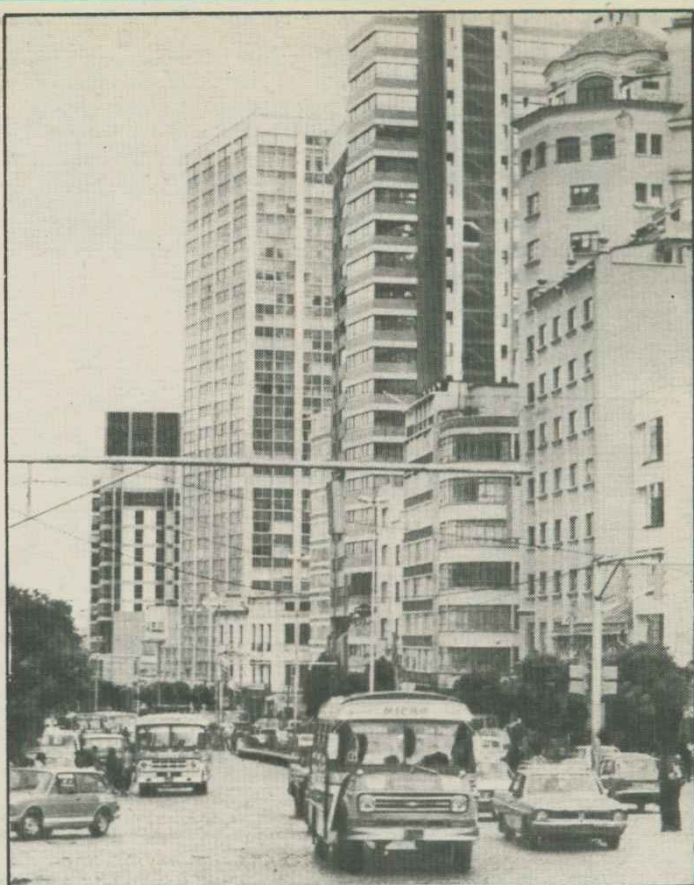
Beim Landen in La Paz haben viele Ankömmlinge Atembeschwerden, denn die eigentliche Hauptstadt Boliviens (die offizielle ist Sucre) liegt etwa 4000 m über dem Meeresspiegel.

Bolivien ist ein ziemlich großes Land im Herzen Südamerikas (1,1 Mio. Quadratkilometer). Die spanischen Konquistadoren wurden einst durch das rauhe Klima dieser Hochgebirgsgegend abgeschreckt, und ihre Nachkommen bilden jetzt nur

5 Prozent der Bevölkerung (von 6,1 Millionen). Die übrigen sind Mestizen und Indianer. Viele von ihnen sprechen nur Quechua und Aymara, die neben dem Spanischen Amtssprachen sind.

Bolivien ist reich an Zinn-, Blei- und Zinkerschätzen. Trotzdem leidet die Mehrheit der Bevölkerung Not. In 160 Jahren der Unabhängigkeit kam es dort rund 200mal zu Staatsstreichen. 1982 traten die Militärs, die in Korruption und unlösba-

Eine Bolivianerin



Geschäftsviertel
von La Paz

ren wirtschaftlichen Schwierigkeiten versackt waren, die Macht an eine Zivilregierung ab. Aber dadurch ist das Land nicht zur Ruhe gekommen. Die reaktionären Kreise schmieden nach wie vor Komplote, um die Zeiten der Diktatur zurückzubringen.



Park in Cochabamba



In der Umgegend
von La Paz



Straßenhändler

Fotos: Osvaldo Salas
(Kuba)